

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Bruttoinlandsprodukt • Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus • Versorgungsempfänger • Jahresherhebung im Handel
- Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik • Meldepflichtige Krankheiten • Preisentwicklung •



1/2002

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: www.s-f-g.com
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich
Erschienen im Februar 2002
Einzelpreis: EUR 10,85 [D]
Jahresbezugspreis: EUR 111,- [D]
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-02101 – ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05
- Telefax: 06 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

	Inhalt	Seite
	Kurznachrichten	3
	Textteil	
<i>Norbert Hartmann, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</i>	Bruttoinlandsprodukt 2001	13
<i>Hans-Joachim Heidenreich, Manuela Nöthen</i>	Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	26
<i>Sebastian Koufen</i>	Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2001	39
<i>Josef E. Lambertz</i>	Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	48
<i>Doris Hoepfner</i>	Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	56
<i>Stefan Dittrich</i>	Letztmalig Ergebnisse der amtlichen Statistik zu meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000	61
<i>Jürgen Chlumsky, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</i>	Preisentwicklung im Jahr 2001	67
	Tabellenteil	
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Beilagenhinweise:

Dieses Heft enthält für die Abonnenten der Zeitschrift eine CD-ROM mit dem Textteil von „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 2001.
Bitte beachten Sie das gelbe Informationsblatt des Kraftfahrt-Bundesamtes, das dieser Ausgabe beigelegt ist.

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	3
	Texts	
<i>Norbert Hartmann</i>	Gross domestic product, 2001	13
<i>Hans-Joachim Heidenreich, Manuela Nöthen</i>	Changing ways of life as reflected by the microcensus	26
<i>Sebastian Koufen</i>	Public service pensioners on 1 January 2001	39
<i>Josef E. Lambertz</i>	Annual survey in distributive trade first conducted on the basis of the EU regulation concerning structural business statistics	48
<i>Doris Hoepfner</i>	Impact of the changes in the Harmonised System on the Commodity Classification for Foreign Trade Statistics	56
<i>Stefan Dittrich</i>	Last results of the official statistics concerning notifiable diseases for the reference year 2000	61
<i>Jürgen Chlumsky</i>	Price movements in 2001	67
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Page
	Informations sommaires	3
	Textes	
<i>Norbert Hartmann</i>	Produit intérieur brut, 2001	13
<i>Hans-Joachim Heidenreich, Manuela Nöthen</i>	Changement des formes de vie se reflétant dans le microrecensement	26
<i>Sebastian Koufen</i>	Bénéficiaires d'une pension du service public au 1 janvier 2001	39
<i>Josef E. Lambertz</i>	Enquête annuelle dans le commerce pour la première fois sur la base du règlement de L'UE relatif aux statistiques structurelles sur les entreprises	48
<i>Doris Hoepfner</i>	Effets des changements du Système harmonisé sur la classification des marchandises pour la statistique du commerce extérieur	56
<i>Stefan Dittrich</i>	Pour la dernière fois résultats de la statistique officielle concernant des maladies à déclaration obligatoire pour l'année de référence 2000	61
<i>Jürgen Chlumsky</i>	Evolution des prix en 2001	67
	Tableaux	
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „former territory of the Federal Republic“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „new Länder and Berlin-East“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Neues Layout für „Wirtschaft und Statistik“

Das Statistische Bundesamt stellt sich bewusst und offensiv den Herausforderungen des Informationsmarktes. Mit vielfältigen Modernisierungsmaßnahmen arbeiten wir an unserem Profil als einer der größten Informationsdienstleister in der Bundesrepublik Deutschland. Angefangen bei der Datenerhebung, wo es unser Bestreben ist, die Auskunftgebenden weitestgehend zu entlasten, bis hin zur kundenorientierten Verbreitung der statistischen Ergebnisse reichen die Maßnahmen. Unser neues Corporate Design soll dieses Profil nach außen klarer zum Ausdruck bringen und unsere Stellung als moderner, neutraler, objektiver und wissenschaftlich arbeitender Informationsdienstleister auf dem deutschen und europäischen Informationsmarkt festigen.

Neben der Einführung des neuen Logos (Destatis – wissen. nutzen.) für das Statistische Bundesamt, über die wir schon in Heft 10/2001 dieser Zeitschrift berichtet haben, gehört dazu auch ein einheitliches Erscheinungsbild unserer Produkte, um den Wiedererkennungswert unseres Angebots zu steigern. Die im Rahmen des Corporate Design Projekts entwickelten Richtlinien für die Gestaltung sämtlicher Publikationen, der Geschäftsausstattung, der Fragebogen und der Internet-Präsentation des Statistischen Bundesamtes werden nun sukzessive umgesetzt.

Nach dreiundfünfzig Jahren wurde in diesem Rahmen auch für „Wirtschaft und Statistik“ ein neues Aussehen entwickelt. Abgesehen von einigen kleineren Anpassungen, wie

dem Übergang auf einen glanzkaschierten Karton im Jahr 1984 und dem sechsjährigen Intermezzo eines Farbverlaufs zwischen 1989 und 1995, hat „Wirtschaft und Statistik“ in den vergangenen fünf Jahrzehnten sein äußeres Erscheinungsbild, das noch an die Tradition der gleichnamigen, erstmals 1921 herausgegebenen Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes anknüpfte, fast unverändert bewahrt.

Nunmehr präsentiert sich „Wirtschaft und Statistik“ entsprechend der Vorgaben unseres neuen Corporate Design und in unverkennbarem Partnerlook mit dem Statistischen Jahrbuch, dem zweiten Flaggschiff unserer Veröffentlichungen. In der Farbe der Titelgrafik und der verwendeten Schmuckfarbe wird das traditionelle Blau der bisherigen Veröffentlichung weitergeführt; Gestaltungsraster und Schriftsystem entsprechen den Richtlinien für den grafischen Auftritt des Statistischen Bundesamtes.

Auch im neuen Kleid will „Wirtschaft und Statistik“ Sie weiterhin über die aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt informieren und Ihnen das notwendige Basiswissen für Ihre Entscheidungen an die Hand geben. Nutzen Sie unser Wissen, wie es auch unser neuer Slogan „wissen. nutzen.“ zum Ausdruck bringt, zu Ihrer Meinungsbildung und zu Ihrem Vorteil. Wir freuen uns auf Ihre Resonanz zum neuen Erscheinungsbild von „Wirtschaft und Statistik“, aber auch über Anregungen und Kritik zum Inhalt.

Änderungen im Tabellenteil

Mit der vorliegenden Ausgabe von „Wirtschaft und Statistik“ sind die Statistischen Monatszahlen mit dem zwischen den

Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vereinbarten Mindestveröffentlichungsprogramm „Zahlenspiegel“ abgestimmt worden. Dadurch sind einige Nachweise neu hinzugekommen oder wurden ergänzt, wie etwa die Anzahl der Betriebe, der Beschäftigten sowie die Bruttolohn- und -gehaltsumme in der Energie- und Wasserversorgung, die realen Umsätze im Handel, die Angaben über die tarifliche Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften. Andere wurden umgruppiert oder tiefer untergliedert, beispielsweise die Angaben über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Arbeitslosen, den baugewerblichen Umsatz oder den Außenhandel nach Ländergruppen sowie die Insolvenzen.

Zudem wurde das Layout der Statistischen Monatszahlen den Richtlinien des neuen Corporate Design angepasst, wobei eine Änderung des Seitenaufbaus nach Möglichkeit vermieden wurde, sodass Sie die von Ihnen benötigten Informationen auch weiterhin an der gewohnten Stelle finden.

Die neuen Nachweise werden ebenso in die Arbeitsunterlage „Statistischer Monatsbericht“, die zwischen zwei Ausgaben von „Wirtschaft und Statistik“ jeweils einen aktualisierten Tabellenteil zur Verfügung stellt, und in die Statistischen Wochenberichte im Internet aufgenommen.

Gerhard-Fürst-Preis 2002

Um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik zu intensivieren und junge Nachwuchswissenschaftler zu empirischen Forschungen anzuregen, lobt das Statistische Bundesamt auch in diesem Jahr den Gerhard-Fürst-Preis für Dissertationen bzw. Diplom-/Magisterarbeiten aus, die grundlegende theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

In Frage kommende Arbeiten aus den Jahren 2000 oder 2001 können bis zum 31. März 2002 (Datum des Poststempels) beim Statistischen Bundesamt eingereicht werden. Nähere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis und zu den formalen Anforderungen an eine Teilnahme sind unter dem Stichwort „Wissenschaftsforum“ zu finden unter www.destatis.de oder können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter Telefon (06 11) 75 26 95, E-Mail: institut@destatis.de.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2002 gemeinsam auf Messen und Tagungen vertreten

Wie in den vergangenen Jahren sind die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auch im Jahr 2002 wieder gemeinsam auf Messen und Tagungen mit einem Informationsstand vertreten.

Auf folgenden Messen und Tagungen werden sich die statistischen Ämter als kompetente und moderne Informationsanbieter und -dienstleister präsentieren, deren Serviceleistungen alle Medien umfassen und deren Datenangebot für Politik, Wirtschaft und Verbände, Marktforschung und Wissenschaft unverzichtbar ist:

Messe/Tagung	Zeitraum
CeBIT, Hannover	13. – 20. März 2002
Leipziger Buchmesse	21. – 24. März 2002
Hannover Messe	15. – 20. April 2002
Statistische Woche, Konstanz	7. – 11. Oktober 2002
Frankfurter Buchmesse	9. – 14. Oktober 2002

Darüber hinaus wird das Statistische Bundesamt mit einem Informationsstand auf folgenden Veranstaltungen vertreten sein:

Messe/Tagung	Zeitraum
Anwender-Centrum Kommune, Staat & Wirtschaft (ENAC Europe) auf der CeBIT, Hannover	13. – 20. März 2002
Effizienter Staat 2002, Berlin	13. – 14. Mai 2002
Moderner Staat 2002, Berlin	26. – 27. November 2002

Aus aller Welt

Sitzung der OECD zu internationalen Handelsstatistiken

Vom 5. bis 7. Dezember 2001 fand in Paris eine Sitzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu internationalen Handelsstatistiken statt, an der Vertreter der OECD-Mitgliedstaaten, anderer internationaler Organisationen (WTO, UNCTAD, UN) sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) teilnahmen.

Ziel der Sitzung von Seiten der OECD war es, sowohl über eigene Aktivitäten zu internationalen Handelsstatistiken zu informieren als auch den Informationsaustausch der Mitgliedstaaten über neue Entwicklungen in deren Außenhandelsstatistiken zu fördern. Bemerkenswert waren Beiträge der Vereinigten Staaten und Kanadas zu ihren Erfahrungen mit der Erhebung ihres bilateralen Außenhandels im Rahmen eines „Einstromsystems“: Die Vereinigten Staaten und Kanada erheben jeweils nur die Importe aus dem Nachbarland und veröffentlichen als Exportzahlen die entsprechenden Importergebnisse des Partnerlandes.

Die Slowakei, das jüngste OECD-Mitglied, berichtete über die inzwischen erfolgte Umsetzung der Rechtsverordnungen, die

zur Einführung des Intrastat-Systems nach dem EU-Beitritt in diesem Land erforderlich sind. Deutschland informierte darüber, wie sich die Qualität von Außenhandelsstatistiken beurteilen lässt und welche Fortschritte in der deutschen Außenhandelsstatistik in den letzten Jahren erzielt werden konnten.

Weitere Diskussionspunkte waren, ob bzw. wie der elektronische Handel (E-Commerce) in den Außenhandelsstatistiken abgebildet werden und wie die statistische Erfassung von Softwareprodukten geregelt werden sollte. Das Statistische Bundesamt, Destatis, informierte hierzu über die gesetzlichen Bestimmungen und die Praxis in der deutschen Außenhandelsstatistik und über die dabei auftretenden Probleme. In der Diskussion stimmten die Experten für Außenhandelsstatistik weitgehend darin überein, dass ein „minimalistischer Ansatz“ bei der Erfassung von Software die beste Gewähr dafür bietet, verlässliche Daten zu erheben, und deswegen nur „Standardsoftware“ erfasst werden sollte, was in der Europäischen Union durch europäische Verordnungen festgelegt ist. Als problematisch wurde allgemein die Bewertung von Software angesehen, vor allem, da Softwarelieferungen häufig an Dienstleistungen (z. B. Wartungsverträge) gekoppelt sind, die nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik sind. Die Einbeziehung von auf elektronischem Wege übermittelten Informationen in die als Warenstatistik konzipierte Außenhandelsstatistik wurde wegen der fehlenden Kontrollmöglichkeiten von den Außenhandelsstatistikern abgelehnt.

Weitere Informationen zu dieser Sitzung sowie zu dem deutschen Beitrag zu Software und E-Commerce sind erhältlich bei:

Andreas Kuhn, Telefon (06 11) 75 29 93,
E-Mail: andreas.kuhn@destatis.de.

Aus Europa

Untersuchung von Globalisierungseffekten in der Außenhandelsstatistik

Die Beseitigung von Handelshemmnissen und der freie Kapitalverkehr haben die internationale Verflechtung der Weltmärkte in den letzten Jahren vorangetrieben. Diese fortschreitende Globalisierung prägt mehr und mehr den weltweiten Handel mit Waren und Dienstleistungen. Dabei interessiert die Frage, inwieweit im Rahmen dieser Entwicklung ein immer größerer Teil der grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungstransaktionen zwischen wirtschaftlich verbundenen Unternehmen abgewickelt wird.

Vor diesem Hintergrund wurde im Ausschuss für die Außenhandelsstatistik beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) darüber beraten, inwieweit solche Globalisierungseffekte in das außenhandelsstatistische Erhebungs- und Darstellungskonzept integriert werden könnten. Eine Arbeitsgruppe „Globalisierung“ soll untersuchen, inwieweit Erkenntnisse über die Handelsströme zwischen wirtschaftlich verbundenen Unternehmen aus den

Außenhandelsstatistiken gewonnen werden können. Mitglieder der Arbeitsgruppe „Globalisierung“ sind Außenhandelsstatistiker aus Deutschland, Frankreich, Griechenland, dem Vereinigten Königreich, Italien und den Niederlanden sowie Vertreter von Eurostat.

Die Arbeiten laufen in mehreren Stufen ab. Zunächst wurde im Jahr 1996 in vier beteiligten Mitgliedstaaten (Frankreich, Griechenland, Italien und Deutschland) eine Bedarfsabfrage bei Behörden, Industrie- und Handelsverbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen durchgeführt. Das Ergebnis dieser Umfrage zeigte, dass bei allen befragten Nutzergruppen ein umfassender Bedarf an statistischen Informationen über die Handelsströme zwischen untereinander verbundenen Unternehmen bereits besteht bzw. in Zukunft entstehen wird.

In einem zweiten Schritt wurde dann 1998 im Rahmen einer Unternehmensbefragung untersucht, inwieweit es den transnational verbundenen Unternehmen möglich ist, über ihre Außenhandelsbeziehungen innerhalb der transnationalen Gruppe Auskunft zu geben. Diese Umfrage auf freiwilliger Basis litt an der geringen Beteiligung der Wirtschaft. Von den angeschriebenen 1 300 Unternehmen erklärten sich lediglich 165 bereit, den Fragebogen zu bearbeiten und zurückzusenden. Aufgrund der geringen Anzahl der Rückläufe konnten die Ergebnisse zwar nicht als repräsentativ bezeichnet werden, gewisse Tendenzen konnten bei den Antworten aber dennoch ausgemacht werden. Als Oberhaupt einer transnationalen Gruppe sahen sich 34 Firmen, während sich 131 als Mutter-/Tochterunternehmen identifizierten. Aussagen über den Wert des internationalen Handels und den Anteil des konzerninternen Handels konnten aufgrund fehlender einschlägiger Informationen nicht getroffen werden; insbesondere für über 90% der befragten Oberhäupter war es nicht möglich, hierzu Daten bereitzustellen.

Als nächster Schritt wird seit Januar 2001 bei allen Firmen, die ihre Intrastat-Meldungen über magnetische Datenträger an das Statistische Bundesamt übermitteln, das zusätzliche Merkmal „Verbundenheit von Unternehmen“ auf freiwilliger Basis erhoben. Die Ergebnisse sollen die Erkenntnisse über die Erfassungsmöglichkeit von Globalisierungseffekten verbessern.

Zurzeit wird die Repräsentativität derartiger Ergebnisse untersucht. Ein Abschlussbericht zu dieser Erhebung wird voraussichtlich im Mai 2002 vorliegen. Danach wird – in Abstimmung mit Eurostat und den anderen Mitgliedstaaten – über das weitere Vorgehen zur statistischen Abbildung von Globalisierungsprozessen entschieden werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Florian Eberth, Telefon (06 11) 75 20 72,
E-Mail: florian.eberth@destatis.de.

Meldeswellen der Intrahandelsstatistiken in den EU-Ländern im Jahr 2002

In Deutschland sind Unternehmen gegenwärtig nur dann zur Intrahandelsstatistik auskunftspflichtig, wenn ihre innergemeinschaftlichen Versendungen oder Eingänge im Vorjahr

den Wert von 200 000 Euro überschritten haben bzw. dieser Wert im laufenden Jahr überschritten wird. Diese Wertgrenze wird getrennt auf die Verkehrsrichtungen angewandt, sodass Unternehmen beispielsweise nur die Versendungen zur Intrahandelsstatistik melden müssen. Die beschriebene Regelung wird in Deutschland auch im Jahr 2002 gelten. Nun hat Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, eine Übersicht zu den im Jahr 2002 geltenden Meldeschwellen in den Intrahandelsstatistiken der 15 EU-Länder bereitgestellt. Sie zeigt, dass es solche Regelungen für Unternehmen mit geringem innergemeinschaftlichen Handel in allen 15 EU-Ländern gibt. Darüber hinaus wenden zwei Länder (Frankreich und Luxemburg) eine zusätzliche Vereinfachungsschwelle an, wodurch kleinere Unternehmen vereinfachte Intrastat-Meldungen abgeben dürfen.

Aus der Übersicht Eurostats geht hervor, dass im Jahr 2002 elf der 15 EU-Länder eine Meldeschwelle anwenden, die für beide Handelsrichtungen gleich hoch ist. Nur Italien, Griechenland, Portugal und Irland haben unterschiedlich hohe Meldeschwellen für Eingänge und Versendungen. Die Höhe der Schwellen weicht nur in Irland je nach Handelsrichtung stark ab: Während dieses Land bei den Versendungen mit einer Meldeschwelle von 636 000 Euro eine absolute Spitzenstellung in der Europäischen Union einnimmt, liegt die irische Intrastat-Schwelle bei den Eingängen mit 190 500 Euro im Mittelfeld.

Die Aufstellung Eurostats belegt, dass Deutschland zu denjenigen Ländern gehört, die durch eine vergleichsweise hohe Schwelle die bürokratische Belastung für kleinere Unternehmen mit innergemeinschaftlichem Handel so gering wie möglich halten. Höhere Meldeschwellen als in Deutschland werden bei den Versendungen nur in 5 Ländern (einschl. Irland) angewandt; bei den Eingängen haben 4 Länder eine höhere Anmeldeschwelle als Deutschland. Höhere Schwellen als in Deutschland gelten im Vereinigten Königreich (374 200 Euro), Dänemark (336 000 Euro), Belgien und den Niederlanden (245 500 bzw. 225 000 Euro), die für beide Handelsrichtungen ebenfalls einen identischen Wert gewählt haben. Die niedrigsten Schwellen im Intrastat-System weisen Griechenland (Eingang: 29 000, Versendung: 44 000 Euro) und Portugal (Eingang: 60 000 Euro, Versendung: 85 000 Euro) auf.

Die unterschiedliche Höhe der Anmeldeschwellen ist auch Ausdruck unterschiedlicher Unternehmensgrößenstrukturen in den EU-Ländern. Trotz der zum Teil recht hohen Schwellenwerte lag der Anteil des dadurch nicht erfassten innergemeinschaftlichen Handels in allen EU-Ländern in den zurückliegenden Jahren bei maximal 3% des gesamten Intrahandels. So wurden in Deutschland im Jahr 2000 durch die Schwellenregelung lediglich 1,5% der gesamten Versendungen in die EU-Länder nicht durch die Intrahandelsstatistik erfasst und entsprechend 2,7% der Eingänge. Von den rund 390 000 Unternehmen, die derzeit in Deutschland innergemeinschaftlichen Handel betreiben, sind aufgrund der Meldeschwellen lediglich 68 000 Unternehmen zur Intrahandelsstatistik auskunftspflichtig. Diese Informationen gehen aus den Meldungen der Unternehmen zu ihren globalen innergemeinschaftlichen Versendungen und Erwerben hervor, die sie der Finanzverwaltung im Rahmen ihrer monat-

lichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen übermitteln und die aufgrund gesetzlicher Regelungen auch dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung stehen. Der wegen der Befreiungsregelungen nicht erfasste Intrahandel wird in Deutschland im Rahmen einer nach Ländern aufgliederter Schätzung in den Gesamtergebnissen der Außenhandelsstatistik nachgewiesen. Ziel des Statistischen Bundesamtes ist es, zu prüfen, inwieweit mittelfristig eine weitere Anhebung der Schwelle durchsetzbar ist, um weitere Unternehmen von statistischen Meldepflichten entlasten zu können.

Aus dem Inland

Gesetz zur Neuordnung der Statistik im Handel und Gastgewerbe verabschiedet

Das „Gesetz zur Neuordnung der Statistik im Handel und Gastgewerbe – Handelsstatistikgesetz – HdStatG“ ist am 10. Dezember 2001 verabschiedet worden und am 15. Dezember 2001 in Kraft getreten (BGBl. I S. 3438).

Das Gesetz regelt die Durchführung von repräsentativen Stichprobenerhebungen mit Auskunftspflicht in monatlicher, jährlicher und mehrjähriger Periodizität im Handel (NACE Rev. 1, Abschnitt G) und im Gastgewerbe (NACE Rev. 1, Abschnitt H).

Mit der Neuordnung des Handelsstatistikgesetzes wurde insbesondere das Ziel verfolgt, die nationalen und EU-Anforderungen zu integrieren und Doppelerfassungen von Merkmalen zu vermeiden. Dazu wurde das bisherige nationale statistische Arbeitsprogramm in Zusammenarbeit mit allen im Fachausschuss „Handelsstatistik“ vertretenen Institutionen überprüft und entsprechend angepasst. Neben einer Reihe von Kürzungsvorschlägen gab es auch einige notwendige Erweiterungen. So werden zum Beispiel in Zukunft regionale Aufgliederungen nicht nur bei den Monaterhebungen, sondern auch in den Jahresehebungen berücksichtigt.

Dem Ziel, die Belastung der Unternehmen so klein wie möglich zu halten und alle Möglichkeiten zur Entlastung zu nutzen, wird das Gesetz dadurch gerecht, dass es in den Monatsstatistiken bereichsweise festgelegte Abschneidegrenzen vorsieht. Ferner sind die bisher in vierjährigen Abständen durchgeführten Kostenstrukturstatistiken in den Bereichen Handel und Gastgewerbe ausgesetzt worden. Handels- und Gaststättenzählungen als Totalerhebungen im Handel und Gastgewerbe, die bisher in etwa 10-jährlichem Turnus, zuletzt 1993, durchgeführt wurden, bedürfen künftig einer gesonderten Anordnung durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.

Ein ausführlicher Bericht über das künftige Datenangebot für den Handel und das Gastgewerbe erscheint in Kürze in dieser Zeitschrift.

Weitere Auskünfte erteilt
Gustav Grillmaier, Telefon (06 11) 75 21 35,
E-Mail: gustav.grillmaier@destatis.de.

Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung

Die Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730), geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 13. August 2001 (BGBl. I S. 2135), ist Rechtsgrundlage für die jährliche Totalerhebung der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Zweck der bundeseinheitlichen Krankenhausstatistik ist die Gewinnung von Informationen u.a. über die stationäre Versorgung, die Kosten im stationären Bereich und die regionale Häufigkeit von Krankheiten. Die Ergebnisse dienen Bund und Ländern als Basis für vielfältige gesundheitspolitische Entscheidungen; für die an der Finanzierung der Einrichtungen beteiligten Institutionen stellen sie eine wichtige Planungsgrundlage dar.

Das Erhebungsprogramm der Krankenhausstatistik umfasst die Teile Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis. Während die Grunddaten (mit Ausnahme des Personals) und die Kostendaten seit 1990 ermittelt werden, begann die Erhebung der Diagnosedaten erst 1993; Personaldaten liegen ab 1991 vor. Die neuen Länder und Berlin-Ost sind seit 1991 in die bundeseinheitliche Krankenhausstatistik einbezogen.

Anlass für die Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung war insbesondere die Anpassung der Statistik an die veränderten Gegebenheiten im Bereich der stationären Versorgung, zum Beispiel die Einführung neuer Behandlungsformen. Auch die Zunahme der Entlassungen in Rehabilitationseinrichtungen bei zugleich rückläufigen Verweildauern im Krankenhaus soll in der Statistik abgebildet werden. Die Änderungen treten in zwei Stufen zum 1. Januar 2002 und 1. Januar 2003 in Kraft.

Die am 1. Januar 2002 in Kraft tretenden Änderungen bei den Grunddaten dienen einer differenzierteren Erfassung

- der Rechtsform bei öffentlichen Trägern. Bei den in öffentlich-rechtlicher Form betriebenen Krankenhäusern sind rechtlich unselbstständige Regie- oder Eigenbetriebe von rechtlich selbstständigen, als Zweckverband, Anstalt oder Stiftung geführten Krankenhäusern zu unterscheiden; daneben werden die von öffentlichen Trägern in privatrechtlicher Form, zum Beispiel als GmbH, betriebenen Krankenhäuser erfasst;
- von kapazitäts- und leistungsbezogenen Daten der Fachabteilung Geriatrie (Krankheiten des alternden und alten Menschen) und besonderer Einrichtungen im Sinne von § 13 Abs. 2 Satz 3 der Bundespflegesatzverordnung (Einrichtungen zur Behandlung von Querschnittsgelähmten, Schwerst-Schädel-Hirn-Verletzten, Schwerbrandverletzten, AIDS-Patienten, mucoviszidosekranken und onkologisch zu behandelnden Patienten, Transplantationspatienten sowie Einrichtungen zur neonatologischen Behandlung von Säuglingen);
- der Zahl von Tages- und Nachtambulanzplätzen nach Fachabteilungen;

- des Leistungsgeschehens im Bereich der vor- und nachstationären Behandlung sowie im Bereich ambulanter Operationen;
- der Patientenabgänge mit dem Schwerpunkt Anzahl der Entlassungen in stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowie in Pflegeheime.

Zu den Grunddaten sind sowohl Krankenhäuser als auch Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen berichtspflichtig, Bundeswehr-Krankenhäuser jedoch nur, soweit sie von Zivilpatienten in Anspruch genommen werden.

Im Bereich der Kostenstatistik, zu dem ausschließlich die Krankenhäuser (ohne Bundeswehr-Krankenhäuser) berichtspflichtig sind, werden ab 1. Januar 2002 die Kosten nach Kostenarten unmittelbar den Konten laut Krankenhaus-Buchführungsverordnung entnommen. Sie enthalten die Aufwendungen des Krankenhauses einschließlich der Aufwendungen für Leistungen, die nicht zu den allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen gehören (Bruttokosten). Außerdem werden die Kosten der Ausbildungsstätten und die Abzüge (z. B. für Ambulanz sowie wissenschaftliche Lehre und Forschung) ausgewiesen.

Ab dem 1. Januar 2003 wird – analog zum Krankenhausbereich – eine Diagnosestatistik auch im Bereich der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen eingeführt. Die Begrenzung des Kreises der Berichtspflichtigen auf Einrichtungen mit mehr als 100 Betten gewährleistet einen maximalen Informationsgewinn (82% der Betten, 86% der Patienten, 46% der Einrichtungen) bei minimalem zusätzlichem Erhebungsaufwand.

Weitere Auskünfte erteilt

Ute Bölt, Telefon (0 18 88) 6 44 81 07 oder -89 51,
E-Mail: ute.boelt@destatis.de.

Neuerscheinungen

Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland

„Ausländische Bevölkerung in Deutschland“ heißt die jüngste Veröffentlichung aus der Schriftenreihe „Im Blickpunkt“ des Statistischen Bundesamtes. In diesem Blickpunktband sind die verfügbaren statistischen Daten über die ausländische Bevölkerung in Deutschland (Anfang 2000: etwa 7,3 Mill.) zusammengetragen.

Die 119 Seiten umfassende Publikation bietet Informationen u. a. zu den Fragen:

- Wo und wie wohnen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland?
- Auf welche Schulen gehen ihre Kinder?
- Wer von ihnen möchte für immer in Deutschland bleiben?
- Wie viele Ehen zwischen deutschen und ausländischen Partnern werden geschlossen?

- Welche Arbeitsplätze haben Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland?
- Wie hat sich die Zahl der Asylbewerber entwickelt?

„Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland“ (Hrsg.: Destatis, Statistisches Bundesamt, ISBN 3-8246-0625-9) ist zum Preis von EUR 13,60 zzgl. Versandkosten über den Buchhandel sowie über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop/) zu beziehen.

Weitere Auskünfte erteilt
Annette Pfeiffer, Telefon (06 11) 75 44 86,
E-Mail: annette.pfeiffer@destatis.de.

Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland

Die neue Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2001“ ist vor kurzem erschienen. Die Broschüre umfasst 183 Seiten und bietet für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland einen Querschnitt der wichtigsten Daten und Fakten, beispielsweise zu den Themen

- Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit,
- Bevölkerungsstruktur, Geburten,
- Wanderungen, ausländische Bevölkerung,
- Investitionen, Wirtschaftsstruktur,
- Tourismus sowie
- Kfz-Bestand und Verkehrsunfälle.

Grundlage der dargestellten Ergebnisse ist die CD-ROM „Statistik regional“.

Die Broschüre „Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2001“ (Hrsg.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder) ist zum Preis von EUR 13,- zzgl. Versandkosten über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop oder über die Verlagsauslieferung des Metzler-Poeschel-Verlages (nähere Angaben siehe Impressum) unter der Bestellnummer 9139100 – 01700 zu beziehen.

Weitere Auskünfte erteilt
Sabine Allafi, Telefon (06 11) 75 26 24,
E-Mail: sabine.allafi@destatis.de.

Material- und Energieflussrechnungen 2001 und Physische Input-Output-Tabellen 1995 erschienen

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das Wirtschaftsgeschehen, basierend auf den Marktvorgängen, in Geldeinheiten dargestellt. Die *Material- und Energieflussrechnungen* der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen erweitern die Darstellung um eine umfassende Abbildung der mit den wirtschaftlichen Aktivitäten verbundenen Materialströme. Im Vordergrund stehen dabei insbe-

sondere die Materialströme zwischen der Wirtschaft und der Umwelt.

Die jetzt veröffentlichte Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 5 „Material- und Energieflussrechnungen 2001“ bietet insbesondere Angaben zu den Materialarten Energie, Rohstoffe, Wasser, Luftemissionen, Abwasser und Abfall. Die Ergebnisse liegen größtenteils als Zeitreihen ab 1991 bis 1999 in tiefer Gliederung nach Wirtschafts- und Produktionsbereichen (etwa 60 Bereiche) vor.

Die Fachserie erscheint erstmals ausschließlich als elektronische Veröffentlichung. Sie kann online bezogen werden über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes: www-ec.destatis.de/.

Mit den jetzt veröffentlichten *Physischen Input-Output-Tabellen* (PIOT) für 1995 liegen erstmals Angaben für Gesamtdeutschland vor. Die weltweit erste PIOT wurde vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 1990, damals noch für das frühere Bundesgebiet erstellt. Die PIOT liefert ein detailliertes Bild über die wirtschaftlichen Verflechtungen in physischen Einheiten. Sie ergänzt damit die monetären Input-Output-Tabellen und bildet ein wichtiges Instrument, um den Zusammenhang zwischen umweltbelastenden Materialströmen und den dahinter stehenden wirtschaftlichen Aktivitäten zu analysieren.

Die PIOT 1995 kann kostenlos als Download unter folgender Internetadresse bezogen werden: www.destatis.de/allg/d/veroe/inouttab.htm.

Kompakt

38,8 Mill. Erwerbstätige im Jahr 2001

Im Durchschnitt des Jahres 2001 hatten, nach ersten vorläufigen Berechnungen, rund 38,8 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland, 55 000 Personen (+0,1%) mehr als ein Jahr zuvor. Das ist zwar der höchste Beschäftigungsstand seit der deutschen Vereinigung; allerdings kam die seit Herbst 1997 anhaltende Beschäftigungszunahme im Laufe des Jahres 2001 zum Stillstand. Im Jahresdurchschnitt 2000 war die Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr noch um 625 000 Personen oder 1,6% und davor um 1,2% (1999) bzw. 1,1% (1998) gestiegen.

Von allen Erwerbstätigen arbeiteten im Durchschnitt des Jahres 2001 in Deutschland 34,8 Mill. Personen als Arbeitnehmer (+0,2%) und knapp 4,0 Mill. Personen als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige (–0,5%).

Nach Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit sehr unterschiedlich: Im Vergleich zum Vorjahr fielen im Jahr 2001 die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbereichen deutlich schwächer und die Arbeitsplatzverluste in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Baugewerbe stärker aus.

In den Dienstleistungsbereichen stieg die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2001 nur noch um 0,8%, nach 2,7% im Jahr zuvor.

Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe konnte der Vorjahresstand an Beschäftigten fast gehalten werden. In der Land- und Forstwirtschaft sank die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 2,5%. Im Baugewerbe verschärfte sich der seit dem Jahr 1996 anhaltende Beschäftigungsabbau weiter (-5,0%). Die Beschäftigungsexpansion in den Dienstleistungsbereichen konnte die Arbeitsplatzverluste in den anderen Wirtschaftsbereichen im Jahr 2001 ausgleichen.

Begleitet war die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen seit der deutschen Vereinigung von einem bemerkenswerten Strukturwandel:

Im Jahresdurchschnitt 2001 hatten mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen. Der Anteil der hier Beschäftigten in Relation zur gesamten Erwerbstätigkeit erhöhte sich von 59,2% im Jahr 1991 auf 68,8% im letzten Jahr. Im primären und sekundären Bereich hat sich der Erwerbstätigenanteil entsprechend kontinuierlich verringert: Waren in der Land- und Forstwirtschaft 1991 noch 4,0% aller Erwerbstätigen beschäftigt, lag der Anteil im Jahr 2001 nur bei 2,4%. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe sank im gleichen Zeitraum der Beschäftigtenanteil um 7,4 Prozentpunkte, und zwar von 29,4% im Jahr 1991 auf 22,0% im Jahr 2001. Im Baugewerbe hat sich der Anteil der Erwerbstätigen nach seinem höchsten Beschäftigungsstand (8,6% der Erwerbstätigen) im Jahr 1995 kontinuierlich verringert und lag 2001 mit 6,8% um 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 1991.

Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Erwerbstätigkeit nach Jahren können im Internet direkt unter www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrueb1.htm abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Sigrid Fritsch, Telefon (0611) 75 20 54,
E-Mail: vgr-erwerbstaetige@destatis.de.

Aktuelle Notizen zur Grünen Woche 2002 in Berlin

Strukturwandel in der Landwirtschaft setzt sich weiter fort

Die vorläufigen Daten der Agrarstrukturerhebung vom Mai 2001 zeigen, dass die deutsche Landwirtschaft nach wie vor einen vielschichtigen Strukturwandel durchläuft.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nimmt weiter kontinuierlich ab. In Deutschland gab es im Jahr 2001 rund 447 000 landwirtschaftliche Betriebe. Das sind rund 32% weniger als 1991. Die Betriebe bewirtschafteten eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 17,1 Mill. Hektar (ha). Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich im Zeitverlauf vergrößert und lag im Jahr 2001 bei 38,2 ha (1991: 26,1 ha). Im früheren Bundesgebiet beträgt die durchschnittliche

Betriebsgröße im Jahr 2001 27,6 ha LF, in den neuen Ländern 182,3 ha LF (fast siebenmal so viel).

70 von 100 ha LF wurden 2001 als Ackerland und hier vor allem zum Anbau von Getreide genutzt. Gegenüber 1991 wurde die Getreidefläche um 8% ausgeweitet, insbesondere auch infolge der Preisausgleichszahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften (GAP). Dagegen war im gleichen Zeitraum der Anbau von Hackfrüchten (-23%) und Futterpflanzen (-22%) rückläufig.

Der Pachtflächenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands ist von 53% im Jahr 1991 auf knapp 64% im Jahr 2001 gestiegen, im früheren Bundesgebiet hauptsächlich durch die Übernahme von landwirtschaftlichen Flächen infolge der wachsenden Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion in immer weniger Betrieben. In den neuen Ländern ist der Pachtanteil im Jahr 2001 mit rund 88% deutlich höher.

Die Viehbestände in Deutschland nehmen weiterhin ab. So hat sich die Zahl der Rinder von 1991 mit 17,1 Mill. Tieren auf 14,5 Mill. Tiere im Jahr 2001 verringert (-15%). Im gleichen Zeitraum nahm der Schweinebestand nur um knapp ein Prozent ab und lag – nach einem Tiefststand von 23,7 Mill. Schweinen 1995 – im Jahr 2001 bei rund 25,9 Mill. Tieren.

Im Jahr 2001 ist auch die Zahl der Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben weiter zurückgegangen. Mit betrieblichen Arbeiten waren im Jahr 2001 gut 1,3 Mill. Personen beschäftigt, 560 000 Personen weniger als 1991. Von den Beschäftigten waren rund 860 000 Familienarbeitskräfte (Betriebsinhaber und deren mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienangehörige), knapp 190 000 ständig beschäftigte und rund 275 000 nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte, hier vor allem Saisonarbeitskräfte.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Günter Nause, Telefon (0 18 88) 6 44 86 40,
E-Mail: guenter.nause@destatis.de.

Niederlande wichtigster Handelspartner bei Nahrungsmitteln

Deutschland importierte nach vorläufigen Ergebnissen im Zeitraum Januar bis Oktober 2001 Nahrungs- und Genussmittel (ohne lebende Tiere) im Wert von 32,2 Mrd. Euro und exportierte solche Produkte im Wert von 22,2 Mrd. Euro. Damit hatten Nahrungs- und Genussmittel einen Anteil von 7,0% an den gesamten Einfuhren Deutschlands, bei den Ausfuhren betrug der Anteil 4,2%.

Die wichtigsten Güter bei der Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln waren in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 Obst und Südfrüchte (3,8 Mrd. Euro), Fleisch und Fleischwaren (3,4 Mrd. Euro), Gemüse (2,7 Mrd. Euro) sowie Butter, Milch und Käse (2,2 Mrd. Euro).

Die wichtigsten Ernährungsgüter bei der Ausfuhr waren in diesem Zeitraum die zuvor genannten Molkereiprodukte

(3,5 Mrd. Euro) sowie Fleisch und Fleischwaren (2,3 Mrd. Euro).

Wichtigster Handelspartner Deutschlands im Bereich der Nahrungs- und Genussmittel (ohne lebende Tiere) waren im bisherigen Verlauf des Jahres 2001 – wie schon im Vorjahr – die Niederlande. Von dort bezog Deutschland 18,6% (6,0 Mrd. Euro) dieser Waren und lieferte dorthin 14,3% (3,2 Mrd. Euro) Ernährungsgüter. An zweiter Stelle folgte Frankreich. Aus diesem Land stammten 10,7% (3,4 Mrd. Euro) aller importierten Nahrungs- und Genussmittel, während 11,9% (2,6 Mrd. Euro) dorthin exportiert wurden.

Weitere Auskünfte erteilt
Hans Seibel, Telefon (06 11) 75 24 75,
E-Mail: albrecht.krockow@destatis.de.

Nahrungsmittel um 5,3% teurer

Seit der letzten Grünen Woche im Januar 2001 sind die Preise für Nahrungsmittel kräftig gestiegen. Von Dezember 2000 auf Dezember 2001 betrug die Teuerung für Nahrungsmittel 5,3%, darunter für Molkereiprodukte und Eier +7,8%, für Fleisch und Fleischwaren +7,6% sowie für Fisch und Fischwaren +6,9%. Der starke Preisanstieg für Lebensmittel aus dem Bereich der Fleisch- und Molkereiprodukte ist auch auf die BSE-Krise und die Maul- und Klauenseuche zurückzuführen. Der Höhepunkt des Preisanstiegs scheint allerdings überschritten zu sein: So lag die Jahresteuerrate bei Fleisch und Fleischwaren im Juni 2001 noch bei 9,7%.

Auch für Getreideprodukte wurden überdurchschnittliche Preissteigerungen beobachtet: So wurde beispielsweise Weizenmehl seit Dezember 2000 um 7,9% teurer, Brötchen verteuerten sich um 6,5%. Rückläufige Preise im Nahrungsmittelbereich waren in diesem Zeitraum lediglich bei einigen Saisonprodukten sowie bei Bohnenkaffee (–1,6%) zu verzeichnen.

Die längerfristige Betrachtung der Nahrungsmittelpreise relativiert jedoch die Preissteigerungen des letzten Jahres: Mit 6,8% Teuerung seit 1995 blieb die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise deutlich hinter der allgemeinen Preisentwicklung (Gesamtindex: +9,6%) zurück.

Weitere Auskünfte erteilt
Heinz-Peter Hannappel, Telefon (06 11) 75 39 89,
E-Mail: heinz-peter.hannappel@destatis.de.

Erste Eckdaten der Verkehrsstatistik für das Jahr 2001

Auf der Grundlage vorliegender Monatseckdaten über das Verkehrsaufkommen des vergangenen Jahres rechnet Destatis, das Statistische Bundesamt, für das Jahr 2001 mit folgenden Ergebnissen für die einzelnen Verkehrszweige:

Im öffentlichen Personenverkehr mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen sowie Omnibussen wurden mit fast 8 Mrd. Fahrgästen rund 1,2% mehr Personen als im Vorjahr befördert. Die Beförderungsleistung – als Produkt aus beförderten Personen und der Reiseweite – stieg um 0,3% auf 78 Mrd. Personenkilometer (Pkm).

Im Eisenbahnverkehr dürfte die Zahl der beförderten Personen leicht gesunken sein, und zwar um 0,7% auf 1,99 Mrd. Die Beförderungsleistung blieb mit 75 Mrd. Pkm (–0,1%) annähernd gleich.

Der Personenverkehr in der Luftfahrt verzeichnete Einbußen: Die Zahl der Fluggäste ging um 2,0% auf 118 Mill. zurück. Dies ist in erster Linie auf die Nachwirkungen der Terroranschläge im September 2001 zurückzuführen: Während zum Beispiel für die Monate April bis August 2001 im Auslandsluftverkehr (24,2 Mill. Passagiere mit Auslandsziel) noch ein Plus von 1,6% verbucht wurde, ergab sich für den Zeitabschnitt April bis September 2001 (29,1 Mill.) eine Stagnation (+0,4%); ein zweistelliger Rückgang der Fluggastzahlen im Oktober (–12,9% gegenüber dem Vorjahresmonat) führte zu einem Minus von 1,5% für die Sommerreisesaison (April bis Oktober).

Im Güterverkehr wurden – mit Ausnahme der Seeschifffahrt – in allen Verkehrszweigen weniger Güter befördert als im Jahr 2000. Den stärksten Anteil am Güteraufkommen hat traditionell der Straßengüterverkehr. Auf der Straße wurden – nach einer Schätzung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – im vergangenen Jahr 3 164 Mill. Tonnen (t) Güter befördert, rund 2,9% weniger als im Vorjahr. Die dabei im Inland erzielte Leistung stieg aber von 350,5 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) auf 357 Mrd. tkm, das heißt die Güter wurden durchschnittlich rund 113 km weiter befördert.

Auch das Güterverkehrsaufkommen der Eisenbahnen (289,6 Mill. t im Jahr 2001) ist zurückgegangen, aber mit –1,6% weniger stark als im Straßenverkehr. Die Beförderungsleistung der Eisenbahn (74,9 Mrd. tkm) hat mit –1,6% in derselben Größenordnung abgenommen. Die durchschnittliche Beförderungsweite im Eisenbahnverkehr liegt damit bei rund 259 km.

Mit Binnenschiffen wurden im Jahr 2001 237,6 Mill. t befördert, 1,9% weniger als im Vorjahr. Die tonnenkilometrische Leistung im Inland nahm um 2,4% ab, sodass die durchschnittliche Beförderungsweite bei rund 273 km liegt.

Um 1,8% zugenommen hat dagegen der Güterverkehr der Seeschifffahrt: Mit 242,5 Mill. t wurden im Jahr 2001 zum ersten Mal seit Einführung dieser Statistiken mehr Güter befördert als in der Binnenschifffahrt. Da es sich beim Seeverkehr fast ausschließlich um grenzüberschreitenden Verkehr handelt, dürfte die Zunahme mit den 2001 ebenfalls gestiegenen Außenhandelsergebnissen zusammenhängen.

Weitere Auskünfte erteilt
Uwe Reim, Telefon (06 11) 75 22 10,
E-Mail: verkehr@destatis.de.

Ausgaben je Schüler seit 1996 unverändert bei 4 200 Euro

Die öffentlichen Haushalte wendeten 1999 für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen durchschnittlich 4 200 Euro auf. Der Wert ist seit 1996 unverändert.

Die Ausgaben je Schüler differieren stark nach Schularten. 1999 wurden innerhalb der allgemein bildenden Schulen 3 500 Euro je Schüler an den Grundschulen aufgewendet. Die Realschulen lagen mit 4 300 Euro fast im Durchschnitt aller Schulen, während bei Gymnasien 5 100 Euro und bei Sonderschulen 10 500 Euro erforderlich waren.

Die öffentlichen Beruflichen Schulen (z. B. Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachgymnasien) wendeten im Bundesdurchschnitt 3 100 Euro je Schüler auf. Die verhältnismäßig niedrigen Aufwendungen von 2 100 Euro je Schüler bei den Berufsschulen sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen. Die Ausgaben je Schüler bei den öffentlichen Beruflichen Schulen der neuen Länder lagen mit 2 400 Euro deutlich unter denen der Flächenländer des früheren Bundesgebietes (3 300 Euro) und der Stadtstaaten (3 500 Euro).

Der größte Teil der Gesamtausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen entfiel 1999 mit 3 500 Euro auf die Personalausgaben. In den neuen Ländern waren es 3 000 Euro, mit dem niedrigsten Wert in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 2 800 Euro) und dem höchsten in Thüringen (3 300 Euro). Demgegenüber lagen in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes die Personalausgaben bei 3 500 Euro je Schüler, wobei die Werte der einzelnen Länder nur geringfügig vom Bundesdurchschnitt abwichen. Die Personalausgaben je Schüler der Stadtstaaten waren mit 4 100 Euro am höchsten.

Beim Ausgabenvergleich zwischen den Ländern ist zu beachten, dass das Unterrichtsangebot von Land zu Land differiert. Daher ist es sinnvoll, die Personalausgaben nicht nur auf die Zahl der Schüler, sondern auch auf die von einer Lehrkraft pro Woche erteilten Unterrichtsstunden zu beziehen.

Im Jahr 1999 betragen die Personalausgaben je wöchentlich erteilter Unterrichtsstunde im Bundesdurchschnitt 2 700 Euro. Im Ländervergleich stieg der Wert von 2 000 Euro in Brandenburg und Sachsen über 2 400 Euro in Thüringen und Sachsen-Anhalt, 2 900 Euro in Bayern bis zu 3 200 Euro in Hamburg.

Auch die übrigen Ausgabearten hatten in den einzelnen Ländern ein unterschiedliches Gewicht. Auf den laufenden Sachaufwand entfielen im Bundesdurchschnitt 400 Euro je Schüler, mit einem Spitzenwert von 700 Euro in Hamburg. Die Investitionsausgaben betragen durchschnittlich ebenfalls 400 Euro je Schüler, wobei die Werte zwischen 200 Euro in Niedersachsen sowie dem Saarland und 600 Euro in Hamburg differierten.

Weitere Auskünfte erteilt
Harald Eichstädt, Telefon (0611) 75 41 80,
E-Mail: harald.eichstaedt@destatis.de.

Gegenläufige Reallohnentwicklung in Deutschland und Frankreich

Im dritten Quartal 2001 lagen die Indizes der Monatslöhne/-gehälter für die Arbeiter und die Angestellten in der gewerb-

lichen Wirtschaft in Deutschland um 2,1% und in Frankreich um 2,6% höher als vor Jahresfrist. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland um 2,5%, in Frankreich um 1,8%. Die Reallöhne und -gehälter gingen daher brutto in Deutschland um 0,4% zurück, während sie in Frankreich um 0,8% stiegen.

In Deutschland beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit seit einigen Jahren nahezu unverändert durchschnittlich 37 Stunden. In Frankreich wurde sie von 38,5 Stunden im dritten Quartal 1999 auf 37 Stunden im dritten Quartal 2000 und weiter auf 36,2 Stunden im dritten Quartal 2001 verkürzt.

Wegen der starken Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich stiegen die Indizes der Stundenlöhne/-gehälter in Frankreich binnen Jahresfrist mit 4,2% doppelt so stark wie in Deutschland (+ 2,1%).

Für den deutsch-französischen Vergleich wurden vom Statistischen Bundesamt und vom französischen Statistischen Zentralamt (INSEE) Indikatoren zur kurzfristigen Lohn- und Arbeitszeitentwicklung konzipiert. Sie werden quartalsweise zeitgleich in Wiesbaden und Paris veröffentlicht.

Die dargestellten Indizes basieren in Deutschland auf Auswertungen der Tarifverträge für den ersten Monat jedes Quartals, in Frankreich auf einer vierteljährlichen Erhebung für den letzten Monat jedes Quartals bei Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (ACEMO). Einbezogen werden die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Transport und Nachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Als Löhne/Gehälter werden in Deutschland die tariflichen Grundlohn-/gehältsätze nachgewiesen, in Frankreich die Basislöhne und -gehälter, jeweils ohne Zulagen und Prämien sowie Einmalzahlungen. Die Indizes werden für eine konstante Arbeitnehmerstruktur berechnet (Laspeyres-Indizes).

Nähere Erläuterungen zur Methodik wurden in den Beiträgen „Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich“ in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 1/2001, S. 51 ff., sowie in «Le suivi conjoncturel des salaires en Allemagne et en France» in «Courrier des statistiques» no 94 veröffentlicht.

Weitere Auskünfte erteilen
Dirk Heinlein, Telefon (06 11) 75 24 42,
E-Mail: dirk.heinlein@destatis.de sowie
Fabrice Romans, Telefon (00 33) 1 41 17 54 64,
E-Mail: fabrice.romans@insee.fr.

Telekommunikationsdienstleistungen 2001 um 5,8% billiger

Aus Sicht der privaten Haushalte sind die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber dem Jahr 2000 um 5,8% gesunken.

Die Preise für Telefondienstleistungen im Festnetz lagen im Jahr 2001 um 0,6% niedriger als 2000. Dabei waren Auslandsgespräche (-6,7%), Inlandsferngespräche (-1,3%)

und Ortsgespräche (-0,1%) günstiger als im Jahresdurchschnitt 2000. Die Preise für Anschluss- und Grundgebühren blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Das Mobiltelefonieren war im Jahresdurchschnitt 2001 um 9,0% billiger als im Vorjahr.

Für die Internet-Nutzung betrug der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr 30,5%.

Im Dezember 2001 lagen die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen um 3,0% niedriger als im Dezember 2000. Das Telefonieren im Festnetz war im Dezember 2001 um 0,3% teurer als im entsprechenden Vorjahresmonat. Das Mobiltelefonieren bzw. die Internet-Nutzung verbilligten sich dagegen binnen Jahresfrist um 6,2 bzw. 19,1%.

Von November auf Dezember 2001 kam es zu leichten Preisveränderungen in den Teilmärkten Festnetz und Mobilfunk. Der Gesamtindex blieb jedoch im Vormonatsvergleich unverändert.

Diese Informationen sowie eine Methodenbeschreibung des neuen Preisindex für die Internet-Nutzung sind auch online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt
Andreas Martin, Telefon (06 11) 75 26 29,
E-Mail: andreas.martin@destatis.de.

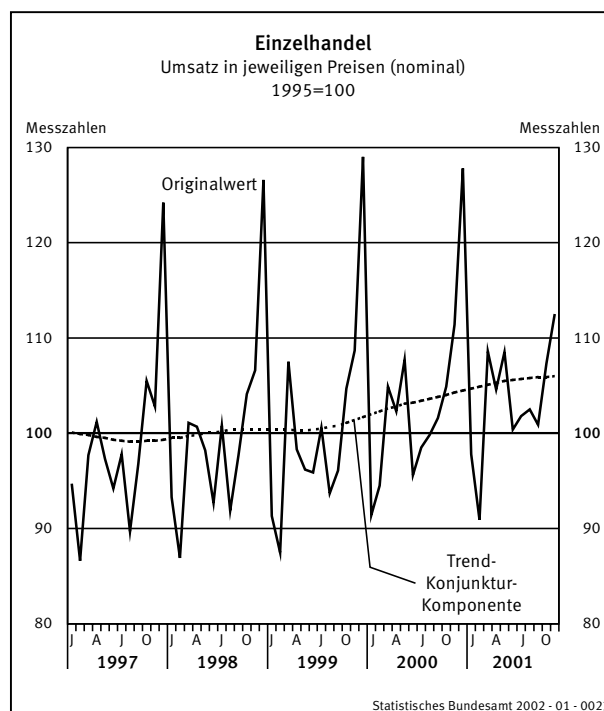
Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im November 2001 nominal 1,0% mehr und real 0,4% weniger als im November 2000 um, beide Monate hatten jeweils 26 Verkaufstage. In den ersten elf Monaten des Jahres 2001 wurde nominal 2,0% und real 0,4% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchten im November 2001 der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal +5,9%, real +2,7%) und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen sowie die Apotheken (nominal +3,8 %, real +2,1%). Im Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen, stieg der Umsatz nur real (nominal -3,0 %, real +4,7%). Nominal und real unter den Umsatzergebnissen des Vorjahresmonats blieben der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -1,4%, real -4,6%) und der sonstige Facheinzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (nominal -5,1%, real -6,1%).

Im November 2001 wurde im Vergleich zum Oktober 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,7% und real 1,6% mehr abgesetzt.



Außenhandel

Im November 2001 wurden von Deutschland für 54,3 Mrd. Euro Waren exportiert und für 48,5 Mrd. Euro importiert. Damit sind die deutschen Ausfuhren erstmals wieder seit April 1999 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gesunken (-4,5%). Bei den Einfuhren betrug der Rückgang 7,0%. Der Index der Außenhandelspreise war im gleichen Zeitraum für beide Handelsrichtungen gesunken. So sank der Ausfuhrpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9% und der Einfuhrpreisindex sogar um 6,6%. Bei den Einfuhren verbilligten sich im Vorjahresvergleich vor allem Erdöl und Mineralölerzeugnisse.

Der Saldo der Handelsbilanz betrug im November 2001 5,9 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung der Salden für Ergänzungen zum Warenverkehr (-0,6 Mrd. Euro), Dienstleistungen (-3,3 Mrd. Euro), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+0,9 Mrd. Euro) sowie laufende Übertragungen (-2,7 Mrd. Euro) schloss die Leistungsbilanz - nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank - im November 2001 damit mit einem leichten Überschuss in Höhe von 0,2 Mrd. Euro ab. Im November 2000 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Passivsaldo von 2,1 Mrd. Euro ausgewiesen.

Gegenüber dem Vormonat Oktober 2001 sind die deutschen Exporte um 5,1% zurückgegangen, während die deutschen Importe mit einem Plus von 0,5% leicht zugelegt haben. Dieser leichte Zuwachs bei den Einfuhren ist aber durch saisonale Einflüsse und Kalendereffekte verursacht. Nach durchgeführter Kalender- und Saisonbereinigung (Berliner Verfahren, Version 4) ergibt sich nämlich auch bei den Einfuhren ein Minus von 2,4% (Ausfuhren: -3,6%). [\[U\]](#)

Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bruttoinlandsprodukt 2001

Auch im Jahr 2002 gibt das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres.

Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 0,6% zu. Das war – nach einem Rückgang um 1,1% im Jahr 1993 – das schwächste Wirtschaftswachstum seit der deutschen Vereinigung. Nach rechnerischer Ausschaltung von kalenderbedingten Effekten – das Jahr 2001 hatte knapp zwei Arbeitstage weniger als das Jahr 2000 – ergibt sich ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,8%.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2001 von 38,76 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 55 000 mehr (+ 0,1%) als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Erwerbslosen (in europäischer Definition) sank im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 21 000 (– 0,7%) auf 3,11 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen verringerte sich damit von 7,5% im Jahr 2000 auf 7,4% im Berichtsjahr.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2001 um 0,4%, je Arbeitsstunde lag die Zunahme bei 1,3%. Der unterschiedliche Anstieg dürfte vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, aber auch auf einen Abbau der Arbeitszeitkonten zurückzuführen sein.

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts zeigt, dass zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 die Wirtschaftsbereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+ 2,9%) sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+ 2,4%) am stärksten beigetragen haben. Dagegen hat die reale Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienst-

leister (+ 0,4%) vergleichsweise schwach zugenommen. Die Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe ging im Berichtsjahr um 0,3% zurück. Auch die Wertschöpfung des Baugewerbes lag um 6,6% unter dem Wert des Jahres 2000, sie ist damit das siebte Jahr in Folge zurückgegangen.

Auf der Verwendungsseite trug der reale Außenbeitrag mit gut einem Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum 2001 bei, was sich aus einem realen Anstieg der Exporte um 5,1% ergab, der über dem der realen Importe (+ 2,0%) lag. Im Jahr 2000 hatte der reale Außenbeitrag ebenfalls mit gut einem Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum beigetragen, wobei die realen Exporte (+ 13,2%) und Importe (+ 10,0%) deutlich höhere Zuwachsraten zu verzeichnen hatten. Die inländische Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ging demgegenüber im Berichtsjahr real um 0,5% zurück. Dies ist vor allem auf im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Ausrüstungsinvestitionen (– 3,4%), einen weiteren Rückgang der Bauinvestitionen (– 5,7%) und einen kräftigen Vorratsabbau zurückzuführen. Dagegen wiesen die realen sonstigen Anlagen (vor allem Computersoftware und Urheberrechte) im Jahr 2001 einen Anstieg von 6,0% auf. Auch die beiden größten Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts, die privaten und die staatlichen Konsumausgaben, trugen mit realen Zunahmen von 1,4 bzw. 1,3% positiv zum Wirtschaftswachstum bei; sie konnten die Rückgänge bei den Investitionen allerdings nicht ausgleichen.

In jeweiligen Preisen nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2001 stärker zu (+ 1,9%) als das reale Bruttoinlandsprodukt und betrug 2 064 Mrd. Euro. Das Bruttonationaleinkommen (früher Bruttosozialprodukt) stieg auf 2 052 Mrd. Euro, das Volkseinkommen auf 1 527 Mrd. Euro und das

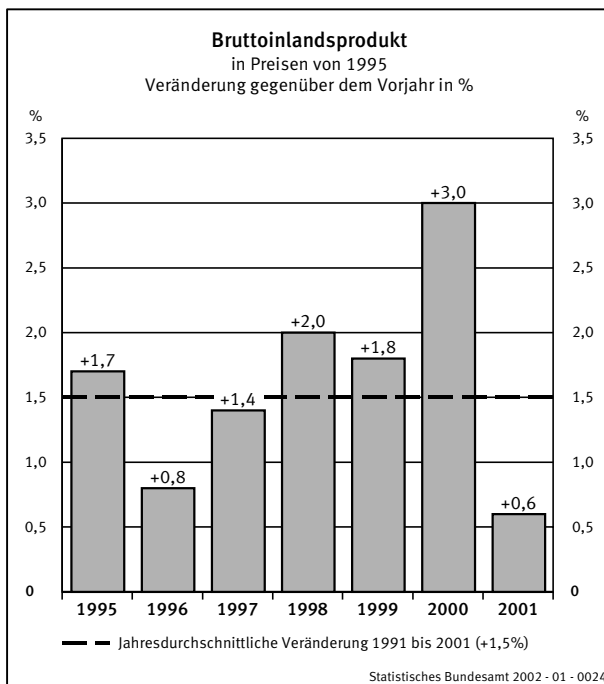
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte auf 1348 Mrd. Euro. Die privaten Konsumausgaben sind im Jahr 2001 deutlich schwächer gestiegen (+ 3,2%) als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+ 3,6%) und die Sparquote der privaten Haushalte ist im Berichtsjahr erstmals seit der deutschen Vereinigung wieder angestiegen und betrug 10,1%; im Jahr 1991 belief sie sich auf 13,0%.

Vorbemerkung

In diesem Aufsatz gibt Destatis, das Statistische Bundesamt, einen *ersten Überblick* über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres 2001. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2002 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2001 wurden komplett und für den November nahezu vollständig frei *geschätzt*. Auch für davor liegende Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 17. Januar 2002 als Pressemitteilung und in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 2001“ veröffentlicht. Dieser sehr frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat vorgelegt wird. Die aktuellen amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangspunkt für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal 2001 werden nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2001 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die alten und neuen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden, und zwar länderscharf. Mit ersten Angaben für das Jahr 2001 ist im Februar 2002 zu rechnen. Vom Statistischen Bundesamt werden – auch in der vorliegenden Veröffentlichung – lediglich die Bauinvestitionen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost berechnet und nachgewiesen. Im vorliegenden Aufsatz werden erstmals Ergebnisse in Euro (EUR) dargestellt. Die in DM ermittelten Werte wurden zunächst einheitlich mit dem konstanten Faktor 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet und anschließend rundungsbedingte Differenzen, die die Stimmigkeit der Summenbildung beeinträchtigten, ausgeglichen.

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Im Jahr 2001 nahm das deutsche *Bruttoinlandsprodukt*, der Wert der erwirtschafteten Leistung, im Vergleich zum Vorjahr real um 0,6% zu. Das war – nach einem Rückgang



im Jahr 1993 um 1,1% – das schwächste wirtschaftliche Wachstum in Deutschland seit der deutschen Vereinigung (siehe Tabelle 1).

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
+ 2,2	- 1,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6

Im Jahr 2001 standen in Deutschland knapp 2 Arbeitstage weniger als im Vorjahr zur Verfügung. Nach rechnerischer Ausschaltung dieses Kalendereffekts ergäbe sich eine Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,8%.

Für die vorangegangenen Jahre hätten sich bei Ausschaltung des Kalendereffekts folgende reale Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt ergeben:

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
+ 1,8	- 1,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 3,2	+ 0,8

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2001 von 38,76 Mill. *Erwerbstätigen* erbracht, das waren 55 000 mehr (+ 0,1%) als ein Jahr zuvor. Die Zahl der *Erwerbslosen* (in europäischer Definition¹⁾) sank im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 21 000 (- 0,7%) auf 3,11 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen verringerte sich damit von 7,5% im Jahr 2000 auf 7,4% im Berichtsjahr.

1) In der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Jahr	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1995		
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Bruttonationaleinkommen (Sp. 1 + 2)	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Bruttonationaleinkommen (Sp. 4 + 5)
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
1999	1974,3	-12,3	1962,0	1911,1	-10,8	1900,4
2000	2025,5	-7,6	2017,9	1968,5	-6,0	1962,5
2001	2063,7	-12,0	2051,7	1980,0	-10,3	1969,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	in %	in Mrd. EUR	in %	in %	in Mrd. EUR	in %
2000	+ 2,6	+ 4,7	+ 2,8	+ 3,0	+ 4,7	+ 3,3
2001	+ 1,9	- 4,4	+ 1,7	+ 0,6	- 4,3	+ 0,4

1) Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleistete Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

Die *Arbeitsproduktivität*, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2001 um 0,4%, je Arbeitsstunde lag die Zunahme bei 1,3%. Der unterschiedliche Anstieg dürfte vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, aber auch auf einen Abbau der Arbeitszeitkonten zurückzuführen sein (siehe Tabelle 2).

Neben den Erwerbstätigen spielt das *Anlagevermögen* als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Diese Größe umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter. Das *Sachanlagevermögen* umfasst die materiellen Anlagen und setzt sich zusammen aus dem Bestand an Ausrüstungen, Wohnbauten und Nichtwohnbauten sowie Nutztieren und Nutzpflanzungen. Wohnbauten zählen auch dann zum Anlagevermögen, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden, da sowohl die Vermietung als auch die private Nutzung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch private Haushalte als unternehmerische Tätigkeit behandelt wird. Nutztiere und Nutzpflanzungen wurden erstmals in die Berechnungen einbezogen. Zum *immateriellen Anlagevermögen* gehören die Ausgaben für Suchbohrungen, Computerprogramme und große Datenban-

ken sowie Urheberrechte. Der *Kapitalstock* misst das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen, bei dem – anders als nach dem Nettokzept – die Wertminderung der Anlagegüter unberücksichtigt bleibt. Um geeignete Aussagen über die zeitliche Entwicklung zu ermöglichen, wird der Kapitalstock in konstanten Preisen (von 1995) nachgewiesen:

Kapitalstock, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität
Alle Wirtschaftsbereiche
in Preisen von 1995

Jahr	Kapitalstock ¹⁾		Kapitalkoeffizient ²⁾	Kapitalintensität ³⁾
	Mrd. EUR	1991=100		
1999	9879	123,4	5,2	259
2000	10113	126,3	5,1	261
2001	10337	129,1	5,2	267
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2000	+ 2,4		- 0,6	+ 0,7
2001	+ 2,2		+ 1,6	+ 2,1

1) Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1995 (Mittelwert aus dem Jahresanfangs- und Jahresendbestand). – 2) Verhältnis Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995. – 3) Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

Im Jahr 2001 hat sich der Kapitalstock um 2,2% und damit annähernd so stark wie im Vorjahr erhöht. Damit sind in Deutschland Anfang 2002 Anlagegüter im (Neu-)Wert von fast zehneinhalb Billionen Euro für Produktionszwecke einsetzbar. Der *Kapitalkoeffizient*, der den Kapitaleinsatz je Einheit Bruttoinlandsprodukt misst, ist um 1,6% gestiegen, nachdem er im Vorjahr um 0,6% gesunken war. Das resultiert daraus, dass im Jahr 2001 das reale Bruttoinlandsprodukt wesentlich schwächer (+0,6%) als der Kapitalstock gestiegen ist, während im Vorjahr das Wirtschaftswachstum – mit +3,0% erstmals im abgelaufenen Jahrzehnt – über dem Wachstum des Kapitalstocks (+2,4%) gelegen hatte. Damit ist im Berichtsjahr die Kapitalproduktivität, der reziproke Wert des Kapitalkoeffizienten, in Deutschland wieder gesunken, was auf eine geringere Auslastung der Produktionskapazitäten hindeutet. Dies wird für die westdeutsche Industrie durch die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests bestätigt, der für die ersten drei Quartale 2001 eine zunehmend sinkende Kapazitätsauslastung ausweist.²⁾ Im Jahr 2001 entfiel auf einen Arbeitsplatz im Durchschnitt eine

Tabelle 2: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹⁾

Jahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²⁾	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995			
	insgesamt	dar.: Arbeitnehmer			insgesamt	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde	
Durchschnitt in 1000								
1999	38081	34133	3416	57,0	1911,1	106	104	107
2000	38706	34724	3133	57,4	1968,5	109	106	109
2001	38761	34798	3112	57,0	1980,0	110	106	111
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
2000	+ 1,6	+ 1,7	- 8,3	+ 0,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,3	+ 2,3
2001	+ 0,1	+ 0,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,3

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – 2) Abgrenzung nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

2) Siehe Lindlbauer, J. D.: „Westdeutsche Industrie: Weiter sinkende Kapazitätsauslastung“ in ifo-Schnelldienst, 21/ 2001, S. 35.

Kapitalausstattung in Höhe von über einer viertel Million Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist die *Kapitalintensität* – der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen – um 2,1% gestiegen.

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen *Wirtschaftsbereiche* zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und der Produktionswert) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts die Nettogütersteuern (also der Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global wieder hinzuzufügen. Außerdem muss die unterstellte Bankgebühr (Zinsspanne der Kreditinstitute) als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch abgesetzt werden, weil sie in der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche noch enthalten ist.

Die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen zeigen, dass sich im Jahr 2001 die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Vorjahresvergleich deutlich verlangsamt hat (siehe Tabelle 3). Für diese schwache Entwicklung sind mit Ausnahme der Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei alle übrigen Wirtschaftsbereiche verantwortlich.

Die Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe ging im abgelaufenen Jahr real um 0,3% zurück. Dabei wiesen der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden einen Rückgang von 8,6% auf und die Bruttowertschöpfung der Energie- und Wasserversorgung schrumpfte um 2,6%, während das Verarbeitende Gewerbe knapp das Ergebnis des Vorjahres erreichte. Allerdings hat sich auch die Lage im Verarbeitenden Gewerbe im Jahresverlauf kontinuierlich verschlechtert. Insbesondere im vierten Quartal deutet sich nach dem negativen Produktionsindex im November ein recht schwaches Ergebnis an. Auch die seit sieben Monaten im Vorjahresvergleich rückläufigen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe geben hier kaum positive Signale für die nähere Zukunft. Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genussmittel) stieg der Auslandsumsatz im Zeitraum Januar bis November 2001 um 4,1%, der Inlandsumsatz dagegen ging um 0,2% zurück. Nach diesen Ergebnissen scheinen außenwirtschaftliche Impulse ein stärkeres Einbrechen des Verarbeitenden Gewerbes verhindern zu haben, wobei auch diese eine Abschwächung gegen Ende des beobachteten Zeitraums zeigen.

Noch stärker als bei der Industriekonjunktur setzte sich bei der Bautätigkeit der seit 1995 zu beobachtende Abwärts-

trend im Jahr 2001 fort. Die reale Wertschöpfung im Baugewerbe verminderte sich im Berichtsjahr 2001 mit 6,6% mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr (-2,7%). Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes in Deutschland ging damit im siebten Jahr in Folge zurück, und ein Ende dieser Entwicklung scheint noch nicht in Sicht, da auch die Auftrags-eingänge (Volumen) bis zuletzt weiterhin rückläufig waren.

Für den Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister ergab sich im Jahr 2001 nur eine unterdurchschnittliche Zunahme der realen Wertschöpfung (+0,4%). Dieses Ergebnis wird in starkem Maße durch die öffentlichen Haushalte geprägt, deren Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen wegen des weiteren Beschäftigtenabbaus sogar leicht unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums lag. Bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbe-reichen wird wegen der noch fehlenden Dienstleistungsstatistik ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen, aus denen unter Berücksichtigung der (bisherigen) Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet werden.

Am stärksten hat sich im Jahr 2001 die wirtschaftliche Leistung im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister erhöht (+2,9%), was vor allem durch das Kreditgewerbe (+6,7%), das Versicherungsgewerbe (+4,0%) sowie Datenbanken und Datenverarbeitung (+6,3%) geprägt wird. Der Teilbereich Grundstücks- und Wohnungswesen, der die Nutzung des gesamten Wohnungsbestandes einschließlich der Eigentümerwohnungen umfasst, erwies sich mit +1,5% wiederum als relativ konjunkturunabhängig und stabil.

In den distributiv tätigen Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr hat sich die insgesamt ungünstige Wirtschaftslage der industriellen Bereiche nur teilweise ausgewirkt, sodass sich die Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 2,4% erhöht hat. Negativ haben sich vor allem die rückläufigen Umsätze im produktionsnahen und außenhandelsabhängigen Großhandel niedergeschlagen, während der Einzelhandel von einer stabilen Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte (+1,4%, nach ebenfalls +1,4% im Vorjahr) gestützt wurde. Die Nachrichtenübermittlung expandierte real (also nach Herausrechnung der Preissenkungen bei der Telekommunikation) weiterhin zweistellig, während im Verkehr hohe Treibstoffpreise sowie die ungünstige nationale und internationale Wirtschaftslage dazu geführt haben, dass sich die bereits im Vorjahr abzeichnende zurückhaltende Entwicklung fortgesetzt hat; die Zuwachsrate der realen Bruttowertschöpfung blieb erneut leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Folgen des 11. Septembers 2001 haben diesen Trend nicht erkennbar beeinflusst, weil die davon hauptsächlich betroffenen Branchen – Luftverkehr und Reisefähigkeit – in Deutschland nur mit rund 10% an der Bruttowertschöpfung des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung beteiligt sind. Die reale Wertschöpfung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei stieg im Berichtsjahr um 1,2%, nachdem sie im Jahr 2000 um 0,4% zurückgegangen war.

Die reale Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg im Jahr 2001 unbereinigt um 1,0%, also stärker als das

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Alle Wirtschaftsbereiche			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	Bruttowertschöpfung (bereinigt) ¹⁾	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)		zusammen	darunter		zusammen	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister
							Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR												
1999	1974,3	202,1	1772,3	1838,3	21,7	553,7	410,1	100,6	1262,9	321,9	546,7	394,4
2000	2025,5	206,3	1819,2	1886,0	22,0	573,3	437,3	95,9	1290,8	333,1	560,5	397,3
2001	2063,7	210,1	1853,6	1920,6	23,3	574,6	441,8	91,0	1322,7	343,3	575,2	404,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+2,6	+2,1	+2,6	+2,6	+1,4	+3,5	+6,7	-4,7	+2,2	+3,5	+2,5	+0,7
2001	+1,9	+1,9	+1,9	+1,8	+5,7	+0,2	+1,0	-5,1	+2,5	+3,1	+2,6	+1,8
in Preisen von 1995 Mrd. EUR												
1999	1911,1	184,8	1726,3	1818,8	24,3	535,1	384,6	105,4	1259,4	332,5	548,5	378,3
2000	1968,5	182,8	1785,7	1884,9	24,2	555,6	408,1	102,6	1305,1	347,7	574,2	383,2
2001	1980,0	181,4	1798,6	1903,3	24,5	547,3	408,1	95,8	1331,5	356,2	590,6	384,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+3,0	-1,1	+3,4	+3,6	-0,4	+3,8	+6,1	-2,7	+3,6	+4,5	+4,7	+1,3
2001	+0,6	-0,8	+0,7	+1,0	+1,2	-1,5	-0,0	-6,6	+2,0	+2,4	+2,9	+0,4

1) Nach Abzug der unterstellten Bankgebühr.

reale Bruttoinlandsprodukt (+0,6%). Die Differenz erklärt sich vor allem aus dem – im Vergleich zur Summe der unbereinigten Wertschöpfung – starken Anstieg der realen unterstellten Bankgebühr um 5,5%, die wie bereits erwähnt beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (unbereinigt) der Volkswirtschaft auf das Bruttoinlandsprodukt abzuziehen ist. Aber auch die gegenüber dem Vorjahr um 0,8% niedrigeren realen Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen), die der Bruttowertschöpfung hinzuzufügen sind, trugen, wenn auch nur in geringem Umfang, zu der genannten Differenz bei. Der Rückgang der realen Nettogütersteuern um 0,8% erklärt sich im Wesentlichen aus dem rückläufigen Umsatzsteueraufkommen bei gleichzeitig gestiegenem „Preis“ der Umsatzsteuer. Letzterer ergibt sich bei unverändertem Steuersatz aus der Erhöhung der Preise der Güter, die in die Bemessungsgrundlagen dieser Steuer eingehen.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 3) erhöhte sich im Berichtsjahr 2001 die Bruttowertschöpfung (unbereinigt) aller Wirtschaftsbereiche um 1,8% gegenüber dem Vorjahr. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen realen Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu denen in konstanten Preisen ablesen. Preistreibende Einflüsse gingen demnach vor allem von der Landwirtschaft und vom Produzierenden Gewerbe aus, und hier insbesondere von der (nicht explizit dargestellten) Energie- und Wasserversorgung, bei der die Preissenkungen durch die Liberalisierung des Strommarktes offensichtlich im Jahr 2001 zum Stillstand gekommen sind. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche gab es Preisrückgänge vor allem bei der Nachrichtenübermittlung und beim Kreditgewerbe.

Beim Versicherungsgewerbe ergab sich ein rechnerischer Preisrückgang, der allerdings durch einen Sondereinfluss verursacht wurde. Nach allgemein verfügbaren Informationen summieren sich die finanziellen Schäden, die deutsche Rückversicherungsunternehmen im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 in New York zu tragen haben, auf insgesamt rund 3,5 Mrd. Euro.

Versicherungsunternehmen begleichen solche Ansprüche aus Schadensfällen im Normalfall aus Rückstellungen, die im Laufe der Jahre aus den ihnen zufließenden Versicherungsbeiträgen gebildet wurden. Das deutsche Recht verbietet jedoch für die hier speziell entstandenen Schäden, abgesehen von einer geringfügigen Schwankungsrückstellung, die Bildung solcher vorherigen Rückstellungen. Erst nach Eintritt des Schadensfalls sind diese in die Bilanz einzustellen. Das hat für die betroffenen deutschen Rückversicherungsunternehmen zur Folge, dass ihr Betriebsergebnis für das dritte Quartal und das Jahr 2001 aufgrund der „Zuführungen zu Rückstellungen“ um rund 3,5 Mrd. Euro niedriger ausfällt.

In den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das dritte Quartal und das Jahr 2001 schlägt sich dieser betriebswirtschaftliche Verlust in einer Minderung des Produktionswertes der Versicherungen um rund 3,5 Mrd. Euro nieder. Das ergibt sich aus der Berechnung ihres Produktionswertes im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er wird als Differenz der empfangenen Prämien abzüglich der Leistungen der Versicherungen ermittelt. Da auch die Zuführungen zu den Rückstellungen als Leistungen an die Versicherungsnehmer gelten, mindert sich im dritten Quartal und im Jahr 2001 die Wertschöpfung der Versicherungsunternehmen und damit das Bruttoinlandsprodukt.

Die Gegenbuchung auf der Verwendungsseite erfolgt in den Dienstleistungsexporten – die Rückstellungen erfolgen für

Ansprüche amerikanischer Erstversicherer –, deren Wert gleichfalls um rund 3,5 Mrd. Euro niedriger liegt.

Die beschriebenen Auswirkungen gelten nur für das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. Die Rechnung in konstanten Preisen bleibt davon unberührt. Es gibt keinen erkennbaren Grund, dass die realen Leistungen der Versicherungen (Außendienst, Schadensbearbeitung usw.) gerade im dritten Quartal und Jahr 2001 abgenommen haben sollten. Im Verlauf der aus dem 11. September 2001 resultierenden Schadensbearbeitungen dürfte eher das Gegenteil zu erwarten sein. Dies bedeutet allerdings, dass sich im Jahr 2001 ein impliziter Preiseffekt für den Bereich ergibt, sobald man die Werte für Produktion in jeweiligen Preisen den Ergebnissen in konstanten Preisen gegenüberstellt. Der implizite Preisindex für Versicherungsdienstleistungen und alle anderen betroffenen Bereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sinkt. Diese Ergebnisse sind somit nur unter Berücksichtigung der Buchungsart in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen interpretierbar.

2 Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der *Verwendungsseite* des Bruttoinlandsprodukts (siehe Tabelle 4) trug der reale Außenbeitrag mit gut einem Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum 2001 bei, was sich aus einem realen Anstieg der Exporte um 5,1% ergab, der über dem der realen Importe (+2,0%) lag. Im Jahr 2000 hatte der reale Außenbeitrag ebenfalls mit gut einem Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum beigetragen, wobei die realen Exporte (+13,2%) und Importe (+10,0%) deutlich höhere Zuwachsraten zu verzeichnen hatten. Die inländische Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ging demge-

genüber im Berichtsjahr real um 0,5% zurück. Dies ist vor allem auf im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Ausstattungsinvestitionen (-3,4%), einen weiteren Rückgang der Bauinvestitionen (-5,7%) und einen kräftigen Vorratsabbau zurückzuführen. Dagegen wiesen die realen sonstigen Anlagen (vor allem Computersoftware und Urheberrechte) im Jahr 2001 einen Anstieg von 6,0% auf. Auch die beiden größten Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts, die privaten und die staatlichen Konsumausgaben, trugen mit realen Zunahmen von 1,4 bzw. 1,3% positiv zum Wirtschaftswachstum bei; sie konnten die Rückgänge bei den Investitionen allerdings nicht ausgleichen. Für die Vorratsveränderungen liegen zum frühen Zeitpunkt dieser Veröffentlichung keine aktuellen Berechnungsgrundlagen vor. Sie werden im Wesentlichen im Zuge des Abstimmungsprozesses zwischen dem entstehungsseitig ermittelten Wert des Bruttoinlandsprodukts und der Summe der übrigen Verwendungsaggregate als Differenz ermittelt, wobei alle verfügbaren Informationen zur Umsatz- und Produktionsentwicklung sowie zur Lagerbeurteilung aus Befragungen des Instituts für Wirtschaftsforschung, München (ifo), herangezogen werden. Im Jahr 2001 ergab sich ein Abbau von Vorräten um rund 8 Mrd. Euro gegenüber dem Jahr 2000, was einem Wachstumsbeitrag von -0,6 Prozentpunkten entspricht.

Die *privaten Konsumausgaben* betragen im Jahr 2001 in Deutschland 1 221 Mrd. Euro. Sie erhöhten sich gegenüber 2000 in jeweiligen Preisen um 3,2% und real (in Preisen des Jahres 1995) um 1,4%. Der Preisanstieg für die Privaten Konsumausgaben war mit 1,8% höher als im Vorjahr (+1,4%), was vor allem auf die starke Verteuerung von Nahrungsmitteln und Gas zurückzuführen war.

Tabelle 4: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung										Außenbeitrag	Nachrichtlich	
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen				Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wert-sachen	Exporte		Importe	
			zu-sammen	private Konsumausgaben ¹⁾	Staat	zu-sammen	Bruttoanlageinvestitionen							
						zu-sammen	zu-rüstungen	Bauten	sonstige Anlagen ²⁾		von Waren und Dienstleistungen			
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR														
1999	1974,3	1957,5	1528,0	1149,6	378,4	429,5	426,0	159,4	245,3	21,4	+3,5	16,8	586,6	569,8
2000	2025,5	2017,5	1567,3	1182,8	384,5	450,2	438,1	174,8	240,6	22,7	+12,1	8,0	683,3	675,3
2001	2063,7	2034,1	1612,8	1220,7	392,1	421,3	421,2	170,3	227,3	23,6	+0,2	29,6	725,3	695,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
2000	+2,6	+3,1	+2,6	+2,9	+1,6	+4,8	+2,8	+9,7	-1,9	+5,9	+8,7	-8,8	+16,5	+18,5
2001	+1,9	+0,8	+2,9	+3,2	+2,0	-6,4	-3,9	-2,6	-5,5	+4,2	-12,0	+21,6	+6,1	+3,0
in Preisen von 1995 Mrd. EUR														
1999	1911,1	1895,5	1467,1	1092,4	374,7	428,4	432,4	160,4	248,8	23,2	-4,1	15,6	581,8	566,2
2000	1968,5	1932,7	1487,5	1108,2	379,3	445,2	442,2	174,3	242,6	25,3	+3,1	35,8	658,8	623,0
2001	1980,0	1922,9	1507,8	1123,6	384,2	415,2	423,9	168,3	228,7	26,8	-8,7	57,1	692,3	635,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
2000	+3,0	+2,0	+1,4	+1,4	+1,2	+3,9	+2,3	+8,7	-2,5	+8,9	+7,1	+20,2	+13,2	+10,0
2001	+0,6	-0,5	+1,4	+1,4	+1,3	-6,7	-4,1	-3,4	-5,7	+6,0	-11,7	+21,3	+5,1	+2,0

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstückübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Tabelle 5: Private Konsumausgaben¹⁾
in jeweiligen Preisen

Jahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken ²⁾						
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke ³⁾		
Mrd. EUR									
1999	1 149,6	1 112,2	170,4	262,2	187,5	103,7	361,0	37,4	14 000
2000	1 182,8	1 144,0	174,1	273,2	188,0	108,0	371,5	38,8	14 400
2001	1 220,7	1 180,9	184,0	284,7	193,4	110,6	380,1	39,8	14 800
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2000	+2,9	+2,9	+2,1	+4,2	+0,3	+4,1	+2,9	+3,8	+2,8
2001	+3,2	+3,2	+5,7	+4,2	+2,9	+2,4	+2,3	+2,6	+3,0

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 3) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

Besonders hervorzuheben für das Jahr 2001 sind die deutlichen *Preiserhöhungen* für Lebensmittel, wie für Fleischwaren, Milcherzeugnisse, Obst, Kartoffeln und Gemüse, die zu einer Preissteigerungsrate von 4% für die Ausgaben von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren insgesamt führten, was zugleich die höchste Preissteigerung der 1990er Jahre war. Bei der Beurteilung ist zu beachten, dass die Preise für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in den letzten Jahren nahezu unverändert blieben; allerdings dürften auch die Reaktionen der Verbraucher auf die Tierseuchen Einfluss auf die Preissteigerungen im Berichtsjahr gehabt haben. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stiegen in jeweiligen Preisen gegenüber dem Vorjahr um 5,7% (siehe Tabelle 5). Wie schon im Jahr 2000 erhöhten sich die Ausgaben für das Wohnen um 4,2%, was vor allem auf den um mehr als 20% gestiegenen Gaspreis zurückzuführen ist. Die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind mit 2,9% im Jahr 2001 wieder deutlich stärker gestiegen als im Jahr 2000 (+0,3%). Entscheidend hierfür waren erheblich gestiegene Besitzumschreibungen gebrauchter Personenkraftwagen von Unternehmen zu den privaten Haushalten. Die Anzahl dieser Umschreibungen ist im Jahr 2001 um mehr als ein Drittel gegenüber dem Vorjahr angewachsen (siehe auch die Ausführungen zu den Ausrüstungsinvestitionen weiter unten).

Die *Konsumausgaben des Staates* nahmen 2001 in jeweiligen Preisen um 2,0% und in Preisen von 1995 um 1,3% gegenüber dem Vorjahr zu (siehe Tabelle 6). Dabei erhöhten sich die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften (+1,4%) schwächer als die der Sozialversicherung (+2,8%). Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen dieser Leistungen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion gab der Staat 0,3% mehr aus als im Vorjahr. Die schwache Entwicklung ergab sich vor allem aus dem weiteren Personalabbau im öffentlichen Dienst, der zu einem großen Teil die durch Tarifierhöhungen bewirkten Mehrausgaben kompensierte. Die Beamtenbezüge wurden ab Jahresbeginn um 1,8% (zuzüglich einer Einmalzahlung von 400 DM für die Besoldungsgruppen bis A 11) angepasst. Bei den Angestellten und bei den Arbeitern wurde der Tarif im Berichtsjahr zwar nicht erhöht, aber es wirkte sich noch die vorjährige Tarifierhöhung (Einmalzahlung von 400 DM sowie Tarifierhöhung um 2% im August und um 2,4% ab September 2000) aus. An Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion kaufte der Staat 2,3% mehr als 2000. Für soziale Sachleistungen gab der Staat

Tabelle 6: Konsumausgaben des Staates

Jahr	In jeweiligen Preisen									
	insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹⁾		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen ²⁾	soziale Sachleistungen	nachrichtlich: Konsumausgaben des Staates für zivile Zwecke	In Preisen von 1995 insgesamt
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	dar.: Arbeitnehmerentgelt				
Mrd. EUR										
1999	378,4	67,9	61,4	6,5	188,6	162,4	26,4	148,4	352,7	374,7
2000	384,5	69,5	62,8	6,7	188,8	161,9	26,4	152,6	359,7	379,3
2001	392,1	71,1	64,2	6,9	189,9	162,5	26,0	157,0	366,9	384,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
2000	+1,6	+2,5	+2,4	+3,4	+0,1	-0,3	-0,2	+2,8	+2,0	+1,2
2001	+2,0	+2,3	+2,2	+3,0	+0,6	+0,3	-1,6	+2,9	+2,0	+1,3

1) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangener sonstiger Subventionen. – 2) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2,9% mehr aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion waren im Berichtsjahr um 1,6% niedriger als 2000.

Die *Anlageinvestitionen*, das heißt die Summe der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie der sonstigen Anlagen, waren im Jahr 2001 erstmals seit 1996 rückläufig. Sie waren in jeweiligen Preisen um 3,9% niedriger als im Vorjahr. Bei nur geringfügig gestiegenen Preisen ergab sich im Jahr 2001 preisbereinigt ein Rückgang um 4,1%. Damit war die Entwicklung der Anlageinvestitionen – neben dem kräftigen Vorratsabbau – der wesentliche Grund für die Abschwächung der inländischen Verwendung, die im Berichtsjahr in konstanten Preisen um 0,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb. Während die realen Bauinvestitionen im Jahr 2001 mit Ausnahme des Jahres 1999 seit 1995 zurückgingen (-5,7%), war es bei den realen Ausrüstungsinvestitionen mit -3,4% der erste Rückgang seit 1994. In den Jahren 1998 bis 2000 hatten die Ausrüstungsinvestitionen in konstanten Preisen sogar mit sehr hohen Raten von durchschnittlich mehr als 8% pro Jahr zugenommen. Die sonstigen Anlagen (vor allem Computersoftware und Urheberrechte) nahmen real mit 6,0% erneut spürbar zu.

Die Ausgaben für *Ausrüstungsinvestitionen* blieben im Jahr 2001 in jeweiligen Preisen um 2,6% und preisbereinigt um 3,4% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Dem Wachstumsrückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2001 waren sechs Jahre Zunahmen vorausgegangen, die sich nominal wie real auf eine Gesamtsteigerung von 36% kumulieren. Der Rückgang im Berichtsjahr wird durch besonders starke Nettoabgänge von gebrauchten Pkw mitbestimmt. Das heißt, per saldo haben im abgelaufenen Jahr, nach den vom Kraftfahrt-Bundesamt nachgewiesenen Besitzumschreibungen, investierende Wirtschaftsbereiche in stärkerem Maße gebrauchte Pkw an private Haushalte abgegeben als im Jahr 2000. Die *neuen* Ausrüstungsinvestitionen allein lagen deutlich weniger, um 1,1% (nominal) bzw. 2,3% (real), unter dem Vorjahresniveau. Auf die gesamte inländische Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

haben die Gebrauchtwagentransaktionen allerdings keinen Einfluss, da sie beim privaten Konsum zu einer entsprechenden Erhöhung führen.

Die *Bauinvestitionen* in Deutschland sind im Jahr 2001 stärker zurückgegangen als im Vorjahr (siehe Tabelle 7). Nachdem sie im Jahr 2000 nominal um 1,9% und real um 2,5% gesunken waren, lagen sie 2001 mit 227,3 Mrd. Euro in jeweiligen Preisen um 5,5% unter dem Vorjahreswert; bei nur leicht gestiegenen Baupreisen im Jahr 2001 (+0,2%) fiel der Rückgang im Berichtsjahr real geringfügig höher aus (-5,7%). Der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2001 somit 11,6%. Im Jahr 1994 hatte der Anteil knapp bei 15% gelegen.

Zu dem Ergebnis des Berichtsjahres trug die nach wie vor sehr schwache Nachfrage nach Wohnbauten bei, die im Jahr 2001 nominal um 6,7% und real um 7,0% abnahm. Hier von war vor allem der Wohnungsneubau betroffen. Die Bauinvestitionen des Staates verringerten sich im Berichtsjahr preisbereinigt um 5,0%. Betrachtet man die Nachfrage des Staates nur nach neuen Bauten, also ohne die vom Staat per saldo getätigten Verkäufe von bebautem Land, dann ging sie um sogar 6,5% zurück. Mit -3,9% fiel dabei die Entwicklung im Straßenbau vergleichsweise günstig aus.

Wie in der nebenstehenden Übersicht zu erkennen ist, wirkte sich insbesondere in den neuen Ländern und Berlin-Ost die weiterhin stark rückläufige Nachfrage nach Bauleistungen auf die Bautätigkeit aus. Die Bauinvestitionen verminderten sich hier in jeweiligen und konstanten Preisen um 13,0% bzw. um 12,1%.

Im früheren Bundesgebiet war der Rückgang der Bauleistungen weniger stark (nominal -3,5% und real -3,8%). Während die Baupreise im früheren Bundesgebiet jahresdurchschnittlich leicht über dem Vorjahr lagen (+0,3%), sind sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost in Folge der erneut kräftig zurückgegangenen Baunachfrage im Jahr 2001 deutlich zurückgegangen (-1,0%).

Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹⁾		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR												
1999	426,0	388,6	37,5	159,4	154,3	5,1	245,3	214,4	30,9	21,4	20,0	1,5
2000	438,1	400,4	37,7	174,8	169,7	5,1	240,6	209,7	31,0	22,7	21,1	1,6
2001	421,2	384,7	36,4	170,3	164,9	5,3	227,3	197,9	29,4	23,6	22,0	1,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+2,8	+3,0	+0,6	+9,7	+10,0	+0,6	-1,9	-2,2	+0,2	+5,9	+5,8	+8,3
2001	-3,9	-3,9	-3,2	-2,6	-2,8	+4,3	-5,5	-5,6	-4,9	+4,2	+4,1	+5,7
in Preisen von 1995 Mrd. EUR												
1999	432,4	393,0	39,5	160,4	155,0	5,4	248,8	216,4	32,5	23,2	21,6	1,6
2000	442,2	402,9	39,3	174,3	169,0	5,3	242,6	210,4	32,2	25,3	23,5	1,8
2001	423,9	385,7	38,1	168,3	162,8	5,6	228,7	198,2	30,6	26,8	24,8	2,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+2,3	+2,5	-0,4	+8,7	+9,0	-0,7	-2,5	-2,8	-0,9	+8,9	+8,7	+11,7
2001	-4,1	-4,2	-3,1	-3,4	-3,7	+5,1	-5,7	-5,8	-5,0	+6,0	+5,9	+7,1

1) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Bauinvestitionen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Jahr	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995
1992	+10,0	+4,6	+57,9	+43,1
1993	+0,7	-2,8	+25,9	+19,7
1994	+3,2	+1,4	+28,0	+24,3
1995	-1,5	-3,5	+4,7	+2,4
1996	-3,8	-3,6	-1,9	-1,2
1997	-0,3	-0,2	-5,2	-4,4
1998	+2,2	+1,8	-9,8	-7,9
1999	+4,0	+4,1	-7,8	-5,7
2000	+0,9	+0,0	-10,8	-10,1
2001	-3,5	-3,8	-13,0	-12,1

Die seit der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 1999 in den Investitionsbegriff einbezogenen *sonstigen Anlagen* erreichten im Berichtsjahr in jeweiligen Preisen eine Höhe von 23,6 Mrd. Euro. Davon entfielen knapp 80% auf EDV-Software (erworbene und selbst-erstellte). Die verbleibenden gut 20% bestehen zu etwa drei Vierteln aus Urheberrechten und zu knapp einem Viertel aus Grundstücksübertragungskosten beim Verkauf unbebauter Grundstücke. Die konzeptionell in den sonstigen Anlagen darüber hinaus enthaltenen Suchbohrungen und Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzen sind in Deutschland quantitativ nahezu vernachlässigbar. Der Gesamtbetrag der sonstigen Anlagen nahm gegenüber dem Vorjahr in jeweiligen Preisen um 4,2% und preisbereinigt um 6,0% zu. Es sei darauf hingewiesen, dass die Ermittlung der sonstigen Anlagen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen derzeit mangels zuverlässiger Basisstatistiken sehr wesentlich auf Schätzungen beruht.

Der *Außenbeitrag* (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) stieg im Jahr 2001 in jeweiligen Preisen gegenüber dem Vorjahr um 21,6 Mrd. Euro auf 29,6 Mrd. Euro (siehe Tabelle 8). Dabei nahmen die Exporte (+ 6,1%) gegenüber dem Jahr 2000 stärker zu als die Importe (+ 3,0%).

Der Anstieg des Außenbeitrags insgesamt resultierte aus einer Steigerung des Überschusses im Warenhandel um 28,1 Mrd. Euro und einer gleichzeitigen Ausweitung des tra-

ditionellen Defizits im Dienstleistungsverkehr um 6,5 Mrd. Euro.

Auch in konstanten Preisen stieg der Außenbeitrag, und zwar um 21,3 auf 57,1 Mrd. Euro. Dies ergab sich aus einer preisbereinigten Zunahme der Exporte um 5,1%, die deutlich über der realen Zunahme der Importe (+ 2,0%) lag. Da Export- wie Importpreise jeweils um 1% anstiegen, blieben die Terms of Trade unverändert.

Wie bereits im Kapitel 1 zur Entwicklung der nominalen Wertschöpfung der Versicherungsunternehmen ausführlich erläutert, wird der nominale Wert des Exports von Dienstleistungen und damit der nominale Außenbeitrag im Jahr 2001 um rund 3,5 Mrd. Euro niedriger nachgewiesen, da deutsche Rückversicherungsunternehmen im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 in Höhe dieses Betrages Rückstellungen gebildet haben, die nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu einer entsprechenden Verringerung der Bruttowertschöpfung der Versicherungsunternehmen geführt haben.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Außenhandelsstatistik (Januar bis November 2001) nahmen sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte in bzw. aus allen wichtigen Weltregionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Bei regionaler Betrachtung zeigt sich, dass die Exporterfolge sowohl auf den Märkten der EU-Länder (+ 4,8%) als auch der Drittländer (+ 11,0%) erzielt wurden. Die Warenimporte aus den EU-Ländern stiegen um 6,2%, die Warenimporte aus Drittländern lediglich um 1,8%.

3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße hatte im Berichtsjahr 2001 mit + 1,7% gegenüber dem Vorjahr einen etwas geringeren Zuwachs als das Bruttoinlandsprodukt (+ 1,9%) zu verzeichnen. Der Grund liegt im traditionell negativen *Saldo der Primäreinkommen* mit der übrigen Welt in Höhe von 12,0 Mrd. Euro (siehe Tabelle 9).

Tabelle 8: Exporte und Importe

Jahr	In jeweiligen Preisen							In Preisen von 1995						
	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen		insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
Mrd. EUR														
1999	586,6	509,7	76,9	569,8	443,1	126,7	16,8	581,8	507,9	73,9	566,2	449,6	116,6	15,6
2000	683,3	596,4	86,9	675,3	533,9	141,4	8,0	658,8	576,6	82,1	623,0	497,3	125,7	35,8
2001	725,3	640,5	84,7	695,7	549,9	145,8	29,6	692,3	609,8	82,5	635,2	506,9	128,3	57,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
Mrd. EUR														
2000	+16,5	+17,0	+13,0	+18,5	+20,5	+11,7	-8,8	+13,2	+13,5	+11,2	+10,0	+10,6	+7,8	+20,2
2001	+6,1	+7,4	-2,5	+3,0	+3,0	+3,1	+21,6	+5,1	+5,7	+0,5	+2,0	+1,9	+2,1	+21,3
in %														
Mrd. EUR														

Tabelle 9: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo) ¹⁾	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
1999	1974,3	-12,3	1962,0	291,6	1 670,5	-19,8	1 650,7	1 528,0	122,7	-0,1	138,0	-15,4	16,8
2000	2 025,5	-7,6	2 017,9	302,5	1 715,3	-19,6	1 695,8	1 567,3	128,5	+15,3	147,7	-3,9	8,0
2001	2 063,7	-12,0	2 051,7	312,6	1 739,1	-20,2	1 718,9	1 612,8	106,1	-0,8	108,8	-3,4	29,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2000	+2,6	X	+2,8	+3,8	+2,7	X	+2,7	+2,6	+4,7	X	+7,0	X	X
2001	+1,9	X	+1,7	+3,3	+1,4	X	+1,4	+2,9	-17,4	X	-26,4	X	X

1) Im Jahr 2000 einschließlich der Verkäufe von UMTS-Lizenzen (nichtproduzierte Vermögensgüter) an die übrige Welt.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, stiegen sowohl die geleisteten Primäreinkommen (+17,8%) als auch die empfangenen Primäreinkommen (+15,1%) deutlich an. Rund neun Zehntel der grenzüberschreitenden Einkommen fallen auf die empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, deren nach wie vor dynamische Entwicklung vor allem auf die Kredit- und Wertpapierzinsen von der bzw. an die übrige(n) Welt zurückzuführen ist. Ursache für den Rückgang der Produktions- und Importabgaben an die übrige Welt (-9,2%) sind im Jahr 2001 vor allem im Vergleich zum Vorjahr knapp 1 Mrd. Euro geringere Zahlungen von Mehrwertsteuereigenmitteln an die Europäische Union.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen 2001

	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber 2000 in %
Primäreinkommen aus der übrigen Welt ..	129,7	+15,1
Arbeitnehmerentgelt	3,9	+4,6
Vermögenseinkommen	119,8	+16,4
Subventionen	6,1	+0,2
Primäreinkommen an die übrige Welt	141,7	+17,8
Arbeitnehmerentgelt	4,9	+1,4
Vermögenseinkommen	124,7	+22,1
Produktions- und Importabgaben	12,1	-9,2

Das um die Abschreibungen (+3,3% gegenüber dem Vorjahr) verminderte Bruttonationaleinkommen ergibt das *Nettonationaleinkommen*, das im Jahr 2001 lediglich um 1,4% zulegte. Der Saldo der laufenden Transfers aus der und an die übrige(n) Welt ist im Berichtsjahr mit -20,2 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen. Die per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers enthalten unter anderem die an die Europäische Union geleisteten BSP-Eigenmittel (8,4 Mrd. Euro) sowie Heimatüberweisungen und Unterstützungszahlungen privater Haushalte an die übrige Welt. Das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2001 einen Wert von 1 718,9 Mrd. Euro, 1,4% mehr als im Vorjahr. Während sich das *verfügbare Einkommen* der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) um 3,6% erhöhte, ging das des Staates um 4,6% zurück.

Die gesamten *Konsumausgaben der Volkswirtschaft* nahmen mit +2,9% deutlich stärker zu als das verfügbare Einkommen. Dieser überproportionale Anstieg ging zu Lasten

des gesamtwirtschaftlichen Sparens, wo es zu einem Rückgang im Vorjahresvergleich um 17,4% kam. Im Einzelnen stiegen die Konsumausgaben der privaten Haushalte um 3,2%, die des Staates um 2,0% und die der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck legten um 2,6% zu.

Die *Nettoinvestitionen* waren mit 108,8 Mrd. Euro im Jahr 2001 deutlich kleiner als im Vorjahr (-26,4%); sie lagen noch immer um 2,7 Mrd. Euro über dem gesamtwirtschaftlichen Sparen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet bedeutet diese Diskrepanz von binnenwirtschaftlichem Sparen und Nettoinvestitionen – einschließlich des Saldos der Vermögens-transfers mit der übrigen Welt – einen Finanzierungsbedarf (Finanzierungsdefizit) in Höhe von 3,4 Mrd. Euro. Dieser negative Finanzierungssaldo setzt sich auf der einen Seite aus einem positiven *Außenbeitrag* (Exportüberschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr) in Höhe von 29,6 Mrd. Euro und auf der anderen Seite aus per saldo geleisteten Primäreinkommen (12,0 Mrd. Euro), per saldo geleisteten laufenden Transfers (20,2 Mrd. Euro) und den per saldo geleisteten Vermögenstransfers an die übrige Welt (0,8 Mrd. Euro) zusammen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat das *Volkseinkommen*, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im Jahr 2001 um 1,4% auf 1 526,7 Mrd. Euro zugenommen (siehe Tabelle 10). Da der Saldo aus den vom Staat empfangenen Produktions-

Tabelle 10: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Nettonationaleinkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen ¹⁾	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
1999	1 670,5	206,3	1 464,2	1 058,3	405,9	72,3
2000	1 715,3	209,5	1 505,8	1 089,2	416,6	72,3
2001	1 739,1	212,4	1 526,7	1 109,6	417,2	72,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2000	+2,7	+1,6	+2,8	+2,9	+2,6	X
2001	+1,4	+1,4	+1,4	+1,9	+0,1	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

und Importabgaben und den vom Staat gezahlten Subventionen – zur Berechnung des Volkseinkommens muss dieser Saldo vom Nettotionaleinkommen abgezogen werden – in gleichem Umfang anstieg, nahmen Volkseinkommen und Nettotionaleinkommen in gleichem Maße zu.

Das Arbeitnehmerentgelt erhöhte sich im Jahr 2001 um 1,9% auf 1 109,6 Mrd. Euro, also deutlich schwächer als im Jahr zuvor (+ 2,9%). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen um 0,1% zu und damit ebenfalls deutlich schwächer als im Jahr 2000 (+ 2,6%). Allerdings kann sich insbesondere das letztgenannte Ergebnis für das Jahr 2001 aufgrund noch unvollständiger statistischer Ergebnisse für das Berichtsjahr deutlich ändern: Da die Unternehmens- und Vermögenseinkommen aus dem Bruttoinlandsprodukt ermittelt werden, können vergleichsweise geringe Verschiebungen der Ausgangsgrößen zu nicht unerheblichen Änderungen der Wachstumsrate der Unternehmens- und Vermögenseinkommen führen.

Die Lohnquote – das ist der Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen – betrug im Berichtsjahr 72,7%, das waren 0,4 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor. Die Lohnquote zeigt, welcher Anteil der Erwerbs- und Vermögenseinkommen dem Faktor Arbeit (ohne unternehmerische Tätigkeit) zuzurechnen ist. Demgegenüber lässt der auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfallende Teil der Erwerbs- und Vermögenseinkommen erkennen, in welchem Umfang der Produktionsfaktor Kapital (einschließlich der unternehmerischen Tätigkeit der Eigentümer) zum Volkseinkommen beigetragen hat. Aus der Lohnquote kann jedoch nicht auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte geschlossen werden, weil diese auch Vermögenseinkommen, beispielsweise in Form von Zinsen aus Sparguthaben und Dividenden aus Aktienbesitz, beziehen.

Tabelle 11 stellt das Arbeitnehmerentgelt und seine Komponenten dar. Der Zuwachs des Arbeitnehmerentgeltes (+ 1,9%) im Jahr 2001 gegenüber 2000 lässt sich auf einen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 2,0% und einen deutlich schwächeren Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitgeber von 1,1% zurückführen. Damit bleibt der Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitgeber nun im dritten Jahr deutlich hinter den Bruttolöhnen und -gehältern zurück. Der relativ schwache Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitgeber erklärt sich aus der nochmaligen Senkung der Beiträge zur gesetz-

lichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2001 sowie dem Rückgang anderer Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Bruttolöhne und -gehälter sind im Jahr 2001 auf 900,9 Mrd. Euro gestiegen. Der Anstieg (+ 2,0%) resultiert aus einer gegenüber dem Vorjahr um 0,2% höheren Arbeitnehmerzahl und um 1,8% höheren Verdiensten (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer).

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die im Lohnabzugsverfahren abgeführte Lohnsteuer ab, verbleiben die Nettolöhne und -gehälter. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,4% auf 589,3 Mrd. Euro. Damit erhöhten sich auch die Nettolöhne und -gehälter im dritten Jahr deutlich stärker als die Bruttolöhne und -gehälter. Der stärkere Anstieg im Berichtsjahr gegenüber den Bruttolöhnen und -gehältern ergibt sich durch die niedrigere Lohnsteuer der Arbeitnehmer infolge des Steuerentlastungsgesetzes und die bereits oben erwähnte Senkung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung.

4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war mit 1 348,0 Mrd. Euro im Jahr 2001 um 3,6% höher als im Vorjahr (siehe Tabelle 12). Damit fiel der Einkommenszuwachs höher aus als noch vor Jahresfrist (+ 2,8%).

Die Nettolöhne und -gehälter, mit einem Anteil von rund 44% die größte Komponente des verfügbaren Einkommens, sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 3,4% auf 589,3 Mrd. Euro gestiegen. Wie im vorausgegangenen Kapitel beschrieben, sind die Ursachen für diesen Anstieg vor allem die zum Jahresbeginn 2001 in Kraft getretenen Steuererleichterungen infolge des Steuerentlastungsgesetzes. Die Bruttolöhne und -gehälter sind dagegen nur um 2,0% gestiegen.

Stärker als die Nettolöhne und -gehälter legten der Betriebsüberschuss bzw. die Selbstständigeneinkommen und die Vermögenseinkommen – vor Abzug der direkten Steuern – mit einem Zuwachs von 4,7% auf 458,4 Mrd. Euro zu.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen (416,8 Mrd. Euro) haben sich im Jahr 2001 mit 2,6% unterdurchschnittlich erhöht. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderte Höhe der sozialen Geldleistungen der Gebietskörperschaften (72,1 Mrd. Euro). Zu den sozialen Geldleistungen der Gebietskörperschaften zählen unter anderem die Sozialhilfe, das Kindergeld und das Wohngeld sowie Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenhilfe. Rund zwei Drittel der monetären Sozialleistungen entfallen auf die Geldleistungen der Sozialversicherungen (277,7 Mrd. Euro), zu denen beispielsweise Rentenzahlungen und das Arbeitslosengeld gehören. Die Geldleistungen der Sozialversicherungen verzeichneten im Berichtsjahr ein Plus von 3,4% gegenüber dem Vorjahr. Die Sozialleistungen der Arbeitgeber und

Tabelle 11: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹⁾	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²⁾	
Mrd. EUR							
1999	1 058,3	203,7	854,6	306,1	139,3	166,8	548,5
2000	1 089,2	206,4	882,9	312,9	141,8	171,2	570,0
2001	1 109,6	208,6	900,9	311,6	144,5	167,1	589,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2000	+ 2,9	+ 1,3	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,9
2001	+ 1,9	+ 1,1	+ 2,0	- 0,4	+ 1,9	- 2,4	+ 3,4

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. – 2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Tabelle 12: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbstständigen-einkommen und Saldo der Vermögens-einkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 – 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozialleistungen ²⁾	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ³⁾					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Mrd. EUR									%
1999	548,5	425,4	400,0	66,1	42,5	1 265,3	10,0	1 149,6	125,7	9,9
2000	570,0	438,0	406,2	63,6	49,7	1 300,9	9,8	1 182,8	127,9	9,8
2001	589,3	458,4	416,8	63,6	52,9	1 348,0	9,9	1 220,7	137,2	10,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
	in %			in Mrd. EUR			in %			
2000	+3,9	+3,0	+1,6	-3,8	+7,2	+2,8	-1,6	+2,9	+1,7	X
2001	+3,4	+4,7	+2,6	-0,0	+3,3	+3,6	+1,0	+3,2	+7,3	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen.

die aus privaten Sicherungssystemen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,8% (67,1 Mrd. Euro). Zu ihnen gehören unter anderem Betriebsrenten, Leistungen von Versorgungswerken der Selbstständigen sowie die Pensionszahlungen öffentlicher Arbeitgeber.

Die Höhe der *Abgaben auf Sozialleistungen* (63,6 Mrd. Euro) blieb im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr unverändert, sodass die per saldo empfangenen monetären Sozialleistungen um 3,1% gegenüber dem Jahr 2000 zunahm. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, das sind beispielsweise Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung. Die Abgaben auf Sozialleistungen umfassen ferner die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von besonderer Bedeutung sind hier die Beiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen.

Der ebenfalls von den empfangenen Einkommen abzuziehende *Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers* in Höhe von 52,9 Mrd. Euro im Jahr 2001 beinhaltet die von privaten Haushalten geleistete veranlagte Einkommensteuer – die Lohnsteuer wird bereits bei den Nettolöhnen und -gehältern bzw. den Abgaben auf Sozialleistungen abgesetzt –, nichtveranlagte Steuern vom Ertrag und die Vermögensteuer. In den Saldo fließen darüber hinaus die Sozialbeiträge der Selbstständigen, die Übertragungen privater Haushalte von und an die übrige Welt sowie der Saldo aus geleisteten Nettoprämien für Schadensversicherungen und den empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 12 zeigt ferner die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf *Konsum* und *Sparen*. Mit einem Anstieg von 3,2% haben die privaten Konsumausgaben im Berichtsjahr – erstmals seit der deutschen Vereinigung – schwächer zugenommen als das verfügbare Einkommen. Dementsprechend erhöhte sich das Sparen der privaten Haushalte um 7,3% auf 137,2 Mrd. Euro. Die *Sparquote* nahm von 9,8%

im Jahr 2000 auf 10,1% im Berichtsjahr zu. Damit ist die Sparquote der privaten Haushalte erstmals in den letzten 10 Jahren gestiegen; sie liegt jedoch noch unter der Quote des Jahres 1998 (10,3%). Im Jahr 1991 hatte sie 13,0% betragen. Bei der Berechnung der Sparquote ist zu beachten, dass mit der Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche bei den privaten Haushalten auf der Aufkommenseite des Einkommensverwendungskontos gebucht wird. Zu- oder auch Abnahmen der betrieblichen Versorgungsansprüche wirken sich damit unmittelbar auf das Sparen aus. Die Bezugsgröße für die Sparquote der privaten Haushalte setzt sich aus dem verfügbaren Einkommen und aus gegenüber dem Vorjahr um 1,0% erhöhten Änderungen der betrieblichen Versorgungsansprüche zusammen.

5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach ersten Berechnungen verzeichnete der Staat im Jahr 2001 ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 53,8 Mrd. Euro. Im Vorjahr ergab sich dagegen aufgrund der hohen Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (50,8 Mrd. Euro) ein Finanzierungsüberschuss von 23,9 Mrd. Euro (siehe Tabelle 13). Die Einnahmen verringerten sich im Berichtsjahr leicht um 0,9%. Die Ausgaben stiegen dagegen kräftig um 7,4%. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im Vorjahr in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite in dem Saldo Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern nachgewiesen wurden. Ohne diese Erlöse im Vorjahr wären die Ausgaben im Berichtsjahr nur um 1,9% gestiegen. Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verzeichneten der Bund (-27,6 Mrd. Euro), die Länder (-25,6 Mrd. Euro) und die Sozialversicherung (-1,6 Mrd. Euro) Finanzierungsdefizite. Bei den Gemeinden war der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben dagegen nahezu ausgeglichen (+1,0

Mrd. Euro). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr 2,6%. Die Quote lag damit unter dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2001 hatte der Staat insgesamt *Einnahmen* in Höhe von 944,6 Mrd. Euro; das waren 0,9% weniger als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf geringere Einnahmen aus Verkäufen (-1,9%) und Steuern (-4,0%) zurückzuführen. Bei den Steuern erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben zwar leicht um 1,0%, dagegen verringerte sich das an Einkommen- und Vermögensteuern kräftig um 8,8%. Mehr nahm der Staat im Berichtsjahr an Sozialbeiträgen (+1,3%), an sonstigen laufenden Transfers (+8,3%), an Vermögenstransfers (+4,0%) sowie an Vermögenseinkommen (+40,9%) ein, Letzteres aufgrund der gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Mrd. Euro höheren Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank (6,1 Mrd. Euro).

Bund für Arbeitslosenhilfe, die sich an das Arbeitslosengeld (+4,4%) anschließt, im Berichtsjahr 2,8% weniger aufwenden als im Vorjahr. Unter den übrigen Transfers nahmen die Subventionen um 0,9% ab, während bei den sonstigen laufenden Transfers (+1,1%) und bei den geleisteten Vermögenstransfers (+10,4%) Zuwächse zu verzeichnen waren. Für Zinsen wurden 2,2% weniger ausgegeben als im Vorjahr. Die Investitionen waren im Berichtsjahr um 1,5% niedriger als im Jahr 2000. Der Saldo Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern belief sich im Berichtsjahr auf -1,4 Mrd. Euro; im Vorjahr waren das wegen der Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen -52,3 Mrd. Euro. [U](#)

Tabelle 13: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	1999	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000
	Mrd. EUR			%
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung)	40,9	40,7	40,0	-1,9
+ sonstige Subventionen	1,1	1,0	1,0	-3,0
+ Vermögenseinkommen	15,8	12,8	18,1	+40,9
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	478,7	498,5	478,7	-4,0
+ Sozialbeiträge	375,7	378,4	383,5	+1,3
+ sonstige laufende Transfers	14,5	13,7	14,8	+8,3
+ Vermögenstransfers	8,8	8,2	8,5	+4,0
= Einnahmen	935,4	953,4	944,6	-0,9
Vorleistungen	77,3	79,1	80,7	+2,0
+ Arbeitnehmerentgelt	165,1	164,6	165,1	+0,3
+ sonstige Produktionsabgaben	0,0	0,0	0,1	+100,0
+ Vermögenseinkommen	70,0	68,1	66,6	-2,2
+ Subventionen	35,1	34,9	34,5	-0,9
+ soziale Sachleistungen	148,4	152,6	157,0	+2,9
+ monetäre Sozialleistungen	374,5	380,2	390,5	+2,7
+ sonstige laufende Transfers	32,5	34,8	35,1	+1,1
+ Vermögenstransfers	27,8	30,6	33,8	+10,4
+ Bruttoinvestitionen	37,3	37,0	36,4	-1,5
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-2,0	-52,3	-1,4	X
= Ausgaben	966,0	929,4	998,4	+7,4
Finanzierungssaldo	-30,6	+23,9	-53,8	X

Die Ausgaben des Staates (998,4 Mrd. Euro) nahmen im Jahr 2001 um 7,4% zu, bereinigt um den erwähnten Basiseffekt im Vorjahr (Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen) dagegen nur um 1,9%. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 0,3%, die Käufe von Vorleistungsgütern um 2,0% und von sozialen Sachleistungen um 2,9%. Als wichtigste Leistungsart der monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+2,8%) wurden 3,0% mehr an Renten gezahlt. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung waren aufgrund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich höher als im Vorjahr (+6,6%). Dagegen musste der

Dipl.-Kaufmann Hans-Joachim Heidenreich, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Manuela Nöthen

Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus

Den wissenschaftlichen Diskurs über Familie dominiert seit geraumer Zeit ein Schwerpunktthema, das unter der Überschrift „Familie im Wandel“ zusammengefasst werden kann. Entsprechende Stichworte wie „Patchwork-Familien“, „Singles“, „Ein-Elternteil-Familien“ oder „Living apart together“, die diese Entwicklung bezeichnen und zum Teil theoretisch einbinden, kursieren nicht nur in den Diskussionen der zuständigen Fachleute, sondern werden gleichermaßen von Öffentlichkeit, Medien und Politik eingebracht. Solche Debatten artikulieren den Bedarf und das allgemeine Interesse an umfassenden, gesicherten und differenzierten Informationen zu den privaten Lebensformen – auch jenseits der „Normalfamilie“ – in Deutschland. Mit der Erfassung nichtehelicher und gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften durch die jährlichen Mikrozensus-Erhebungen hat die amtliche Statistik bereits mit der Erschließung nichtkonventioneller Lebensformen begonnen; ihre umfassende und systematische Integration in das laufende familienstatistische Erhebungs- und Auswertungsprogramm des Mikrozensus wurde bisher aber noch nicht umgesetzt. Der folgende Beitrag stellt den Mikrozensus mit seinen spezifischen Charakteristika vor, begründet eine Reformierung seines Familienkonzeptes und präsentiert erste Überlegungen zur Ausgestaltung eines umfassenden Lebensformen-Konzeptes.

Vorbemerkung

Den wissenschaftlichen Diskurs über „Familie“ bestimmt seit geraumer Zeit ein Schwerpunktthema, das unter der Überschrift „Familie im Wandel“ zusammengefasst werden kann. Entsprechende Stichworte wie „Patchwork-Familien“ (Beck-Gernsheim), „Singles“ (Hradil), „Ein-Elternteil-Familien“ (Napp-Peters) oder „binukleare Familiensysteme“ (Ahrons), die diese Entwicklung bezeichnen und zum Teil theoretisch einbinden, kursieren nicht nur in den Diskussionen der zuständigen Fachleute, sondern werden gleichermaßen von Öffentlichkeit und Politik aufgenommen.¹⁾ Solche Debatten artikulieren das allgemeine Interesse und das Bedürfnis nach umfassenden, fundierten und detaillierten Informationen zu den privaten Lebensformen – auch jenseits der „Normalfamilie“²⁾ – in Deutschland.

Eine Reihe empirischer Studien hat diese Lebensformen bereits in den Blick genommen³⁾ und die amtliche Statistik hat mit der Erfassung nichtehelicher und gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ebenfalls erste Vorstöße in das Gebiet der Lebensformen unternommen; ihre umfassende und systematische Integration in die laufenden familienstatistischen Erhebungen – namentlich in den Mikrozensus – steht aber bisher noch aus. Das Statistische Bundesamt sieht die gegenwärtige Informationslage daher als unbefriedigend an und plant, das bisher im Mikrozensus umgesetzte

1) Als Beleg für die Präsenz des Themas in den Medien siehe z. B. „Die große Single-Lüge“ (Focus 44/2000), „Kaum jemand geht freiwillig allein durchs Leben“ (FAZ vom 10. 2. 2001) oder „Man arrangiert sich“ (SZ vom 24. 2. 2001). Zu den aktuellen Beispielen für politische Entscheidungen rund um nichtkonventionelle Lebensformen zählt die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes am 1. August 2001.

2) Siehe dazu Peuckert, R.: „Familienformen im sozialen Wandel“, Opladen 1996, S. 28 ff.

3) Siehe dazu z. B. Hradil, S.: „Die ‚Single-Gesellschaft‘“, München 1995; Buba, H./Becker, D. (Hrsg.): „Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare“, Köln 2001; Schneider N./Hartmann, K./Limmer, R.: „Berufsmobilität und Lebensform“, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (im Druck).

Familienkonzept weiterzuentwickeln. Der vorliegende Beitrag umreißt diese Überlegungen zu künftigen Möglichkeiten einer Erschließung der privaten Lebensformen in Deutschland. Dabei wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein endgültiges und voll ausgereiftes Lebensformen-Konzept vorgestellt, sondern vielmehr ein Problemaufriss formuliert, der den Blick für die Besonderheiten und damit für das Potenzial und die Grenzen des Mikrozensus schärfen soll. Dieser Beitrag wird im Folgenden den Mikrozensus als amtliche Erhebung vorstellen, die Problematik seiner Familienerfassung erörtern und daran anknüpfend Möglichkeiten der Abbildung bisher nicht berücksichtigter Lebensformen diskutieren.

Über 40 Jahre Mikrozensus: Kontinuität und Entwicklung

Mit der europaweit größten jährlichen Haushaltsbefragung – dem Mikrozensus – stellt die amtliche Statistik seit 1957 regelmäßig umfassende Basisinformationen zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Bevölkerung in Deutschland zur Verfügung. Als Mehrzweckstichprobe sammelt der Mikrozensus Informationen zu einer Vielzahl unterschiedlicher Themenbereiche, wie der Bevölkerungsstruktur, dem Haushalts- und Familienzusammenhang, der sozialen Lage, der (Aus-)Bildung, dem Erwerbsverhalten und der beruflichen Gliederung der Bevölkerung. Insbesondere die Verknüpfung dieser verschiedenartigen Inhalte – sowohl auf der thematischen als auch auf der Individualebene –, machen den besonderen Reiz und das spezifische Potenzial des Mikrozensus aus. Dabei sichert sein hoher Auswahlgrad von 1% – regelmäßig nehmen rund 820 000 Personen aus 370 000 Haushalten an der Stichprobe teil – auch bei der Auswertung differenzierter Fragestellungen repräsentative Ergebnisse. Seine jährlich vorgelegten Ergebnisse sind eine wichtige Informationsquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, Wissenschaft und die interessierten Bürgerinnen und Bürger; sie gehen in verschiedene Regierungsberichte und Gutachten ein. In den über 40 Jahren seiner Existenz hat sich der Mikrozensus damit zu einem unverzichtbaren Instrument der Beobachtung und Analyse sozio-ökonomischer Zusammenhänge in Deutschland entwickelt.

Auch wenn der Mikrozensus auf eine lange Tradition und Kontinuität zurückblicken kann, wurde er im Laufe der Zeit technisch, inhaltlich und methodisch weiterentwickelt.⁴⁾ Hervorzuheben sind zunächst die Verbesserungen des Datenzugangs durch den technischen Fortschritt in den 1980er Jahren, die inzwischen die Auswertung jeder beliebigen Merkmals- und Personenkonstellation innerhalb eines Haushalts zulassen. Auf Basis dieser technischen Neuerungen bietet das Statistische Bundesamt seinen Nutzern seit Anfang der 1980er Jahre – neben dem laufenden Stan-

dardprogramm – kostenpflichtige Sonderauswertungen an, die eine kundenorientierte, auf spezifische Fragestellungen zugeschnittene Datenaufbereitung gestatten. Bewährt hat sich die dadurch gewonnene hohe Auswertungsflexibilität vor allem bei Ad-hoc-Fragestellungen im Rahmen von Politikberatung und Forschung.

Seit den 1990er Jahren stellt die amtliche Statistik im Rahmen des § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes mit dem so genannten faktisch anonymisierten Einzeldatenmaterial ein weiteres Nutzungsangebot, eigens für wissenschaftliche Vorhaben, zur Verfügung. Es ermöglicht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Rahmen ihrer Forschungsarbeiten eigenständig kostengünstige Auswertungen an einer 70%-Unterstichprobe des Mikrozensus-Einzeldatenmaterials vorzunehmen. Dabei beeinträchtigen die aus Datenschutzgründen notwendigen Anonymisierungsmaßnahmen den Informationsgehalt und das Analysepotenzial der Scientific Use Files nur wenig. Absolut umfasst eine Unterstichprobe etwa 560 000 Personensätze aus rund 260 000 Haushalten und steht derzeit für die Jahre 1989, 1991, 1993, 1995, 1996 und 1997 gegen eine Gebühr von 65,- Euro pro Material zur Verfügung. Die Zahl von mehr als 200 Nutzern der anonymisierten Mikrodaten wie auch die bisher im zweijährigen Turnus durchgeführten Nutzerkonferenzen⁵⁾ dokumentieren die tiefgehende und erfolgreiche Nutzung des Analysepotenzials durch Wissenschaft und Forschung.

Neben technischen Innovationen gab es in den letzten 40 Jahren auch inhaltliche Neugestaltungen des Mikrozensus, zu denen u. a. der Ausbau des Bereiches „Haushalte und Familien“ zählt.⁶⁾ Nachdem die Familienstatistik bereits Anfang der 1970er Jahre auf eine wesentlich breitere Basis gestellt worden war, schuf man mit den Schätzungen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Deutschland im Laufe der 1980er Jahre eine wichtige Neuerung, die ein 1996 eingeführtes Fragekonzept zu Lebenspartnerschaften im Haushalt ergänzte. Mit ihren Angaben können seitdem regelmäßig Ergebnisse zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Deutschland bereitgestellt werden. Gegenwärtig beschäftigt sich das Statistische Bundesamt im Rahmen zweier Projekte mit potenziellen Erweiterungen der Familienthematik im Mikrozensus. Das erste – eher methodisch orientierte – Projekt untersucht zurzeit die Möglichkeiten, mit Hilfe von Längsschnittauswertungen der Mikrozensus-Ergebnisse ab 1996 Aussagen zur Dynamik privater Lebensformen zu treffen.⁷⁾ Dabei umfasst die Beobachtungsspanne der über den Zeitverlauf identischen Analyseeinheiten maximal vier Jahre. Das zweite – eher familiensoziologisch orientierte – Projekt prüft derzeit die Möglichkeiten, durch den Mikrozensus Lebensformen jenseits der Normalfamilie zu erschließen. Im Folgenden werden nicht ausschließlich, aber vorrangig Überlegungen zum Lebensformen-Projekt vorgestellt.

4) Einen ausführlichen Überblick über Aufgaben, Funktionen, Grundelemente und Entwicklungslinien des Mikrozensus geben Emmerling, D./Riede, T.: „40 Jahre Mikrozensus“ in WiSta 3/1997, S. 160 ff.

5) Siehe hierzu das Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik, welches die Bereitstellung von anonymisierten Mikrodaten durch das Statistische Bundesamt als preisgünstige Möglichkeit der Datenweitergabe ausdrücklich empfiehlt (siehe dazu: Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, Baden-Baden 2001).

6) Zu Entwicklungen in der Familienstatistik siehe auch Putz, F.: „Die Haushalts- und Familienstatistik seit 1950“ in Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 51, Wiesbaden 1987.

7) Auch im oben genannten Gutachten (siehe Fußnote 3) und im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (siehe dazu Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland, Bonn 2001) werden Längsschnittanalysen auf Basis des Mikrozensus gefordert.

Tabelle 1: Erfassung der Gesamtbevölkerung durch das Familienkonzept in den Jahren 1975 und 2000
Früheres Bundesgebiet

Jahr	Bevölkerung in Privathaushalten ¹⁾					nicht einbezogen	insgesamt	
	Familienkonzept des Mikrozensus ²⁾				Elternteile			Kinder
	Ehepaare einschl. Kinder		Allein Erziehende einschl. Kinder					
	Ehepartner/-innen	Kinder						
1975	50,2%	30,0%	2,4%	3,6%	6,0%	13,8%	61,4 Mill. Personen = 100%	
	80,2%							
	86,2%							
2000	76,5%				3,2%	4,6%	23,5%	67,3 Mill. Personen = 100%
	68,7%		7,8%					
	47,3%	21,4%						

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – 2) Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

Ein Blick in die Vergangenheit – die traditionelle Familie im Mikrozensus

Bis in die 1980er Jahre hinein klassifizierte der Mikrozensus soziale Beziehungen ausschließlich im Rahmen seiner Haushalts- und Familientypologie. Aufgrund seiner methodischen Konzeption⁸⁾ als Haushaltsbefragung wurden dazu innerhalb der ausgewählten Haushalte alle Haushaltsmitglieder erhoben, eine Haushalts-Bezugsperson⁹⁾ bestimmt und anhand dieser die familialen Beziehungen innerhalb des Haushalts abgefragt.¹⁰⁾ Dabei differenziert der Mikrozensus seit 1972 zwar in seinen Erhebungen nach Haupt- und Nebenwohnsitzen, konzentrierte sich in seinen familienstatistischen Auswertungen aber – um Doppelerfassungen auszuschließen – auf die Bevölkerung am Familienwohnsitz (d. h. auf die Familien am Hauptwohnsitz). Damit wird bereits ein Teil der Bevölkerung aus der Familienbetrachtung ausgeklammert. Die nachfolgenden Überlegungen werden zeigen, dass die im Mikrozensus verwendete Familienbetrachtung darüber hinaus weitere Lebensformen der Bevölkerung ausspart – und zwar in zunehmendem Umfang.¹¹⁾

Eine Familie identifiziert der Mikrozensus – entsprechend den Empfehlungen der Vereinten Nationen – entlang den Linien „Ehe“ oder „Elternschaft“ (Kernfamilienkonzept).¹²⁾ Es handelt sich dabei um Ausschlusskriterien: Liegen weder eine Ehe noch eine Eltern-Kind-Beziehung im Haushalt vor, dann existiert dort keine Familie.¹³⁾ Kinder sind im Sinne der amtlichen Statistik alle ledigen Personen, die – ungeachtet ihres Alters – mit ihren Eltern oder einem Elternteil zusam-

men in einem Haushalt leben. Als Familien gelten demnach im Einzelnen zusammen wohnende Ehepaare ohne ledige Kinder im Haushalt, zusammen wohnende Ehepaare mit ihren ledigen Kindern im Haushalt und allein Erziehende (unabhängig von einer eventuell vorhandenen Lebenspartnerschaft) mit ihren ledigen Kindern im Haushalt. Eine Klassifizierung der Bevölkerung anhand dieses Familienkonzeptes hat Konsequenzen: So wird beispielsweise ein allein erziehender Vater, der mit seiner Lebenspartnerin in einem gemeinsamen Haushalt lebt, in familienstatistischen Auswertungen nicht als Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft (mit Kind), sondern als allein Erziehender ausgewiesen. Damit kommen weder er als Bestandteil der nichtehelichen Partnerschaft auf der Individualebene, noch die nichteheliche Lebensgemeinschaft als gemeinschaftliche Lebensformen zur Geltung.

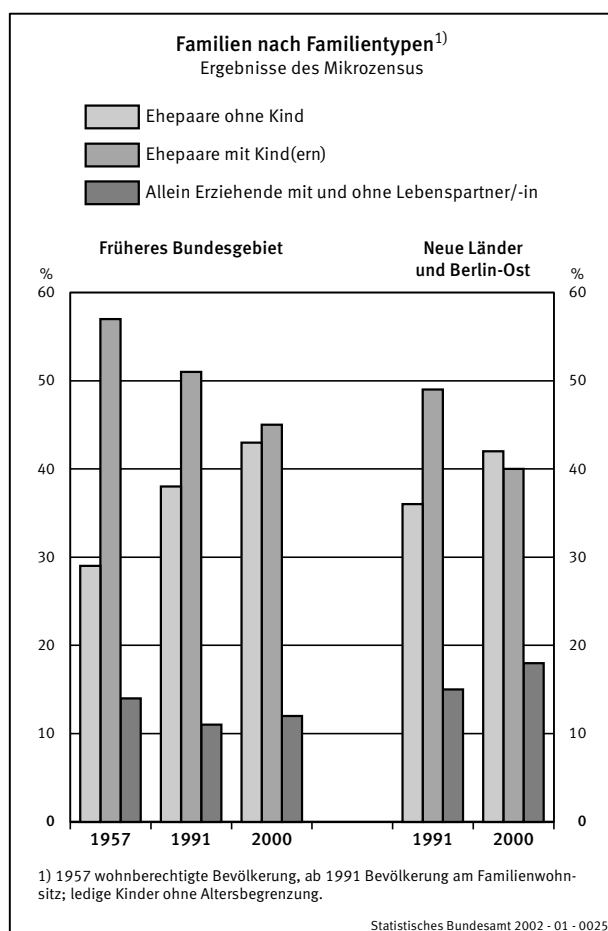
Ausgespart werden von diesem Familienkonzept – neben nichtehelichen – auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Partnerschaften, deren Partner über eine getrennte Haushaltsführung verfügen (in familiensoziologischer Terminologie als „Living apart together“ bezeichnet). Allein Lebende können mit Hilfe der Haushaltstypologie des Mikrozensus als Einpersonen-Haushalte identifiziert werden; allerdings sagt diese Klassifizierung wenig über die Einbindung der allein Lebenden in haushaltsübergreifende verwandtschaftliche, partnerschaftliche oder sonstige soziale Netze und deren Charakter aus.

Trotz dieser Einschränkungen trifft der Mikrozensus wichtige Kernaussagen zum Bestand und zur Struktur der Familien in Deutschland. Auf Grundlage seiner kontinuierlichen Ergebnisse können zum Beispiel Aussagen zum Wandel der Familien in Deutschland gemacht werden.

8) Zum Auswahlplan des Mikrozensus siehe Meyer, K.: „Zum Auswahlplan des Mikrozensus seit 1990“ in Gabler, S. u. a. (Hrsg.): „Gewichtung in der Umfragepraxis“, Opladen 1994.
 9) Als Haushalts-Bezugsperson wird die erste im Haushaltsbogen eingetragene Person bestimmt.
 10) Dies geschieht auf Grundlage der Fragen „Sind Sie mit der ersten (im Haushaltsbogen eingetragenen) Person verheiratet oder mit ihr (oder deren Ehegattin/Ehegatten) verwandt oder verschwägert?“ und „In welcher Beziehung stehen Sie zur ersten Person (oder zu deren Ehegattin/Ehegatten)?“.
 11) Siehe dazu auch Bertram, H. (Hrsg.): „Die Familie in Westdeutschland“, Opladen 1991; Stutzer, E. u. a.: „Ein Familienphasenkonzept auf Basis der amtlichen Statistik“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 76, 1992, S. 152 ff.; Bien, W. (Hrsg.): „Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend“, Opladen 1996; Schneider u. a.: „Wie leben die Deutschen?“, Mainz 1998; Eggen, B.: „Familienberichterstattung in der amtlichen Statistik“ in Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): „Jahrbuch 1999/2000“, Stuttgart 2000.
 12) Inzwischen handelt es sich bei dem im Mikrozensus umgesetzten Familienkonzept um eine Variante des durch die Vereinten Nationen empfohlenen Kernfamilienkonzeptes. Dieses schließt mittlerweile zusätzlich zu Ehepaaren Lebensgemeinschaften ein, die angeben, zueinander in eheähnlicher Beziehung zu stehen (siehe United Nations (Hrsg.): „Recommendations for the 2000 Censuses of Population and Housing in the ECE Region“, New York 1998).
 13) Gleichwohl fragt der Mikrozensus die Existenz verwandtschaftlicher Beziehungen im Haushalt ab; die Art der über die Kernfamilie hinausreichenden Verwandtschaft wird durch ihre Linearität bzw. Nicht-Linearität charakterisiert.

Schaubild 1 gibt die prozentualen Anteile der drei erläuterten, traditionell durch den Mikrozensus abgebildeten Familientypen in Deutschland und ihre differierende Zusammensetzung im Zeit- und im Ost-West-Vergleich wider (siehe auch Anhangtabelle 1 auf S. 37). Es wird deutlich, dass der Anteil der Ehepaare ohne ledige Kinder im Haushalt seit den 1950er Jahren kontinuierlich gestiegen ist, während sich der Anteil der Ehepaare mit ledigen Kindern im Haushalt stetig verringert hat. Der Anteil der allein Erziehenden vergrößerte sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991 leicht; er war 2000 im Osten um die Hälfte höher als im früheren Bundesgebiet. Im früheren Bundesgebiet hat sich der Anteil der allein Erziehenden an allen Familien dagegen bis 1991 zunächst reduziert und ist dann bis zum Jahr 2000 wieder etwas angestiegen.

Schaubild 1



Ungeachtet solcher Eckdaten, die mit Hilfe der jährlichen Mikrozensusergebnisse gewonnen werden, erweist sich sein Familienkonzept inzwischen für eine erschöpfende Beschreibung der Lebensformen in Deutschland als zu eng. Basis der folgenden Ausführungen, die diese These belegen und erläutern sollen, stellt (aus Gründen der Vergleichbarkeit)

die gesamte Bevölkerung des früheren Bundesgebietes (am Hauptwohnsitz und an dem oder den Nebenwohnsitzen) dar. 1975 umfasste diese Ausgangsgröße rund 61,4 Mill. Personen, von denen 86,2% einem der drei oben erläuterten Familientypen zugeordnet werden konnten (siehe Tabelle 1): Davon waren 80,2% Ehepartner oder ledige Kinder bei Ehepaaren und 6,0% waren allein Erziehende (mit oder ohne Lebenspartner/-in) oder ledige Kinder bei allein Erziehenden. 13,8% der 61,4 Mill. Personen in Privathaushalten blendete die traditionelle „Familienbrille“ aus ihrer Betrachtung aus (siehe auch Schaubild 4). Es handelt sich bei diesem fehlenden Anteil zum einen um allein Lebende (das sind Personen in Einpersonenhaushalten, also Personen, die allein wohnen und wirtschaften) und zum anderen um die Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten, die im Haushalt weder mit einer Ehepartnerin/einem Ehepartner noch mit einem eigenen ledigen Kind zusammen wohnen.¹⁴⁾ Ferner spart die Familienbetrachtung – wie bereits erwähnt – Personen am Ort der Nebenwohnung aus.

Bis zum Jahr 2000 hat sich der Anteil der Personen, die im früheren Bundesgebiet durch das Familienkonzept typisiert werden können, um knapp zehn Prozentpunkte reduziert und erreicht ein Niveau von 76,5%. Von allen 67,3 Mill. Personen in Privathaushalten sind 68,7% Ehepartner oder ledige Kinder bei Ehepaaren und 7,8% allein erziehende Mütter oder Väter (mit oder ohne Lebenspartner/-in) oder ledige Kinder bei diesen allein Erziehenden. Der Anteil der Personen, die durch das Familienkonzept nicht abgedeckt sind, beträgt – gemessen an der Bevölkerung des früheren Bundesgebietes – im Jahr 2000 bereits 23,5%. Zurückzuführen ist der Anstieg der Lebensformen jenseits von Ehe oder Elternschaft auf zwei Entwicklungen – zum einen auf den Zuwachs an Einpersonenhaushalten und zum anderen auf die Zunahme der ledigen oder allein stehenden Personen ohne ledige Kinder in Mehrpersonenhaushalten. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das bisherige Familienkonzept des Mikrozensus inzwischen die Lebensformen von mehr als einem Fünftel der Bevölkerung des früheren Bundesgebietes ausblendet.

Annäherungen an „neue Lebensformen“ – Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Die zunehmend unvollständiger werdende Erfassung familialer und partnerschaftlicher Beziehungen führte 1985 zur Einführung eines Schätzkonzeptes der nichtehelichen Lebensgemeinschaften.¹⁵⁾ Geschätzt wurde die Anzahl unverheiratet zusammen lebender Paare ex post anhand bestimmter Geschlechts-, Alters- und (Nicht-)Verwandtschaftskonstellationen innerhalb des Haushalts. Dazu wurden zwei in einem gemeinsamen Haushalt lebende, gegenge-

14) Das können z. B. kinderlose Ledige oder Geschiedene sein, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben oder solche, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben. Personen, die unter keinen der drei Familientypen fallen, werden also im Rahmen der Haushaltstypologie des Mikrozensus eingeordnet. Bezüglich ihrer sozialen Beziehungen hilft diese Zuordnung – wie das Beispiel bereits andeutet – jedoch nur ansatzweise weiter.
15) Siehe dazu im Einzelnen Niemeyer, F.: „Nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehepaare – Formen der Partnerschaft gestern und heute“ in WiSta 7/1994, S. 504 ff.

schlechtliche und nicht miteinander verheiratete, verwandte oder verschwägerte Individuen identifiziert, deren Altersabstand möglichst weniger als achtzehn Jahre betragen sollte. Seit 1996 ergänzt diese Schätzungen ein Fragekonzept zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Die diesbezügliche freiwillig zu beantwortende Frage „Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“ ermöglichte nun eine Einstufung durch die Befragten selbst. Mit 4,9% für das Jahr 2000 ergab sich für diese relativ sensible Thematik ein ungewöhnlich niedriger Non-Response, der durch das Hinzuziehen der Schätzergebnisse zusätzlich ausgeglichen wurde.

Auf Grundlage der Schätzungen ermittelte der Mikrozensus im früheren Bundesgebiet 2,14 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften für das Jahr 2000, das sind gut 30 000 mehr als das Fragekonzept mit 2,11 Mill. für das gleiche Jahr registriert (siehe Tabelle 2). Damit beträgt die Nicht-Treffer

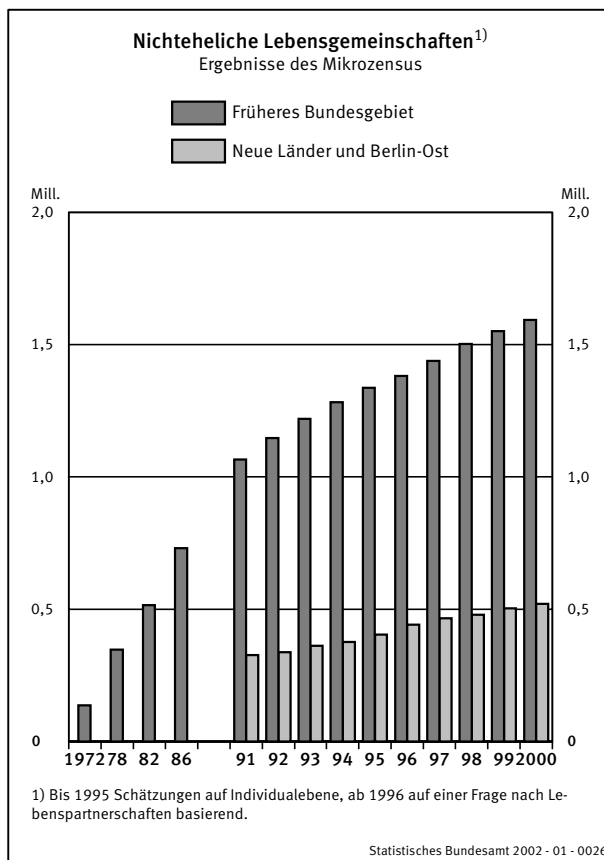
Tabelle 2: Schätz- und Fragekonzeptergebnisse zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Vergleich
Früheres Bundesgebiet
Ergebnis des Mikrozensus 2000

Fragekonzept	Zahl der traditionell abgegrenzten Familien-einheiten im Haushalt		Unter-schätzung	Ergebnis des Frage-konzeptes
	2	3 und mehr		
Schätzkonzept				
Ein(e) Partner/-in ist Haushalts-Bezugsperson	2 053 000	31 000	29 000	2 113 000
Kein(e) Partner/-in ist Haushalts-Bezugsperson	40 000	X	X	X
Überschätzung	52 000	X	X	X
Ergebnis des Schätz-konzeptes	2 145 000	X	X	X

quote der Schätzungen auf Individualebene nur 2,5%; bei einer Altersdifferenz der Partner von über achtzehn Jahren stimmen bereits rund ein Viertel der Schätzungen mit den Ergebnissen des Fragekonzeptes nicht mehr überein. Wegen der relativ guten Deckung von Schätz- und Fragekonzeptergebnissen ist es möglich gewesen, eine gemeinsame Zeitreihe ab 1972 zu erstellen, deren Angaben bis 1995 auf Schätzungen und ab 1996 auf den Resultaten des Fragekonzeptes beruhen (siehe das nebenstehende Schaubild 2 und Anhangtabelle 2 auf S. 38).

Sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost ist eine – für die alten Bundesländer etwas verstärkte – Zunahme an nichtehelichen Lebensgemeinschaften festzustellen. Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften bewegte sich im früheren Bundesgebiet in den letzten zehn Jahren um die 80%-Marke und zeigte eine leicht fallende Tendenz (siehe Schaubild 3 und Anhangtabelle 3). In den neuen Ländern und Berlin-Ost entwickelten sich beide Gruppen gegenläufig: Zu Beginn der 1990er Jahre überwog dort noch der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern. In den Folgejah-

Schaubild 2



ren fiel er aber leicht ab, sodass der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder, der seit 1991 tendenziell gestiegen war, ab 1997 überwog.

Aus Tabelle 3 gehen die Anteile der allein Erziehenden mit ledigen Kindern an den nichtehelichen Lebensgemeinschaften hervor. In knapp 30% aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften wachsen Kinder auf. In nahezu jeder fünften nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben allein erziehende

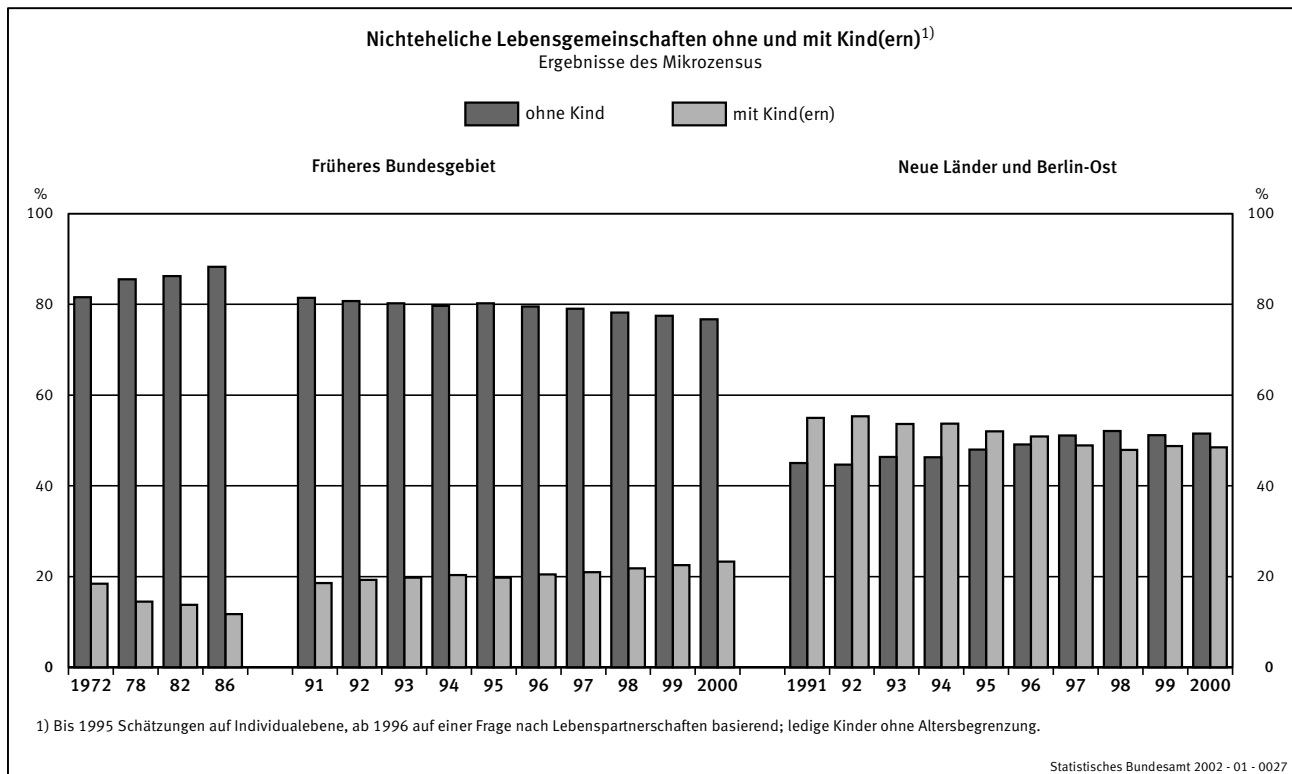
Tabelle 3: Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne und mit Kinder¹⁾
Ergebnis des Mikrozensus 2000

Gegenstand der Nachweisung	Mann mit Kind		Mann ohne Kind		Zusammen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Frau mit Kind ...	27	1,3	444	21,0	471	22,3
Frau ohne Kind .	153	7,2	1 489	70,5	1 642	77,7
Zusammen ...	180	8,5	1 933	91,5	2 113	100

1) Bevölkerung in Privathaushalten.

Mütter mit ihren Kindern und einem Lebenspartner zusammen (21,0%) und in lediglich jeder vierzehnten Lebensgemeinschaft allein erziehende Väter mit ihren Kindern und einer Partnerin (7,2%). In nur 1,3% aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften bringen beide Partner ein Kind in die Partnerschaft mit ein.

Schaubild 3



Das Projekt „Lebensformen der Bevölkerung“

Das im Juli 2001 durch das Statistische Bundesamt initiierte Projekt „neue Lebensformen“ plant die Weiterentwicklung des im Mikrozensus umgesetzten Familienkonzepts. Die Bevölkerung wird hier nicht mehr primär unter dem Blickwinkel „Familie“, sondern umfassender unter der Perspektive „Lebensformen“¹⁶⁾ gefasst. Der Begriff der Lebensformen setzt sich dabei insofern vom traditionellen Familienbegriff ab, als er theoretisch sowohl auf horizontaler wie auch auf vertikaler Ebene über eine größere Reichweite als der Familienbegriff verfügt. Die horizontale Erweiterung meint die Vergrößerung des durch das Konzept erfassten Ausschnitts an Lebensformen auf Ebene einer Querschnittsbetrachtung. Mit anderen Worten lichtet der Begriff synchron mehr Lebensformen – das schließt insbesondere die Formen jenseits der „Normalfamilie“¹⁷⁾ ein – in differenzierter Weise ab. Für vertikale Erweiterungen ist der Begriff insofern offen, als Passagen oder Lebensphasen relativ variabel im Hinblick auf eine interessierende Lebensform bestimmt werden können.¹⁸⁾

Mit der Erfassung nichtehelicher Lebensgemeinschaften hat der Mikrozensus bereits einen ersten Vorstoß in das Gebiet der Lebensformen unternommen. Das Projekt „Lebensformen“ führt dies fort und plant eine umfassende, theoretisch fundierte und systematische Integration der Lebensformen in die laufenden Erhebungen des Mikrozensus. Für die Erfüllung dieser Aufgabenstellung ist die Verknüpfung diverser, zum Teil widersprüchlich erscheinender Anforderungen von Bedeutung (siehe auch die Übersicht auf S. 36):

- *Aktualität und Kontinuität:* Ein Großteil des Mikrozensus-Potenzials ergibt sich aus der Möglichkeit, mit seinen seit 1957 kontinuierlich erhobenen Daten über Zeireihen diachrone Vergleiche anstellen zu können. Dieses Potenzial sollte bei einer Reform des Familienkonzeptes bewahrt werden. Auf der anderen Seite können soziale Beziehungen immer unzureichender über die traditionell berücksichtigten Kriterien, wie etwa „Familienstand“ oder „Haushaltszugehörigkeit“, erschöpfend und befriedigend charakterisiert werden. Es gilt also zum einen, sich Informationen zu „neuen“ Lebensformen zu erschließen, zum anderen aber auch weiterhin vergleichbare Daten zu den „alten“ Lebensformen zu erhalten, also ein integratives Konzept zu entwickeln.

16) Schneider unterscheidet im Rahmen der privaten Lebensführung fünf Arten sozialer Beziehungen, die Lebensformen kennzeichnen können: partnerschaftliche Beziehungen, Eltern-Kind-Beziehungen (familiäre Lebensformen), Verwandtschaftsbeziehungen, Freundschaftsbeziehungen und social support Beziehungen (siehe Schneider, a. a. O. (Fußnote 11), S. 13).

17) Peuckert ordnet der „Normalfamilie“ im Wesentlichen die Merkmale verheiratet, Kind/er, gemeinsamer Haushalt, zwei leibliche Eltern im Haushalt, die lebenslange Ehe, exklusive Monogamie, eine heterosexuelle Partnerschaft, den Mann als Haupternährer und den Haushalt mit zwei Erwachsenen zu (siehe Peuckert, R., a. a. O., S. 29). Allein Erziehende wären also im Rahmen dieser Definition schon eine Abweichung von der Normalfamilie. Das Modell von der Normalfamilie soll in diesem Zusammenhang lediglich für die „unsichtbaren“ Merkmale, die Konzeptionen von Familie anhaften, sensibilisieren.

18) Die traditionelle Kernfamilie wird über die Ereignisse Eheschließung, Geburt mindestens eines Kindes und Zusammenleben im gemeinsamen Haushalt raum-zeitlich determiniert. „Vertikale Dimensionen“ der Kernfamilie werden zumeist über ein Familienzyklus-Modell erschlossen; doch auch der Familienzyklus blendet andere „abweichende“ Lebensformen aus. Es gilt also, sich im Rahmen einer Lebenslauf-Perspektive einerseits den Familienzyklus und andererseits spezifische Phasen anderer Lebensformen zu erschließen.

- **Flexibilität und Vergleichbarkeit:** Aufgrund seiner europäischen Anbindung unterliegt der Mikrozensus gewissen Auflagen, die seine internationale Vergleichbarkeit sicherstellen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Empfehlungen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE) für die Durchführung der 2000er Zensen, denen auch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) folgt.¹⁹⁾ Ein Lebensformen-Konzept des Mikrozensus sollte sinnvollerweise (weiterhin) mit diesen Auflagen harmonisieren. Von Interesse ist hierbei, wie dieses Konzept mit der erforderlichen Aktualität und Elastizität ausgestattet werden kann, um eine überschneidungsfreie, differenzierte und abgesicherte Abdeckung eines möglichst breiten Spektrums privater Lebensformen zu garantieren. Oder als Frage formuliert: Entlang welcher Linien können und sollten private Lebensformen differenziert werden?
- **Dynamik von Lebensformen:** Traditionell liefert der Mikrozensus mit seinen jährlichen Querschnittsergebnissen Momentaufnahmen der Bevölkerung in Deutschland. Bei einer Betrachtung von Familien bzw. von Lebensformen ist aber ebenso bedeutsam, dass zusätzlich zu diesen Querschnittsdaten Informationen zu ihrer Dynamik gewonnen werden können. Für die bisherige Familienbetrachtung konnte das Eheschließungsjahr als erster Schritt für eine Verlaufsanalyse genutzt werden. Vergleichbare Informationen für andere Lebensformen existieren gegenwärtig aber nicht. Es könnten also weitere Retrospektivfragen zur familialen oder partnerschaftlichen „Geschichte“ aufgenommen werden, die es erlauben, biographische Ereignisse oder Übergänge zwischen Lebensformen abzubilden.²⁰⁾ Eine andere Möglichkeit, die „vertikale Dimension“ von Lebensformen zu beleuch-

ten, bieten die mit dem Mikrozensus-Material geplanten Längsschnittanalysen über einen Vierjahreszeitraum.

- **Haushaltsbegrenzte Betrachtung:** Der Mikrozensus ist eine Universalstichprobe, die auf der Haushaltsbasis – entsprechend dem gesetzlichen Auftrag – Informationen zu unterschiedlichen Bereichen und Themenkomplexen ermittelt. Dazu werden jährlich rund 370 000 Haushalte in Deutschland befragt. Lebensformen, auch familiäre Lebensformen, stellen aber nicht notwendigerweise auf das Ideal des Zusammenlebens in einem gemeinsamen Haushalt ab;²¹⁾ empirische Studien verweisen auf eine Vielzahl haushaltsübergreifender Leistungen zwischen den Mitgliedern sowohl von Familien als auch von anderen Lebensformen.²²⁾ Insofern sind Überlegungen anzustellen, inwieweit und inwiefern die Haushaltsgrenze im Rahmen einer amtlichen Haushaltsbefragung überwunden werden kann und sollte.²³⁾

Trotz dieser zum Teil einschränkenden Überlegungen können bereits jetzt Informationen über bestimmte Lebensformen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Tabelle 4 illustriert die Umsetzung einer ersten Version des Lebensformen-Konzeptes für das frühere Bundesgebiet, das zusätzlich zur bisherigen Familienbetrachtung die nicht-ehehlichen Lebensgemeinschaften einschließt. Während – wie bereits ausgeführt – mit Hilfe des Familienkonzeptes für das Jahr 1975 noch 86,2% der Bevölkerung typisiert werden konnten, waren es im Jahr 2000 nur noch 76,5%, also knapp zehn Prozentpunkte weniger. Mit dem Lebensformen-Konzept können dagegen im gleichen Jahr insgesamt mehr als vier Fünftel der Bevölkerung, das sind rund vier Prozentpunkte mehr, abgebildet werden (siehe Schaubild 4). Durch eine Umstellung vom Familien- auf das Lebensfor-

Tabelle 4: Erfassung der Gesamtbevölkerung durch das Familien- und das Lebensformen-Konzept im Jahr 2000
Früheres Bundesgebiet

Jahr	Bevölkerung in Privathaushalten ¹⁾			nicht einbezogen	Insgesamt
	Familienkonzept des Mikrozensus ²⁾				
	Ehepaare einschl. Kinder	Allein Erziehende einschl. Kinder			
2000	76,5%			23,5%	67,3 Mill. Personen = 100%
	68,7%	7,8%			
		0,1%	1,4%	4,1%	
2000	68,6%	6,4%	5,6%	19,4%	67,3 Mill. Personen = 100%
	80,6%				
Jahr	Ehepaare einschl. Kinder	Allein Erziehende einschl. Kinder ohne Lebenspartner/-in	Nichteheliche Lebenspartner/-innen einschl. Kinder	nicht einbezogen	Insgesamt
	Konzeptversion „Lebensformen der Bevölkerung“ ²⁾				

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – 2) Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

19) Siehe hierzu United Nations, a. a. O. (Fußnote 12), und Eurostat (Hrsg.): „Bevölkerung, Haushalte und Wohnungen in Europa“, Luxemburg 1996.

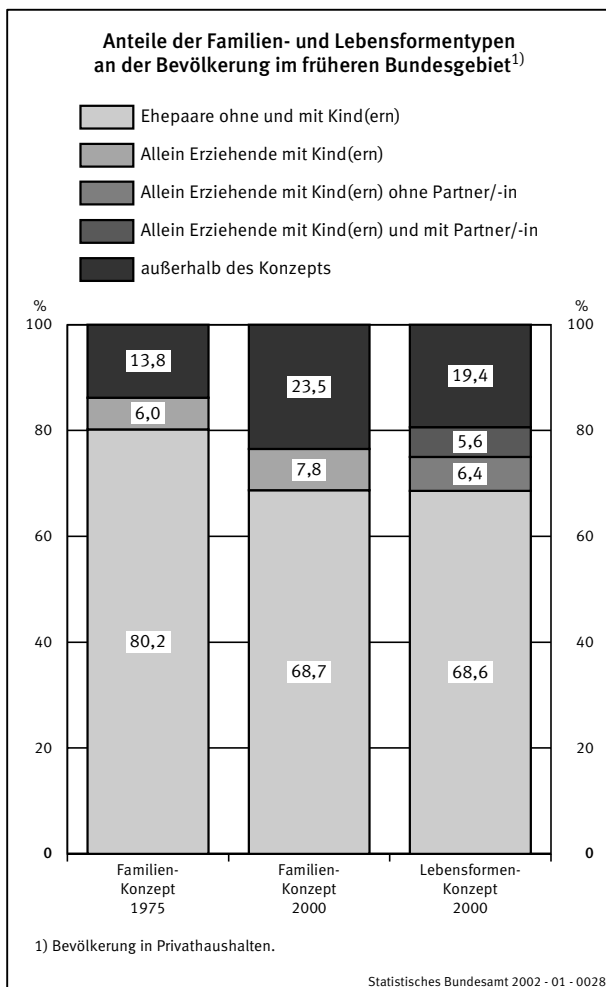
20) Diese Lösung dürfte im Rahmen des Mikrozensus kaum Realisierungschancen haben, da mittlerweile im Hinblick auf die Belastung der befragten Haushalte eine Art „Schallmauer“ erreicht wurde.

21) Siehe hierzu z. B. Bertram, H. (Hrsg.): „Die Familie in Westdeutschland“, Opladen 1991 und Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): „Österreichischer Familienbericht 1999“, Wien 1999.

22) Siehe dazu z. B. den dritten Altenbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): „Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation“, Berlin 2001.

23) Einen ersten Ansatzpunkt zur Überwindung der Haushaltsgrenze stellt bei der Erfassung der Haushalte die Differenzierung in Haupt- und Nebenwohnung dar, deren Potenzial bisher allerdings nur wenig ausgeschöpft wurde.

Schaubild 4



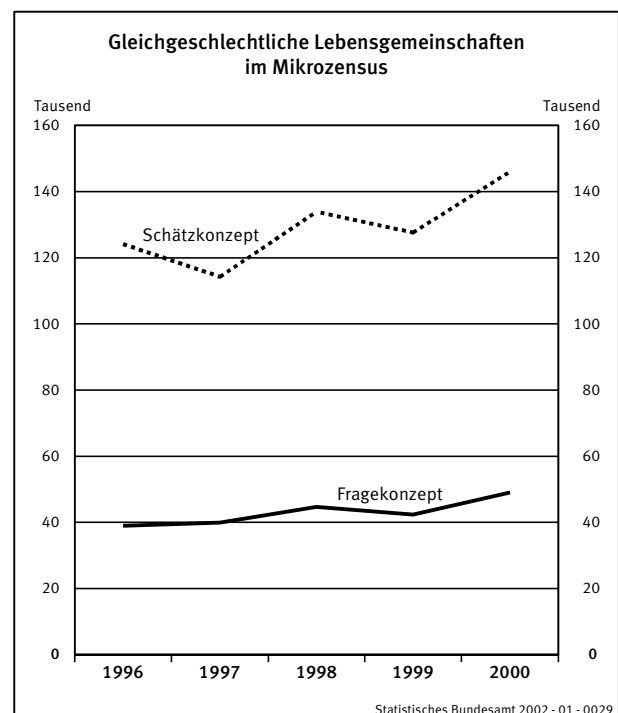
men-Konzept werden nun aber bestimmte Personen anders typisiert. Beispielsweise zählen ledige Personen, die mit einem Lebenspartner bei ihren Eltern wohnen, im Rahmen des Familienkonzeptes als „Kinder“ zum elterlichen Haushalt, die Lebenspartnerschaft wird nicht weiter berücksichtigt; im Lebensformen-Konzept dagegen werden zusätzlich beide nichtehelichen Lebenspartner als solche ausgewiesen. Die Pfeile zwischen den einzelnen Typen mit den entsprechenden Prozentzahlen in Tabelle 4 beschreiben den Umfang der erforderlichen Umbuchungen, die durch eine Umstellung vom Familien- auf das Lebensformen-Konzept entstehen.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Wie bereits ausgeführt, erhob der Mikrozensus 1996 erstmals im Rahmen des Fragekonzeptes zu Lebenspartnerschaften die Anzahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Deutschland. Die diesbezügliche Frage „Sind

Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“ wurde damals bewusst neutral gehalten, das heißt sie ignoriert das Geschlecht und ermöglicht daher auch gleichgeschlechtlichen Paaren ihre Lebensgemeinschaft anzugeben. Für das Jahr 2000 weist der Mikrozensus auf Grundlage dieser Frage rund 49 000 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften aus.²⁴⁾ Darunter befinden sich 6 000 gleichgeschlechtliche Paare, bei denen insgesamt 8 000 Kinder aufwachsen. Damit leben in knapp einem Sechstel aller gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Kinder.²⁵⁾ Im Vergleich zu den Werten der seit 1985 bestehenden Schätzungen gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ist die Übereinstimmung eher unbefriedigend: Danach müsste es in Deutschland schätzungsweise 146 000 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften geben – also fast dreimal so viele wie durch das Fragekonzept festgestellt. Erklärbar sind die großen Diskrepanzen durch die sensible Thematik; so kann ein systematischer Fehler auftreten, der die tatsächliche Anzahl gleichgeschlechtlicher Paare unterschätzt, weil zum Beispiel nicht alle Partner/-innen einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft ihre Partnerschaft angeben können oder wollen. Auf der anderen Seite ist die geschätzte Zahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften wahrscheinlich zu hoch, da dieser Wert beispielsweise auch Wohngemeinschaften von zwei Studierenden ohne partnerschaftlichen Hintergrund subsumiert. Vermutlich bewegt sich die tatsächliche Anzahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zwischen den beiden genannten Angaben. Die nur mäßige Kongruenz der Ergebnisse von Frage- und Schätzkonzept geht aus Schaubild 5 hervor. Dennoch kann fest-

Schaubild 5



24) Zu den Ergebnissen für 1999 siehe Eggen, B.: „Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften“ in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/2001, S. 347 ff.

25) Die Aussagekraft dieser Angaben wird jedoch durch ihre geringe Fallzahl beeinträchtigt: Für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften beträgt der einfache relative Standardfehler 5%, für die Ergebnisse zu Kindern, die bei gleichgeschlechtlichen Partnern leben, über 10%.

gehalten werden, dass beide Konzepte übereinstimmend für 2000 einen leichten Anstieg der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften verbuchen.

Gemeinsam wohnen, gemeinsam haushalten – gemeinsam leben?

Lebensformen, darunter insbesondere Familien (im oben definierten Sinne der traditionellen Familienstatistik), werden durch den Mikrozensus bislang haushaltsbezogen erfasst und ausgewertet (Koresidenzprinzip). Als Haushalt gilt entsprechend dem Haushaltseinheiten-Konzept²⁶⁾ „jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften“²⁷⁾. Familien stellen demnach eine logische Teilmenge der umfassenderen Position Haushalte dar. Eine Reihe empirischer Studien zeigt aber, dass Menschen in ihren alltäglichen Beziehungen die hier definierte Haushaltsgrenze überwinden²⁸⁾ und legt dadurch u. a. den konstruierenden Charakter statistisch produzierter Angaben frei.²⁹⁾ Aus diesem Blickwinkel werden soziale Beziehungen durch die traditionelle familienstatistische Betrachtung nicht nur haushaltsbezogen, sondern auch haushaltsbegrenzt erfasst.³⁰⁾

Zur Bestimmung von Partnerschaften sind auf dieser „Haushaltsgrundlage“, das heißt in Abhängigkeit von der Haushaltszugehörigkeit, grundsätzlich drei Konstellationen denkbar. Bei der ersten Möglichkeit leben beide Partner in einem gemeinsamen Haushalt. Diese Personengruppe wird durch das Familienkonzept respektive ein Lebensformen-Konzept des Mikrozensus (das zusätzlich gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften berücksichtigt) erfasst, die Auswertung ihrer Angaben ist unproblematisch. Die wichtigsten Ergebnisse zu verheirateten, unverheirateten und gleichgeschlechtlichen Paaren, die gemeinsam einen Haushalt führen, wurden für das Jahr 2000 bereits in den vorhergehenden Abschnitten dieses Beitrags vorgestellt. Auch Partnerschaften in Mehrpersonen-Haushalten können, je nach Datenkonstellation, erkannt werden.³¹⁾

Bei der zweiten Konstellation leben beide Partner innerhalb einer Wohnung, deklarieren sich aber nicht als gemeinsamer Haushalt. Zwar werden beide Haushalte in der gemeinsamen Wohnung erfasst und daher bestünde technisch die Möglichkeit, sie zu verknüpfen, jedoch nicht hinsichtlich der Merkmale „Lebenspartnerschaft“ oder „Verwandtschaft“,

die – wie bereits ausgeführt – lediglich innerhalb des Haushalts abgefragt werden. Die Zahl der Haushalte pro Wohnung im Mai 2000 präsentiert Tabelle 5. Im Jahr 2000 ver-

Tabelle 5: Haushalte nach Zahl der Haushalte pro Wohnung
Ergebnis des Mikrozensus 2000¹⁾

Zahl der Haushalte pro Wohnung	1 000	%
1 Haushalt	37 447	98,2
2 Haushalte	493	1,3
3 und mehr Haushalte	184	0,5
Insgesamt ...	38 124	100

1) Bevölkerung in Privathaushalten.

fügten 98,2% aller rund 38,1 Mill. Haushalte über eine Wohnung für sich allein. Lediglich 1,3% aller Haushalte teilten sich eine Wohnung mit einem zweiten Haushalt und nur 0,5% aller Haushalte, das sind immerhin noch 184 000 Haushalte, bewohnten eine Wohnung mit zwei oder mehr Haushalten.

Die dritte Konstellation zur Bestimmung von Partnerschaften in Abhängigkeit von der Haushaltszugehörigkeit der Partner betrifft solche, die in getrennten Wohnungen leben. Der Mikrozensus entdeckt solche Partnerschaften nicht.³²⁾ Als Grundlage für die Ausgestaltung eines Lebensformen-Konzepts nimmt das oben angesprochene Projekt das „gemeinsame Wohnen“; wohnungsübergreifende Erfassungen können insofern – aufgrund des damit verbundenen Aufwandes – bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen werden.

Längsschnittbetrachtungen des Zusammenlebens

Bisher stellt der Mikrozensus im Rahmen seiner Querschnittsbetrachtung vielfältige und detaillierte Informationen zu Familien und ausgewählten Lebensformen wie den nichtehelichen Lebensgemeinschaften bereit. Die amtliche Statistik hat bereits auf den ständig wachsenden und sich wandelnden Informationsbedarf und das bestehende Defizit an Längsschnittdaten und Verlaufsanalysen – nicht nur im Bereich des Zusammenlebens, sondern in allen vom Mikrozensus abgedeckten Informationsfeldern – reagiert. Mit dem zu bildenden Längsschnittmaterial über zwei, drei oder vier Jahre hinweg kann ein beachtliches Informations-

26) Zur Unterscheidung zwischen Haushaltseinheiten und Haushalts-Wohnungen siehe Eurostat, a. a. O. (Fußnote 19), und United Nations, a. a. O. (Fußnote 12).

27) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 3 „Haushalte und Familie 1999“, Wiesbaden 2001, S. 12.

28) Hierzu zählen insbesondere netzwerkorientierte Ansätze, die „Familie nicht allein als Wohn- bzw. Haushaltsform [...] definieren, sondern gelebte Beziehungen in den Mittelpunkt der Analyse [...] stellen“ (Bertram, H., a. a. O. (Fußnote 21), S. viii). Auch weicht diese Konzeption von einem Familienbegriff ab, der Familie eher biologisch als Folge von Generationen versteht (siehe dazu Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): „Vierter Familienbericht“, Bonn 1986, S. 14).

29) Die haushaltsbezogene Form der Befragung hängt ganz entscheidend mit dem Mehrzweckcharakter des Mikrozensus zusammen; seine Aufgabe besteht – wie eingangs skizziert – nicht ausschließlich darin, Informationen zu Familien oder den Lebensformen der Bevölkerung zusammenzutragen, sondern auch darin, Auskünfte zur Zahl und Struktur der Haushalte in Deutschland einzuholen.

30) Siehe hierzu auch Bertram, H., a. a. O. (Fußnote 21), S. vi.

31) Anhand der Haushalts-Bezugsperson werden die verwandtschaftlichen und ggf. partnerschaftlichen Beziehungen innerhalb des Haushalts abgefragt. Da es sich bei der Frage nach Lebenspartnerschaften gegenwärtig um eine freiwillig zu beantwortende Frage handelt, kann sie nicht als Auswahlkriterium zur Bestimmung einer Haushalts-Bezugsperson herangezogen werden. Befinden sich in einem Mehrpersonen-Haushalt zwei Partner/-innen einer Lebensgemeinschaft und wird zufälligerweise keine(r) von ihnen als Haushalts-Bezugsperson ausgewählt, bleibt die Lebensgemeinschaft unentdeckt.

32) Eine gezielte Frage nach Partnerschaften kann nur zu einer Volumenabgrenzung dienen; Informationen über den oder die nicht im Haushalt lebende(n) Partner/-in wären nur durch eine sehr aufwändige Abfrage bereitzustellen.

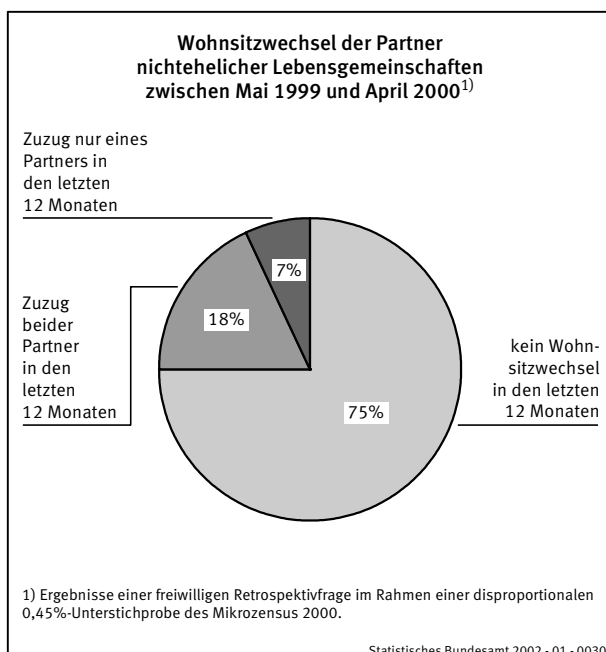
potenzial des Mikrozensus geschaffen werden. Damit wird der Mikrozensus in der Lage sein, nicht nur Informationen zur „horizontalen Dimension“ von Lebensformen, sondern darüber hinaus zur oben bereits angesprochenen „vertikalen Dimension“ zur Verfügung zu stellen. Wie bedeutsam derartige Längsschnittbetrachtungen sind, sei an zwei Ergebnisbeispielen aufgezeigt.

Im Rahmen einer 0,45%-Unterstichprobe des Mikrozensus wird in einer Retrospektivfrage nach dem Wohnsitz ein Jahr vor der jeweiligen Erhebung gefragt. Die damit anfallenden Informationen über einen Wohnsitzwechsel in den letzten zwölf Monaten lassen nicht nur Aussagen über die räumliche Mobilität nach den verschiedenen Familien- bzw. Lebensformtypen zu, sondern geben auch Hinweise auf Veränderungen im Zusammenleben. Wie Schaubild 6 zeigt, ist jeder vierte Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft in den letzten 12 Monaten vor der Erhebung im April 2000 zugezogen. Bei 18% der Partner liegt ein Wohnsitzwechsel beider Partner vor, wobei offen bleibt, ob der Zuzugszeitpunkt mit der Entstehung der nichtehelichen Gemeinschaft deckungsgleich ist oder ob hier eine schon vor dem Umzug bereits bestehende Lebensgemeinschaft nur umgezogen ist. Bei 7% der Lebenspartner/-innen, für die selbst, aber nicht für die Partnerin oder den Partner ein Wohnsitzwechsel vorliegt, kann auf jeden Fall von einer Neubildung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt ausgegangen werden, die auch Übergänge von Lebensformen wie zum Beispiel „Living apart together“ zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft einschließt. Ein Vergleich der Ergebnisse mit den Angaben für Ehepaare zeigt, dass die räumliche Mobilität von nichtehelichen Lebenspartner/-innen am ehesten der der „frisch verheirateten Eheleute“ entspricht. Für 27% der Ehepartner, die von Anfang 1999 bis zum April 2000 die Ehe geschlossen haben, wurde im Mikrozensus 2000 ein Wohnsitzwechsel

festgestellt, während der entsprechende Mobilitätsanteil für alle Ehepartner nur bei etwa 5% lag.

Tiefgehende Informationen über Entwicklungen im Zeitverlauf könnte ein Längsschnittmaterial des Mikrozensus liefern. In einem derzeit laufenden Projekt sind die vorliegenden Querschnittergebnisse 1996 bis 1999 auf individueller Ebene zusammengeführt worden. Aufgrund des Flächenstichprobencharakters des Mikrozensus ergeben sich hier jedoch systematische Ausfälle, weil der Mikrozensus bei den drei Wiederholungsbefragungen die fortziehenden Haushalte und Personen nicht weiterverfolgt, sondern die zuziehenden Personen und Haushalte ersatzweise befragt werden. Ob diese Panelselektivität zu verzerrten Ergebnissen führt und inwieweit ein mögliches Korrektur- und Hochrechnungsverfahren aussagefähige Ergebnisse liefern kann, wird zurzeit im Rahmen des Projektes untersucht. Auf der Basis des ungewichteten Rohmaterials der zusammengeführten Querschnittsdaten 1998 und 1999 und beschränkt auf den Personenkreis, der zwischen den beiden Erhebungen nicht umgezogen ist, kann zum Beispiel der Wechsel zwischen zwei Lebensformen untersucht werden. So beträgt der Zugang in die nichteheliche Lebensgemeinschaft aus den anderen Lebensformen von 1998 auf 1999 etwa 11% der Lebenspartner/-innen, andererseits sind in dem gleichen Zeitraum rund 18% der Lebenspartner/-innen aus der nichtehelichen Lebensgemeinschaft ausgeschieden, rund 11,5% der Lebenspartner/-innen wurden Ehepartner/-innen und rund 6,5% der Partner/-innen löste die Partnerschaft auf. Der Zugang von 11% und der Abgang von 18%, also ein Saldoverlust von rund 7%, steht natürlich nicht im Einklang mit dem Nettoanstieg der nichtehelichen Lebensgemeinschaften von 1998 auf 1999 um etwa 3,4%, den die entsprechenden hochgerechneten Querschnittergebnisse ausweisen. Die Nichtpassfähigkeit ist ein deutliches Zeichen für auftretende Selektivitäten. So sind die Abgänge in Richtung Ehepaare quantitativ bedeutsam, aber offensichtlich selten mit einem Wohnungswechsel verbunden und somit in dem vom Mikrozensus aufgezeigten Ausschnitt der Immobilien überdurchschnittlich vertreten. Demgegenüber ist die Auflösung und die Bildung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sehr stark mit einem Wohnungswechsel verbunden, also unterdurchschnittlich in dem Mikrozensus-Ausschnitt vertreten. Das Beispiel zeigt, dass einige schwierige methodische Probleme im Rahmen des Längsschnittprojektes noch zu lösen sind, um die Aussagefähigkeit und Güte solcher Längsschnittanalysen im Bereich des Zusammenlebens sicherzustellen.

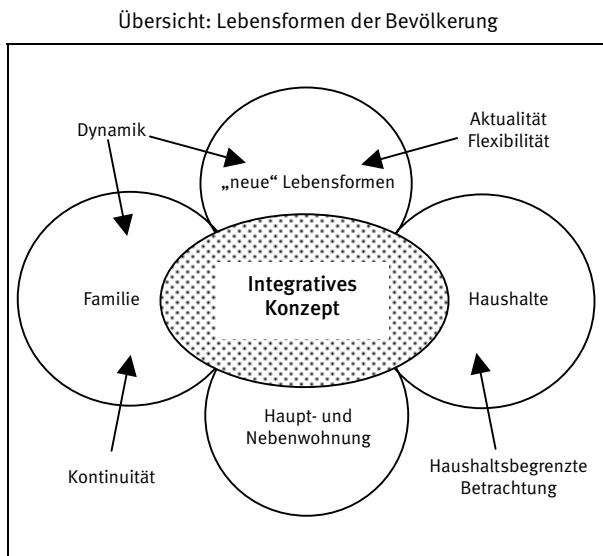
Schaubild 6



Ausblick

Gegenwärtig stellt der Mikrozensus im Rahmen seiner Querschnittsbetrachtung vielfältige und detaillierte Informationen zu Familien und ausgewählten Lebensformen wie den nichtehelichen oder den gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften bereit. Die bisher isoliert nebeneinander stehenden Konzepte für Familie (im traditionellen Sinn) und für Lebensformen sind aufzubrechen und durch ein neues integratives Konzept zu ersetzen, das vor allem die Kontinuität der bisherigen Zeitreihen einerseits und die Flexibilität gegenüber zukünftig sich bildenden neuen Lebensfor-

men andererseits gewährleistet. Dieses neue Konzept sollte nach den bisherigen Vorüberlegungen aber auch die Haushaltsebene oder den Wohnstatus (Haupt- oder Nebenwohnsitz) auf Personenebene einbeziehen, weil diese Dimensionen nicht aus einer offenen Beobachtung bzw. zutreffenden Beschreibung der Lebensformen ausgeschlossen werden dürfen.



In einem weiteren Projekt wird angestrebt, dass der Mikrozensus nicht nur Informationen zur „horizontalen Dimension“ von Lebensformen, sondern darüber hinaus zur oben bereits angesprochenen „vertikalen Dimension“ zur Verfügung stellt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass noch ein recht beschwerlicher Weg mit vielfältigen und komplexen Untersuchungen zu gehen ist. Jedoch dürfte die erforderliche Investition einen hohen Gewinn mit einem erheblich verbesserten Informationsangebot des Mikrozensus abwerfen. Über die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen und das entwickelte neue Konzept wird noch zu einem späteren Zeitpunkt zu berichten sein. [uu](#)

Anhangtabelle 1: Familien nach Familientypen
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
1 000

Zeitpunkt der Erhebung	Insgesamt	Ehepaare ohne Kind ²⁾	Familien mit Kind(ern) ²⁾	Und zwar	
				Ehepaare	allein Erziehende ³⁾
Früheres Bundesgebiet					
Oktober 1957	14 967	4 357	10 610	8 564	2 046
Juni 1961	15 542	4 622	10 921	8 871	2 049
Mai 1970	16 194	5 256	10 938	9 376	1 562
Mai 1973	16 941	5 731	11 210	9 722	1 488
April 1979	16 626	5 810	10 816	9 278	1 538
April 1986	16 576	6 097	10 480	8 649	1 831
April 1991	17 375	6 706	10 668	8 811	1 858
Mai 1992	17 616	6 890	10 726	8 822	1 904
April 1993	17 785	7 037	10 748	8 799	1 949
April 1994	17 833	7 167	10 665	8 684	1 982
April 1995	17 902	7 316	10 586	8 581	2 005
April 1996	17 911	7 445	10 466	8 442	2 024
April 1997	17 981	7 550	10 431	8 383	2 049
April 1998	17 978	7 631	10 347	8 283	2 064
April 1999	18 044	7 703	10 341	8 205	2 137
Mai 2000	18 091	7 778	10 314	8 140	2 174
Neue Länder und Berlin-Ost					
April 1991	4 658	1 687	2 970	2 288	682
Mai 1992	4 603	1 711	2 892	2 210	682
April 1993	4 566	1 718	2 847	2 149	698
April 1994	4 526	1 722	2 804	2 089	715
April 1995	4 493	1 723	2 770	2 038	732
April 1996	4 452	1 737	2 715	1 966	749
April 1997	4 433	1 768	2 665	1 917	748
April 1998	4 387	1 775	2 612	1 851	761
April 1999	4 361	1 789	2 572	1 783	789
Mai 2000	4 332	1 822	2 509	1 715	794

1) 1961 und 1970 Ergebnisse der Volkszählung; sonst Ergebnisse des Mikrozensus. 1957 und 1961 wohnberechtigte Bevölkerung, 1970 und ab 1973 Bevölkerung am Familienwohnsitz. – 2) Im Haushalt lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung. – 3) Einschl. der allein Erziehenden, die Partner/-in in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind. – Als allein Erziehende zählen auch Väter und Mütter mit volljährigen ledigen Kindern.

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Anhangtabelle 2: Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne und mit Kindern
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Zeitpunkt	Insgesamt		Ohne Kind ²⁾		Mit Kind(ern) ²⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Früheres Bundesgebiet						
April 1972	137	100	111	81,6	25	18,4
April 1978	348	100	298	85,5	51	14,5
April 1982	516	100	445	86,2	71	13,8
April 1986	731	100	645	88,3	86	11,7
April 1991	1066	100	868	81,4	198	18,6
Mai 1992	1147	100	925	80,7	222	19,3
April 1993	1220	100	979	80,2	241	19,8
April 1994	1282	100	1022	79,7	260	20,3
April 1995	1337	100	1073	80,2	265	19,8
April 1996	1382	100	1099	79,5	283	20,5
April 1997	1438	100	1137	79,0	302	21,0
April 1998	1503	100	1176	78,2	327	21,8
April 1999	1551	100	1202	77,5	349	22,5
Mai 2000	1593	100	1222	76,7	371	23,3
Neue Länder und Berlin-Ost						
April 1991	327	100	147	45,0	180	55,0
Mai 1992	338	100	151	44,7	187	55,3
April 1993	362	100	168	46,4	195	53,6
April 1994	377	100	174	46,3	202	53,7
April 1995	404	100	194	48,0	210	52,0
April 1996	442	100	217	49,1	225	50,9
April 1997	466	100	238	51,1	228	48,9
April 1998	479	100	249	52,1	230	48,0
April 1999	503	100	258	51,3	245	48,7
Mai 2000	520	100	268	51,5	252	48,5

1) Bis 1995 Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus, ab 1996 Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten. – 2) Im Haushalt lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Anhangtabelle 3: Nichteheliche Lebensgemeinschaften im Mai 2000 nach Alter der Partnerin und nach Zahl der Kinder
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Alter der Partnerin von ... bis unter ... Jahren	Nichteheliche Lebensgemeinschaften				Kinder		Kinder je nichteheliche Lebens- gemeinschaft
	insgesamt	ohne Kind ²⁾	mit Kind(ern) ²⁾	dar.: mit Kindern unter 18 Jahren ³⁾	insgesamt	dar.: unter 18 Jahren	
	1 000						Anzahl
Früheres Bundesgebiet							
unter 25	265	234	30	30	36	36	1,17
25 – 30	322	269	53	53	69	69	1,30
30 – 35	288	202	86	86	124	123	1,44
35 – 45	338	190	148	133	229	199	1,55
45 – 55	173	131	43	23	58	28	1,37
55 und mehr	208	197	11	/	13	/	1,18
Zusammen ...	1593	1222	371	327	530	456	1,43
Neue Länder und Berlin-Ost							
unter 25	104	81	23	23	27	27	1,15
25 – 30	106	52	55	54	70	70	1,28
30 – 35	91	23	67	67	98	97	1,46
35 – 45	111	28	84	74	133	110	1,60
45 – 55	52	31	21	10	27	12	1,32
55 und mehr	56	53	/	/	/	/	1,22
Zusammen ...	520	268	252	229	359	316	1,42

1) Bevölkerung in Privathaushalten. – 2) Im Haushalt lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung. – 3) In nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren können ggf. noch weitere Kinder leben.

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Dipl.-Volkswirt Sebastian Koufen

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2001

Die Ausgaben des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems, über das die Altersversorgung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen und ihrer Hinterbliebenen sowie die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder verwendeten Bediensteten mit beamtenrechtlichem Versorgungsanspruch organisiert ist, sind im Jahr 2000 um 4% auf 31,1 Mrd. Euro gestiegen. Damit beliefen sich die Mehrausgaben in den verschiedenen Haushalten der jeweiligen Dienstherren, aus denen die Altersbezüge bezahlt werden, auf fast 1,2 Mrd. Euro. Den Ausgabenanstieg hatten in erster Linie die Haushalte der Länder (+ 5,9%) und der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (+ 6,4%) zu verkraften. Hauptursache für den Anstieg der Ausgaben ist die zunehmende Zahl der Leistungsempfänger.

Am Erhebungsstichtag 1. Januar 2001 erhielten 1,4 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems; gegenüber dem Vorjahr waren dies 29 100 oder 2,1% mehr. Die Bestandserhöhung lag damit deutlich über dem Schnitt der letzten zehn Jahre (+ 1,3%) und resultiert aus einem Anstieg der Zugänge zum Versorgungssystem. Eine wichtige Ursache für die steigende Zahl der Pensionierungen ist die ungleichmäßige Altersstruktur der Beamten/Beamtinnen, die die Folge eines raschen Personalaufbaus Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre vor allem im Schuldienst ist. Die damals eingestellten Jahrgänge erreichen inzwischen ein Alter, in dem es vermehrt zu Pensionierungen kommt. Zum Teil dürfte der Anstieg aber

auch auf das Versorgungsreformgesetz 1998 zurückzuführen sein, das teilweise Versorgungsabschlüsse für das vorzeitige Ausscheiden vor der Regelaltersgrenze vorsieht. So wurden im Jahr 2000 vor allem bei den Ruhestandseintrittsgründen, die noch nicht mit einem Versorgungsabschluss belegt waren (Dienstunfähigkeit und Antrag wegen Schwerbehinderung) deutliche Zuwächse festgestellt. Ferner sind mehr Bedienstete erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand getreten.

Vorbemerkung

Die Altersversorgung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen sowie Berufssoldaten und Berufssoldatinnen wird vom öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem übernommen. Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden drei aus Haushaltsmitteln finanzierte Versorgungssysteme unterschieden: die Beamtenversorgung nach dem Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG), die Soldatenversorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder verwendeten ehemaligen Beamten, Berufssoldaten, Führer des Reichsarbeitsdienstes, Angestellten und Arbeiter des Deutschen Reiches¹⁾, soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G 131) besteht.

Anspruch auf eine Leistung des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems haben Beamte/Beamtinnen, Richter/

1) Einschl. ehemaliger Bediensteter aufgelöster Dienststellen.

Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen, die wegen Erreichens einer Altersgrenze, Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (z. B. einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausscheiden (Ruhegehalt), sowie Hinterbliebene (Witwen bzw. Witwer und Waisen) von verstorbenen aktiven Beamten oder Pensionären (Witwen- bzw. Witwergeld und Waisengeld).

Hierbei erhalten die Leistungsberechtigten ihre Altersbezüge, wie die Bezüge in ihrer aktiven Dienstzeit, überwiegend aus allgemeinen Haushaltsmitteln des jeweiligen Dienstherrn. Neben dieser direkten Versorgung aus dem Haushalt des Dienstherrn gibt es auf kommunaler Ebene die Besonderheit, dass sich insbesondere kleinere Kommunen Versorgungskassen angeschlossen haben, die die Altersversorgung der kommunalen Beamten und deren Hinterbliebenen übernehmen. Diese Versorgungskassen refinanzieren sich im Umlageverfahren bei den Kommunen, die diese Beiträge als Versorgungsausgaben in ihren Haushalten verbuchen. Sämtliche Versorgungsleistungen, die nach G 131 erbracht werden, gehen zu Lasten des Bundeshaushaltes.

Die Versorgungsempfängerstatistik erfasst die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst²⁾. Im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes werden die ehemaligen Bediensteten (einschl. Hinterbliebene) des Bundes, der Länder und der Kommunen (Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände) sowie die in den Ruhestand versetzten Bundesbeamten der Bahn (Bundeseisenbahnvermögen) und Post (Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG) erhoben. Für die Versorgungsempfänger des mittelbaren öffentlichen Dienstes (Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger und rechtlich selbstständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen mit Dienstherrnfähigkeit) sehen die gesetzlichen Vorschriften teilweise ein verkürztes Erhebungsprogramm vor. Die Tabellen 2 bis 6 beziehen sich deshalb nur auf den unmittelbaren öffentlichen Dienst.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung der Versorgungsausgaben beschrieben. Daran anschließend werden die einzelnen Faktoren, die dieser Entwicklung zugrunde liegen, dargestellt. Dabei werden zunächst die zahlenmäßige Veränderung der Versorgungsempfänger und deren Ursachen beleuchtet, bevor auf die durchschnittlichen Bezüge eingegangen wird.

1 Versorgungsausgaben um 4% gestiegen

Insgesamt mussten alle Dienstherrn im Jahr 2000 in ihren Haushalten rund 31,1 Mrd. Euro für die Altersversorgung³⁾

ihrer ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstellen; auf die Gebietskörperschaften entfiel hiervon ein Betrag von gut 22,0 Mrd. Euro⁴⁾. Gegenüber dem Vorjahr sind die Versorgungsausgaben insgesamt um 4,0%, bei den Gebietskörperschaften sogar um 4,2% gestiegen. Dieser Anstieg ist teilweise noch auf die Anpassung der Versorgungsbezüge um 2,9% (3,1% abzüglich 0,2% Versorgungsrücklage) ab 1. Juni 1999 zurückzuführen, der größere Teil resultiert jedoch aus der im Jahr 2000 eingetretenen Bestandserhöhung.

Bei den einzelnen Dienstherrn verlief die Entwicklung der Versorgungsausgaben unterschiedlich. Beim Bund lagen die Versorgungsausgaben im Jahr 2000 mit gut 4,8 Mrd. Euro nur um 0,2% über denen des Jahres 1999. Der relativ niedrige Anstieg der Versorgungsausgaben des Bundes ist auf den weiter abnehmenden Bestand der Leistungsberechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz zurückzuführen. Die ehemaligen Beamten (einschl. Richter und Hinterbliebene) des Bundes erhielten Versorgungsbezüge in Höhe von 1,9 Mrd. Euro (+3,0%), die ehemaligen Berufssoldaten der Bundeswehr 2,1 Mrd. Euro (+0,9%) und die Leistungsberechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz 0,8 Mrd. Euro (-7,7%). Bei den Ländern betragen die Versorgungsausgaben 14,6 Mrd. Euro (+5,9%), bei den Kommunen knapp 2,7 Mrd. Euro (+2,4%), beim Bundeseisenbahnvermögen gut 4,1 Mrd. Euro (+0,1%) und beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation zusammen 4,9 Mrd. Euro (+6,4%).

2 Anstieg der Versorgungsempfängerzahlen beschleunigt sich

Wichtigster Faktor für den Anstieg der Versorgungsausgaben im Jahr 2000 war die steigende Zahl von Versorgungsempfängern. Am Erhebungsstichtag 1. Januar 2001 erhielten 1,40 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems; gegenüber dem Vorjahr waren dies 29 100 oder 2,1% mehr. Damit hat sich der Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger weiter beschleunigt. Im Vorjahr hatte die Zuwachsrate 1,7% betragen, im Durchschnitt der letzten 10 Jahre waren es 1,3%. Von den Versorgungsempfängern erhielten 1,25 Mill. ihre Bezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz (2,8% mehr als ein Jahr zuvor), 80 200 nach dem Soldatenversorgungsgesetz (+0,9%) und knapp 67 700 nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (-7,9%).

Mehr Pensionäre – weniger Hinterbliebene

Die Zunahme der Zahl der Versorgungsempfänger/-innen resultiert aus der steigenden Zahl der Empfänger/-innen von Ruhegehalt. Im Alterssicherungssystem für Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen⁵⁾ wurden am 1. Januar 2001 897 800

2) Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 2000 (BGBl. I S. 206), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 20 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1857).

3) Versorgungsbezüge ohne Zuführungen zur Versorgungsrücklage.

4) Versorgungsausgaben des Bundes (einschl. Soldatenversorgung und Versorgung nach G131), der Länder und Kommunen.

5) Ohne Versorgungsempfänger/-innen nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Tabelle 1: Versorgungsempfänger/-empfängerinnen¹⁾ des öffentlichen Dienstes
1 000

Erhebungsstichtag	Empfänger/-innen von			
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld	insgesamt
Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht				
1. Februar 1975 .	544,5	444,0	46,2	1034,7
1. Februar 1980 .	583,1	444,8	48,4	1076,3
1. Februar 1985 .	592,5	438,8	46,1	1077,6
1. Februar 1990 .	631,1	427,3	39,1	1097,6
1. Januar 1995 ..	712,0	418,0	35,0	1165,0
1. Januar 1996 ..	740,8	413,1	33,8	1187,8
1. Januar 1997 ..	768,0	411,6	33,2	1212,7
1. Januar 1998 ..	801,8	409,5	33,0	1244,3
1. Januar 1999 ..	827,8	406,3	32,7	1266,8
1. Januar 2000 ..	859,4	403,6	32,3	1295,2
1. Januar 2001 ..	897,8	399,9	32,5	1330,2
Versorgung nach Kap. I G 131				
1. Februar 1975 .	88,8	143,1	5,4	237,3
1. Februar 1980 .	67,0	130,4	3,2	200,6
1. Februar 1985 .	49,1	114,9	2,3	166,2
1. Februar 1990 .	34,0	98,5	1,7	134,3
1. Januar 1995 ..	21,5	81,3	1,4	104,1
1. Januar 1996 ..	19,4	78,0	1,3	98,8
1. Januar 1997 ..	17,2	73,1	1,2	91,4
1. Januar 1998 ..	15,1	68,9	1,1	85,2
1. Januar 1999 ..	13,2	64,9	1,1	79,3
1. Januar 2000 ..	11,5	60,9	1,0	73,5
1. Januar 2001 ..	9,9	56,8	1,0	67,7

1) Bis 1990: früheres Bundesgebiet, ab 1995: Deutschland.

Empfänger/-innen von Ruhegehalt erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 38 500 Pensionäre/Pensionärinnen oder 4,5% mehr gezählt. Der Anstieg des Saldos aus Zu- und Abgängen lag damit merklich über dem Anstieg 2000 gegenüber 1999 (+ 31 600 oder 3,8%). Aufgrund der Altersstruktur des aktiven Personals ist auch in den nächsten Jahren mit einem weiteren Ansteigen des Saldos aus Zu- und Abgängen zu rechnen.

Die Zahl der Empfänger/-innen von Witwen-/Witwergeld nach dem BeamtVG und dem SVG ist hingegen weiter rückläufig. Am 1. Januar 2001 belief sie sich auf 399 900. Das waren 3 700 oder 0,9% weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Waisengeldempfänger/-innen ist im gleichen Zeitraum leicht auf 32 500 gestiegen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs bilden die Witwen und Witwer die größte Gruppe der Leistungsbezieher nach dem G 131. Am 1. Januar 2001 wurden noch 56 800 Personen versorgt, deren Ehegatten im Dienst des Deutschen Reiches einen Rechtsanspruch erworben hatten und nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs nicht mehr in den öffentlichen Dienst übernommen wurden. Dies waren 4 200 oder 6,8% weniger als im Vorjahr. Von den ehemaligen Beamten, Soldaten und Reichsarbeitsdienstführern erhielten noch 9 900 eine Pension (- 13,9%). Daneben werden noch rund 1 000 Waisen versorgt, die aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung über das 27. Lebensjahr hinaus eine Versorgungsleistung erhalten.

6) Ohne Versorgungsempfänger/-innen nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Frauenanteil steigt

Unter den 897 800 Ruhegehaltsempfängern⁶⁾ waren 158 200 Frauen; dies entspricht einem Anteil von 17,6%. Im Vergleich zum Vorjahr (16,9%) ist der Frauenanteil aufgrund einer stärkeren Bestandserhöhung der Pensionärinnen weiter angestiegen. Da der Frauenanteil bei den aktiven Bediensteten mit Versorgungsanwartschaft doppelt so hoch ist, wird sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen. Bei den einzelnen Dienstherren sind die Frauen im Bestand der Ruhegehaltsempfänger entsprechend der ehemaligen Struktur des aktiven Personals, die in erheblichem Maß von den jeweiligen Aufgabenbereichen abhängt, unterschiedlich vertreten. So liegt der Frauenanteil bei den Ländern (27,6%) erheblich über dem Durchschnitt aller Beschäftigungsbereiche. Er ist im Wesentlichen auf das starke berufliche Engagement von Frauen im Schuldienst zurückzuführen. Auch bei den Pensionären der Post sind Frauen mit einem Anteil von 22,2% stärker vertreten. Bei den Kommunen (10,7%), der Beamtenversorgung des Bundes (2,8%) und beim Bundes-eisenbahnvermögen (1,7%) liegt der Frauenanteil bei den Pensionären deutlich niedriger.

Starker Anstieg der Leistungsbezieher bei den Ländern und der Post

Die Zahl der Versorgungsempfänger ist sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Beschäftigungsbereiche verteilt. Dies liegt im Wesentlichen an der Aufgabenstruktur des aktiven

Schaubild 1

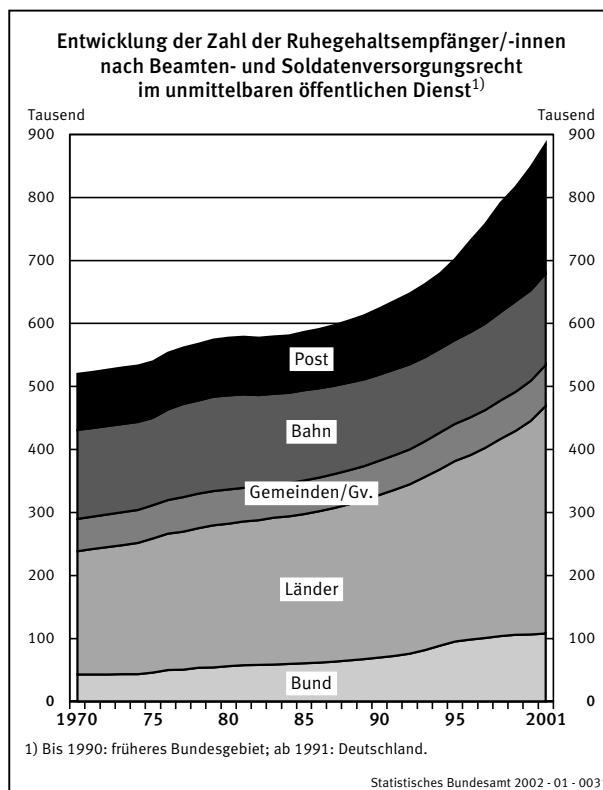


Tabelle 2: Versorgungsempfänger/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Art der Versorgung und Laufbahngruppen

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Bund	Länder	Gemeinden/Gv. ¹⁾	Bundeseisenbahn- vermögen	Post ²⁾	Insgesamt	
						1. Januar 2001	1. Januar 2000
Ruhegehalt	107 862	360 988	65 040	145 585	205 520	884 995	847 883
Höherer Dienst	25 504	102 420	19 334	1 868	2 289	151 415	139 039
Gehobener Dienst	29 631	190 332	27 358	17 197	27 024	291 542	276 876
Mittlerer Dienst	50 241	63 498	16 331	107 356	100 623	338 049	330 029
Einfacher Dienst	2 486	4 738	2 017	19 164	75 584	103 989	101 939
Witwen-/Witwergeld	43 665	157 146	37 655	93 683	60 698	392 847	396 768
Höherer Dienst	9 398	41 118	8 282	1 200	781	60 779	60 056
Gehobener Dienst	11 744	64 050	16 562	9 755	7 530	109 641	111 479
Mittlerer Dienst	20 477	47 544	10 584	58 928	20 147	157 680	159 153
Einfacher Dienst	2 046	4 434	2 227	23 800	32 240	64 747	66 080
Waisengeld	3 171	18 651	2 492	3 645	4 043	32 002	31 818
Höherer Dienst	735	5 941	621	51	70	7 418	7 199
Gehobener Dienst	914	9 118	1 167	417	568	12 184	12 124
Mittlerer Dienst	1 290	3 365	600	2 289	1 672	9 216	9 297
Einfacher Dienst	232	227	104	888	1 733	3 184	3 198
Insgesamt ...	154 698	536 785	105 187	242 913	270 261	1 309 844	1 276 469

1) Einschl. kommunaler Zweckverbände. – 2) Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG.

Personals. Die Länder beschäftigen vor allem in den personalintensiven Bereichen der inneren Sicherheit und im Bildungswesen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwiegend in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Aus diesem Grund haben sie auch den größten Teil der Leistungsberechtigten zu versorgen. Im Einzelnen erhielten von den Ländern 536 800, vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation 270 300, vom Bundeseisenbahnvermögen 242 900, vom Bund 154 700⁷⁾ und von den Gemeinden/Gv. 105 200 ehemalige Bedienstete und ihre Hinterbliebenen eine Altersversorgung. Hinzu kamen 20 300 Versorgungsempfänger aus Bereichen des mittelbaren öffentlichen Dienstes. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Versorgungsberechtigten der Länder um 21 700 (+4,2%) und beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation um 9 800 (+3,7%) am stärksten gestiegen. Beim Bund betrug der Zuwachs 1 800 (+1,2%) und bei den Gemeinden 600 (+0,6%), während beim Bundeseisenbahnvermögen ein leichter Rückgang eingetreten ist (-500 oder -0,2%). Der Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger/-innen der Länder geht auf die Personalverstärkungen im Landesdienst Ende der 1960er Jahre zurück, während bei den Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost weiterhin in erheblichem Umfang Frühpensionierungen vorgenommen wurden, obwohl der Bestand der aktiven Beamten und Beamtinnen in den letzten Jahren bereits deutlich verringert wurde. Beim Bundeseisenbahnvermögen ist der Bestand der aktiven Beamten und Beamtinnen schon seit vielen Jahren rückläufig, sodass es heute in diesem Bereich bereits dreieinhalbmal so viele Versorgungsempfänger wie aktive Beamte gibt. Aufgrund dieser Relation haben die Zugänge zum Versorgungssystem trotz des immer noch raschen Personalabbaus im Bereich der Beamten und Beamtinnen bei der Deutschen Bahn AG in etwa die gleiche Größenordnung wie die Abgänge durch Sterbefälle.

Viele Neupensionäre aus dem Schuldienst

Ein wesentlicher Faktor für die Bestandsentwicklung der Versorgungsberechtigten sind die Zugänge zum Versorgungssystem. Für den Eintritt in den Ruhestand sind im Alterssicherungssystem für Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen vor allem drei Gründe zu nennen: festgestellte Dienstunfähigkeit, das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze und die Inanspruchnahme eines gesetzlich geregelten Vorruhestandes. Da die Vorruhestandsregelungen im Bereich der Bahn und der Post Ende 1998 bzw. Ende 1999 ausgelaufen sind, spielten Vorruhestandsregelungen im Jahr 2000 eine geringere Rolle als in den Jahren zuvor. Im Bereich der Post gab es allerdings noch eine ganze Reihe von Fällen, die unter die ausgelaufene Regelung fielen.

Insgesamt wurden im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes 65 300 Pensionäre und Pensionärinnen erfasst, die im Jahr 2000 erstmals ein Ruhegehalt erhielten. Im Vergleich zum Vorjahr sind 5 800 Personen mehr in den Ruhestand getreten. Damit erreichte der Zugang zum beamtenrechtlichen Alterssicherungssystem einen neuen Höchststand. Von den Neupensionären standen 42 000 im Dienst der Gebietskörperschaften (8 400 oder 25,2% mehr als im Vorjahr). Hiervon entfielen 4 500 (+23,5%) auf den Bund, 33 100 (+26,3%) auf die Länder und 4 400 (+19,2%) auf die Gemeinden. Aus dem Bereich der früheren Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost kamen 23 300 (-2 600 oder -10,0%) der Neupensionäre.

Die Zugangsrate im beamtenrechtlichen Alterssicherungssystem betrug im Jahr 2000 bezogen auf den Durchschnittsbestand der Ruhegehaltsempfänger 7,5% (1999: 7,1%). Sie lag beim Bund mit 4,2% am niedrigsten, während die Länder (9,5%) und der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (8,1%) deutliche höhere Zugangsraten

7) Ohne Versorgungsempfänger/-innen nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

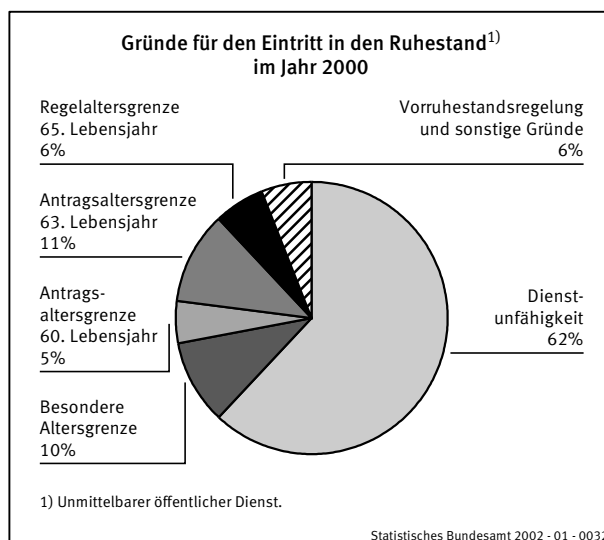
zu verkraften hatten. Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen die Gemeinden/Gv. mit 6,9% und das Bundeseisenbahnvermögen mit 4,8%. Die Zugangsraten lagen beim Bundeseisenbahnvermögen und dem Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation niedriger und bei Bund, Ländern und Gemeinden/Gv. höher als im Vorjahr.

Bei den Ländern führte vor allem die stark gestiegene Zahl der Pensionierungen im Schuldienst (+ 5 100 oder + 37,6%) zu den hohen Zugangszahlen. Mit 18 600 kamen im Jahr 2000 44,3% aller Neupensionäre der Gebietskörperschaften aus diesem Bereich. Im Vorjahr waren es noch 40,3% gewesen. Eine wichtige Ursache für die steigende Zahl der Pensionierungen aus dem Schuldienst ist die ungleichmäßige Altersstruktur der Beamten und Beamtinnen aus diesem Bereich, die die Folge des raschen Personalaufbaus Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre ist. Die damals eingestellten Jahrgänge erreichen inzwischen ein Alter, in dem es vermehrt zu Pensionierungen kommt. Festzustellen ist aber auch ein im Vergleich zu anderen Beamtengruppen überdurchschnittlich hoher Anteil von Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit. Im Gegensatz zum Schuldienst ist die Zahl derjenigen, die in den Ruhestand verabschiedet wurden, aus dem Vollzugsdienst der Länder gegenüber 1999 kaum gestiegen (+ 100 oder + 1,6%). Ihr Anteil an den Pensionierungen der Gebietskörperschaften betrug im Jahr 2000 14,4% (1999: 17,7%). Bei den früheren Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost fiel die Zahl der Neupensionäre vor allem wegen des Auslaufens der Vorruhestandsregelungen geringer aus als 1999.

Insgesamt sind 40 300 der Neupensionäre (61,7%) wegen Dienstunfähigkeit, 21 200 (32,5%) wegen Erreichens einer Altersgrenze, 3 200 (4,9%) wegen Inanspruchnahme einer Vorruhestandsregelung und etwa 500 (0,8%) aus sonstigen Gründen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind sowohl die Dienstunfähigkeitsfälle (+ 24,1%) als auch die Zuruhesetzungen wegen Erreichens einer Altersgrenze (+ 23,8%) deutlich gestiegen. Stark rückläufig waren hingegen die Vorruhestandsfälle. Die bei Inanspruchnahme der allgemeinen Antragsaltersgrenze fälligen Abschlüsse haben zur Folge, dass wieder mehr Beamte und Beamtinnen erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Im Jahr 2000 waren dies mit 4 200 31,0% mehr als 1999 und sogar 60,3% mehr als 1998. Drohende Versorgungsabschlüsse dürften auch dazu beitragen, dass sich in

Schaubild 2



den letzten beiden Jahren mehr potenziell Betroffene Dienstunfähigkeit attestieren ließen und somit noch abschlagsfrei in den Ruhestand gehen konnten. So haben insbesondere die Dienstunfähigkeitsfälle bei den über 60-Jährigen zugenommen. Die unterschiedlichen Regelungen für diejenigen, die die allgemeine Antragsaltersgrenze in Anspruch nehmen gegenüber denjenigen, die wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert werden, haben dazu geführt, dass im Fall von Dienstunfähigkeit im Alter von 63 oder 64 Jahren nicht die Antragsaltersgrenze in Anspruch genommen wird. Darüber hinaus dürften die ab dem Jahr 2001 auch bei Dienstunfähigkeit fälligen Abschlüsse zu einem gewissen Vorzieheffekt geführt haben. Zudem führte aber auch das Auslaufen der Vorruhestandsregelungen bei den Sondervermögen zu einem gewissen Anstieg des Anteils der Zuruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit.

Große Unterschiede beim Ruhestandseintritt sind zwischen den verschiedenen Aufgabenbereichen festzustellen. So ist Dienstunfähigkeit bei Beamten und Beamtinnen, für die eine besondere Altersgrenze gilt, und bei Berufssoldaten und -soldatinnen deutlich seltener Pensionierungsgrund als für andere Beamte und Beamtinnen. Von den Zuruhesetzungen aus dem Vollzugsdienst der Länder, für den eine Altersgrenze von 60 Jahren gilt, erfolgten nur 26,5% wegen Dienstunfähigkeit, 73,2% der Beamten und Beamtinnen gingen hingegen mit Erreichen der besonderen Alters-

Tabelle 3: Entwicklung der Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Dienstunfähigkeit	18 970	24 342	25 333	26 294	29 217	22 760	32 462	40 287
Besondere Altersgrenze	4 472	3 568	3 612	4 004	4 244	4 995	5 479	6 554
Antragsaltersgrenze 60. Lebensjahr ...	1 281	1 398	1 430	1 502	1 707	1 950	2 410	2 976
Antragsaltersgrenze 63. Lebensjahr ...	8 916	8 696	6 602	7 265	8 857	7 253	6 046	7 484
Regelaltersgrenze 65. Lebensjahr	3 110	3 090	2 744	2 497	2 324	2 620	3 206	4 199
Vorruhestandsregelung	4 926	6 874	18 233	12 632	12 406	12 279	8 958	3 220
Sonstige Gründe	558	1 367	854	1 305	778	439	855	545
Insgesamt ...	42 233	49 335	58 808	55 499	59 533	52 296	59 416	65 265

Tabelle 4: Zugänge von Versorgungsempfängern/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter	Gebietskörperschaften									Bundes-eisen-bahn- vermögen	Post ²⁾	Insgesamt	
	zu- sammen	Bund			Länder				Gemein- den/Gv. ¹⁾				
		zu- sammen	Beamte/ Beamtin- nen, Richter/ -innen	Berufs- soldaten/ -soldat- innen	zu- sammen	Schul- dienst	Vollzugs- dienst	übrige Bereiche					
2000												1999	
Ruhegehalt													
Dienstunfähigkeit im Alter von ... bis unter ... Jahren	20 569	1 170	1 104	66	16 760	11 932	1 603	3 225	2 639	6 640	13 078	40 287	32 462
unter 45	975	85	81	4	712	111	203	398	178	172	2 488	3 635	3 796
45 – 50	1 345	103	87	16	1 057	582	182	293	185	442	2 865	4 652	4 118
50 – 55	3 578	231	195	36	2 834	1 874	429	531	513	2 342	5 231	11 151	8 896
55 – 60	8 027	422	413	9	6 628	4 804	751	1 073	977	2 636	2 039	12 702	9 635
60 und älter	6 644	329	328	1	5 529	4 561	38	930	786	1 048	455	8 147	6 017
Erreichen einer Alters- grenze	20 896	3 288	1 715	1 573	16 154	6 652	4 427	5 075	1 454	178	139	21 213	17 141
Besondere Altersgrenze	6 554	1 810	237	1 573	4 427	–	4 427	–	317	–	–	6 554	5 479
Antragsaltersgrenze 60. Lebensjahr ...	2 924	320	320	–	2 270	1 317	–	953	334	20	32	2 976	2 410
Antragsaltersgrenze 63. Lebensjahr ...	7 421	648	648	–	6 227	4 156	–	2 071	546	18	45	7 484	6 046
Regelaltersgrenze 65. Lebensjahr ...	3 997	510	510	–	3 230	1 179	–	2 051	257	140	62	4 199	3 206
Vorruhestands- regelung	5	–	–	–	1	–	–	1	4	180	3 035	3 220	8 958
Sonstige Gründe	526	3	3	–	193	16	17	160	330	–	19	545	855
Zusammen ...	41 996	4 461	2 822	1 639	33 108	18 600	6 047	8 461	4 427	6 998	16 271	65 265	59 416
Witwen-/Witwergeld													
Tod eines aktiven Beamten/einer aktiven Beamtin	1 703	169	109	60	1 393	531	342	520	141	23	114	1 840	1 787
Tod eines Ruhegehalts- empfängers/einer Ruhegehalts- empfängerin	9 564	2 181	1 049	1 132	5 942	2 137	1 587	2 218	1 441	3 511	2 747	15 822	15 621
Sonstige Gründe	30	2	2	–	12	1	1	10	16	338	1	369	1 248
Zusammen ...	11 297	2 352	1 160	1 192	7 347	2 669	1 930	2 748	1 598	3 872	2 862	18 031	18 656

1) Einschl. kommunaler Zweckverbände. – 2) Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG.

grenze in den Ruhestand. Bei Berufssoldaten und -soldatinnen erreichten sogar 96,0% das vorgesehene Ruhestandsalter, das in vielen Fällen allerdings bereits mit 53 Jahren erreicht ist.

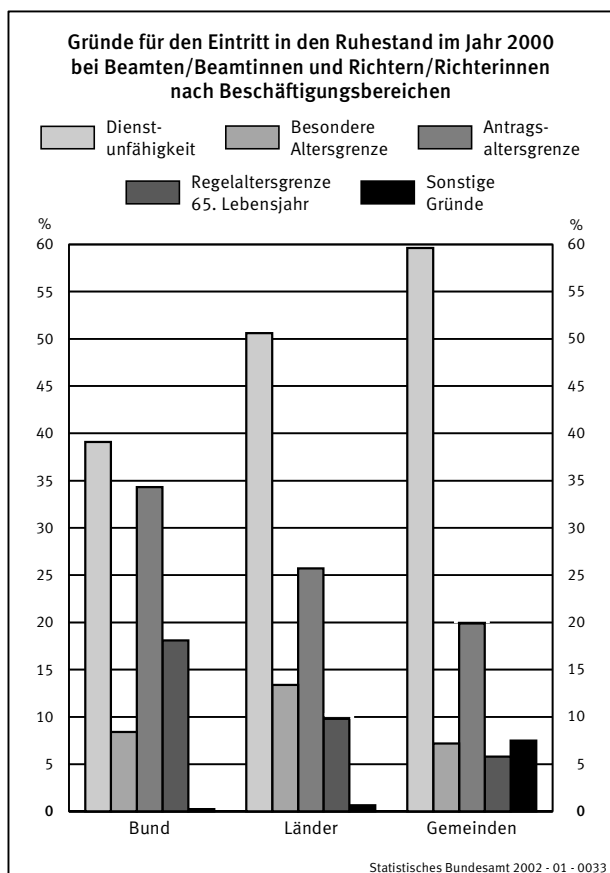
Von den Neupensionären der ehemaligen Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost erreichten im Jahr 2000 nur ganz wenige Beamte und Beamtinnen eine Altersgrenze (Bahn: 2,5%, Post: 0,9%). Der Eintritt in den Ruhestand erfolgt in der Regel aufgrund von Dienstunfähigkeit (Bahn: 94,9%, Post: 80,4%). Bei den Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost wurden noch 18,8% der Beamten und Beamtinnen aufgrund der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung pensioniert. In beiden Bereichen kommt zum Tragen, dass ein großer Teil der Beamten und Beamtinnen, die 2000 eine Altersgrenze erreicht hätten, bereits aufgrund der Vorruhestandsregelungen in den Jahren zuvor pensioniert worden sind.

Aber auch zwischen Beamten und Beamtinnen, für die weder eine besondere Altersgrenze gilt noch eine Vorruhestandsregelung nachwirkt, gibt es Unterschiede. So war im

Zuständigkeitsbereich der Länder der Anteil der Zurruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit im Schuldienst mit 64,2% wesentlich höher als der aus anderen Aufgabenbereichen ohne besondere Altersgrenze (38,1%). Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die hohe berufliche Gesundheitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer.

Das durchschnittliche Zugangsalter ist im Jahr 2000 für Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen leicht gestiegen und liegt nunmehr bei 57 Jahren (1999: 56 Jahre). Dies lag in erster Linie daran, dass weniger Neupensionäre aus dem Bereich der ehemaligen Sondervermögen kamen. Dort lag das Durchschnittsalter bei Pensionierung mit nur 51 Jahren bei der Post und 55 Jahren bei der Bahn erheblich niedriger als bei den Gebietskörperschaften (59 Jahre). Auch im Bereich der Gebietskörperschaften differiert das Durchschnittsalter zwischen verschiedenen Personengruppen erheblich. So waren die neu pensionierten Berufssoldaten und -soldatinnen aufgrund der niedrigeren Altersgrenzen durchschnittlich nur 54 Jahre alt, Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen des Bundes erreichten im Schnitt ein Pensionierungsalter

Schaubild 3



von 60 Jahren, die der Länder von 59 Jahren und die der Gemeinden/Gv. von 58 Jahren. Trotz des hohen Anteils der Zuruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit im Schuldienst der Länder waren diese Beamtinnen und Beamten mit im Durchschnitt 59 Jahren nicht viel jünger als ihre Kolleginnen und Kollegen ohne besondere Altersgrenzen aus anderen Bereichen der Landesverwaltung (60 Jahre). Die Vollzugsbeamtinnen und -beamten der Länder traten trotz ihrer niedrigeren Altersgrenze mit im Durchschnitt 58 Jahren nicht wesentlich früher in den Ruhestand.

Versorgungsabgänge

Neben den Zugängen zum Versorgungssystem sind als weiterer Faktor für die Bestandsentwicklung die Abgänge aus dem Versorgungssystem von Bedeutung. Im Jahr 2000 sind 27 700 Ruhegehaltsempfänger und -empfängerinnen sowie 22 400 Witwen und Witwer im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes überwiegend durch Tod aus dem Versorgungssystem ausgeschieden. Bei den verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und -empfängerinnen war knapp die Hälfte 80 Jahre oder älter. Bezogen auf den Durchschnittsbestand betrug die Abgangsquote bei den Ruhegehaltsempfängern wie in den Vorjahren 3,2% und bei den Witwen und Witwern 5,7%. Die höhere Abgangsquote bei den Witwen und Witwern im Vergleich zu den Ruhegehaltsempfängern und -empfängerinnen ist auf das stärkere Gewicht (78,9% gegenüber 48,8%) der über 80-Jährigen bei den Witwen und Witwern zurückzuführen.

Aus den Abgängen bei den Ruhegehaltsempfängern und -empfängerinnen sowie den Zugängen von Witwen und Witwern aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers bzw. einer Ruhegehaltsempfängerin errechnet sich ein Anteil der Fälle mit Hinterbliebenenversorgung von 57% (1999: 58%).

3 Durchschnittliche Ruhegehaltsbezüge um 1,6% höher

Neben dem zahlenmäßigen Anstieg der Versorgungsempfänger/-innen war der Anstieg der durchschnittlichen Ruhegehälter für die Mehrausgaben des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems verantwortlich. Bei den in der Versorgungsempfängerstatistik nachgewiesenen Beträgen handelt es sich um den monatlichen Bruttobetrag für den Monat Januar 2001 vor Abzug der Lohnsteuer und ohne Berücksichtigung der Beiträge für die private Kranken- und Pflegeversicherung. Die beamten- und soldatenrechtlichen Versorgungsbezüge sind im Gegensatz zu den Renten Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit und unterliegen deshalb bei ihrer Auszahlung dem Lohnsteuerabzug.

Tabelle 5: Versorgungsabgänge im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bund	Länder	Gemeinden/Gv.1)	Bundeseisenbahnvermögen	Post2)	Insgesamt	
	2000					1999	
Ruhegehalt							
unter 60	225	790	144	451	439	2049	2120
60 – 70	529	1423	257	781	809	3799	3740
70 – 80	953	3061	761	1911	1630	8316	8201
80 – 90	1201	3957	884	2527	1361	9930	9524
90 und älter	319	1751	357	651	483	3561	3201
Zusammen ...	3227	10982	2403	6321	4722	27655	26786
Witwen-/Witwergeld							
unter 60	45	194	43	125	31	438	399
60 – 70	77	222	72	220	115	706	687
70 – 80	392	1185	332	1127	552	3588	3931
80 – 90	1030	3650	938	3346	1396	10360	10082
90 und älter	585	3020	862	1769	1086	7322	6823
Zusammen ...	2129	8271	2247	6587	3180	22414	21922

1) Einschl. kommunaler Zweckverbände. – 2) Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG.

Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttomonatsbezüge im Januar 2001 nach Art der Versorgung und Beschäftigungsbereichen
EUR

Beschäftigungsbereich	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
Gebietskörperschaften	2540	1400	330
Bund	2360	1350	320
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	2410	1340	320
Berufssoldaten/-soldatinnen ...	2310	1360	310
Länder	2600	1440	330
Schuldienst	2710	1640	340
Vollzugsdienst	2080	1100	260
Übrige Bereiche	2790	1490	370
Gemeinden ¹⁾	2470	1330	340
Bundeseisenbahnvermögen ²⁾	1680	880	300
Post ²⁾	1630	860	240
Unmittelbarer öffentlicher Dienst ...	2180	1190	320

1) Einschl. kommunaler Zweckverbände. – 2) Einschl. Kap. II G 131.

Der durchschnittliche monatliche Bruttobezug betrug bei den Ruhegehaltsempfängern im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht knapp 2 200 Euro; eine Witwe bzw. ein Witwer erhielt durchschnittlich rund 1 200 Euro und eine Waise 320 Euro. Die Durchschnittsbezüge der Ruhegehaltsempfänger haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,6%, die der Witwen und Witwer um 2,0% erhöht. Der Anstieg lag bei den Pensionären leicht unter der Anpassung der Versorgungsbezüge um 1,8% (2,0% abzüglich 0,2% Versorgungsrücklage). Der höhere Anstieg bei den Witwen und Witwern dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die verstorbenen Witwen/Witwer niedrigere Versorgungsbezüge hatten als die Neuzugänge.

Die durchschnittlichen Versorgungsbezüge differieren zwischen den einzelnen Beschäftigungs- und Aufgabenbereichen bedingt durch die unterschiedliche Qualifikationsstruktur der ehemaligen Beamtinnen und Beamten erheblich. Die niedrigsten Ruhegehälter wurden mit durchschnittlich 1 600 Euro ehemaligen Beamten und Beamtinnen der Post und des Bundeseisenbahnvermögens (1 700 Euro) bezahlt, ehemalige Beamte und Beamtinnen sowie Richter und Richterinnen der Länder erhielten dagegen durchschnittlich 2 600 Euro.

Durchschnittliche Ruhegehaltssätze gesunken

Der Berechnung der Versorgungsbezüge liegen die ruhegehaltfähige Dienstzeit und die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zugrunde. Bis die Neuregelungen des Versorgungsreformänderungsgesetzes 2001 wirksam werden, beträgt das Ruhegehalt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,875%, insgesamt jedoch höchstens 75% der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Der Höchstruhegehaltssatz wird damit nach 40 ruhegehaltfähigen Dienstjahren erreicht. Diese Regelung gilt seit 1992 und ersetzte die bis dahin geltende degressive Ruhegehaltsskala, nach der der Höchstsatz

von 75% bereits nach 35 Dienstjahren erreicht wurde. Für die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamtinnen und Beamten gelten befristete Übergangsregelungen. Die Bezüge der derzeitigen Versorgungsempfänger/-innen errechnen sich daher überwiegend noch nach der bis 1991 gültigen Ruhegehaltsskala und damit verbundenen Übergangsregelungen. Der hinterbliebene Ehegatte erhält bisher als Witwen- bzw. Witwergeld 60% des Ruhegehalts des bzw. der Verstorbenen. Das Waisengeld beträgt für die Halbweisen 12%, für die Vollweisen 20% und für die Unfallweisen 30% des Ruhegehaltes.

Bei den Neupensionären ist ein deutlicher Rückgang der durchschnittlichen Ruhegehaltssätze zu beobachten. Diese Entwicklung wirkte sich auch auf den Gesamtbestand aus. Die zum Erhebungsstichtag 1. Januar 2001 erfassten Ruhegehaltsempfänger/-innen erreichten im Durchschnitt einen Ruhegehaltssatz von 71,8%. Ein Jahr zuvor waren es noch 72,0% gewesen. Die höchsten Ruhegehaltssätze erreichten die Berufssoldaten und -soldatinnen mit durchschnittlich 73,7%, ehemalige Beamte und Beamtinnen der Post kamen nur auf 70,6%.

Anteil der Ruhegehaltsempfänger in höheren Laufbahngruppen gestiegen

Die Gliederung nach Besoldungsgruppen und die Zusammenfassung zu Laufbahngruppen gibt sowohl Aufschluss über die Berechnungsgrundlage der Versorgungsbezüge als auch über die berufliche Qualifikation der Versorgungsurheber in ihrer aktiven Dienstzeit. Nach dem Ergebnis der Versorgungsempfängerstatistik 2001 gehörte von den 885 000 Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen des unmittelbaren öffentlichen Dienstes in ihrer aktiven Dienstzeit ziemlich genau die Hälfte dem höheren bzw. dem gehobenen (443 000) und die andere Hälfte dem mittleren bzw. dem einfachen Dienst (442 000) an. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Bestand der Pensionäre des höheren Dienstes um 12 400 oder 8,9%, des gehobenen um knapp 14 700 (+ 5,3%), des mittleren um 8 000 (+ 2,4%) und des einfachen Dienstes um 2 100 (+ 2,0%). Entsprechend dem Trend der Vorjahre ist der Anteil der Pensionäre des höheren und gehobenen Dienstes weiter gestiegen. Der Zuwachs der Zahl der Ruhegehaltsempfänger/-innen in diesen beiden Laufbahngruppen geht überwiegend auf Pensionierungen im Landesdienst zurück.

Die Laufbahnstruktur der Versorgungsempfänger/-innen wich in den einzelnen Beschäftigungsbereichen aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellung des aktiven Personals zum Teil erheblich vom Durchschnitt ab. Bei den Ländern und Gemeinden/Gv. lagen die Anteile der Ruhegehaltsempfänger/-innen, deren Versorgungsbezüge nach einer Besoldungsgruppe des höheren oder gehobenen Dienstes berechnet werden, mit 81 bzw. 72% deutlich über dem Durchschnitt. Beim Bund sind in den oberen Laufbahngruppen geringfügig mehr Pensionäre/Pensionärinnen als in den unteren vertreten. Bei den ehemaligen Sondervermögen Bahn und Post dominieren dagegen mit Anteilen von 87

bzw. 86% die Besoldungsgruppen des mittleren und einfachen Dienstes.

Bei den Beziehern von Witwen-/Witwergeld liegt der Anteil der Besoldungsgruppen des höheren und des gehobenen Dienstes (43%) unter den bei den Ruhehaltsempfängern/-empfängerinnen festgestellten Werten. Der Unterschied zur Laufbahnstruktur der Ruhehaltsempfänger/-innen ist darauf zurückzuführen, dass bei den Witwen und Witwern die aktive Dienstzeit des Versorgungsurhebers länger zurückliegt und somit die Laufbahnstruktur des aktiven Personals früherer Zeiten widergespiegelt wird. [\[1\]](#)

Dipl.-Kaufmann Josef E. Lambertz

Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung

Durch die Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik wurde das Erhebungsprogramm der jährlichen und mehrjährigen Erhebungen im Handel EU-einheitlich festgelegt. Ab dem Berichtsjahr 1999 wird diese Verordnung auch im Rahmen der deutschen Handelsstatistik angewendet. Sie führt zu einer Ausweitung des Erhebungsbereichs und zu neuen Erhebungsmerkmalen und regionalen Aufgliederungen. Dadurch wurde auch eine vollständige Neufassung der Veröffentlichungen erforderlich. Der vorliegende Aufsatz gibt einen Überblick über alle Neuerungen in den Jahreserhebungen im Handel ab dem Berichtsjahr 1999.

Vorbemerkung

Durch die Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik¹⁾, im Folgenden StrukturVO genannt, wurde für die Europäische Union einheitlich festgelegt, dass jährliche und mehrjährige Statistiken für die Abschnitte C bis K der NACE, Rev. 1²⁾ bereitzustellen sind. Die StrukturVO regelt,

- für welche Merkmale,
- in welcher wirtschaftsfachlichen Gliederung,
- in welchen Periodizitäten,

- gegebenenfalls in welcher regionalen Gliederung sowie
- zu welchen Terminen

Ergebnisse an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu übermitteln sind. Die Verordnung regelt dagegen nicht, wie die Mitgliedstaaten die Ergebnisse ermitteln sollen (z. B. aus Primärerhebungen oder unter Verwendung von anderen administrativen Quellen, als Stichprobe oder Totalerhebung usw.). Die StrukturVO wird ergänzt durch drei weitere Verordnungen:

- Verordnung (EG) Nr. 2700/98 der Kommission vom 17. Dezember 1998 betreffend die Definitionen von Merkmalen der strukturellen Unternehmensstatistik³⁾,
- Verordnung (EG) Nr. 2701/98 der Kommission vom 17. Dezember 1998 betreffend die zu erstellenden Datenserien für die strukturelle Unternehmensstatistik⁴⁾, mit der eine Art Tabellenprogramm festgelegt wird,
- Verordnung (EG) Nr. 2702/98 der Kommission vom 17. Dezember 1998 betreffend das technische Format für die Übermittlung struktureller Unternehmensstatistiken⁵⁾, die die technischen Details der Datenübermittlung bestimmt.

Die Einzelheiten für den Bereich Handel (Abschnitt G der NACE, Rev. 1) finden sich im Anhang 3 der StrukturVO. Das

1) Amtsbl. der EG Nr. L 14, S. 1.

2) NACE ist die Abkürzung von «Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes» (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften).

3) Amtsbl. der EG Nr. L 344, S. 49.

4) Amtsbl. der EG Nr. L 344, S. 81.

5) Amtsbl. der EG Nr. L 344, S. 102.

erste Berichtsjahr, für das eine jährliche Erhebung im Handel gemäß der StrukturVO durchzuführen war, war das Jahr 1995 (Abschnitt 5 des Anhangs 3); allerdings wurde ein Übergangszeitraum von vier Jahren zugelassen (Abschnitt 10 des Anhangs 3). Diesen Übergangszeitraum hat Deutschland vollständig ausgenutzt, sodass das Berichtsjahr 1999 das erste war, für das die StrukturVO im Rahmen der Handelsstatistik durchgeführt wurde.

Der vorliegende Aufsatz dient vorwiegend dazu, potenzielle Nutzer der Ergebnisse der Strukturhebung im Handel darüber zu informieren, was erhoben und nachgewiesen wird, auf welchen Wirtschaftsbereich sich die Erhebung bezieht, in welcher Form die Ergebnisse vorliegen und wie sie bezogen werden können. Die Ergebnisdarstellung selbst ist in diesem Aufsatz nur zweitrangig.

Erhebungsbereich

Der Erhebungsbereich der Jahrerhebung im Handel umfasst nach der StrukturVO den gesamten Abschnitt G der NACE, Rev. 1 und ist damit weiter gefasst als bisher. Gegenüber dem Stand bis einschließlich Berichtsjahr 1998 sind folgende Wirtschaftsbereiche hinzugekommen:

- Handelsvermittlung von Kraftfahrzeugen (50.10.1, 50.30.1, 50.40.1),
- Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (50.2, 50.40.4),
- Handelsvermittlung (ohne Handelsvermittlung von Kraftfahrzeugen) (51.1),
- Reparatur von Gebrauchsgütern (52.7).

Erhebungsmerkmale

Folgende Merkmale sind nach der StrukturVO für den Bereich Handel jährlich nachzuweisen:

- Zahl der Unternehmen
- Zahl der örtlichen Einheiten
- Umsatz
- Produktionswert
- Bruttogewinnspanne bei Handelswaren
- Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
- Bruttobetriebsüberschuss
- Waren- und Dienstleistungskäufe insgesamt
- Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand (= Handelsware)
- Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen
- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen

- Personalaufwendungen
- Löhne und Gehälter
- Bruttoinvestitionen in Sachwerte
- Bruttoinvestitionen in Grundstücke
- Bruttoinvestitionen in bestehende Gebäude und Bauten
- Bruttoinvestitionen in Errichtung und Umbau von Gebäuden
- Bruttoinvestitionen in Maschinen und Einrichtungen
- Verkäufe von Sachanlagen
- Wert der über Finanzleasing erworbenen Sachwerte
- Zahl der Beschäftigten
- Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger
- Zahl der Teilzeitbeschäftigten
- Aufschlüsselung des Umsatzes nach Art der Tätigkeit:
 - Umsatz aus land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen sowie aus industriellen Tätigkeiten
 - Umsatz aus Handel
 - Umsatz aus Vermittlungsgeschäften
 - Umsatz aus Dienstleistungstätigkeiten

Einige dieser Merkmale brauchen nicht eigens erhoben zu werden, da sie als Summe anderer Merkmale errechnet werden können (so sind z. B. die „Bruttoinvestitionen in Sachwerte“ gleich der Summe der einzelnen Investitionsarten). Andere Merkmale werden nicht unmittelbar bei den Unternehmen erfragt (Produktionswert, Bruttogewinnspanne bei Handelswaren, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, Bruttobetriebsüberschuss), da diese Werte nicht Bestandteil der Buchführung sind; für diese (zusammengesetzten) Merkmale müssen die (Teil-)Merkmale erhoben werden, aus denen sie wie folgt zu errechnen sind:

- $$\begin{aligned} \text{Produktionswert} &= \text{Umsatz} \\ &+ \text{Sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ &+ \text{Bestand an Handelsware am Ende des Geschäftsjahres} \\ &- \text{Bestand an Handelsware am Anfang des Geschäftsjahres} \\ &+ \text{Bestand an selbst hergestellten oder bearbeiteten Halb- und Fertigerzeugnissen am Ende des Geschäftsjahres} \\ &- \text{Bestand an selbst hergestellten oder bearbeiteten Halb- und Fertigerzeugnissen am Anfang des Geschäftsjahres} \\ &- \text{Bezüge von Handelsware} \end{aligned}$$

Bruttogewinnspanne

bei Handelswaren = Umsatz aus Handel

- Bezüge von Handelsware
- + Bestand an Handelsware am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an Handelsware am Anfang des Geschäftsjahres

Bruttowertschöpfung

zu Faktorkosten = Umsatz

- + Sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
- Bezüge von Handelsware
- Bezüge von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen
- + Bestand an Handelsware am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an Handelsware am Anfang des Geschäftsjahres
- + Bestand an selbst hergestellten oder bearbeiteten Halb- und Fertigerzeugnissen am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an selbst hergestellten oder bearbeiteten Halb- und Fertigerzeugnissen am Anfang des Geschäftsjahres
- + Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen am Anfang des Geschäftsjahres
- Mieten und Pachten (einschließlich Kosten für mit Operating-Leasing beschaffte Sachanlagen)
- Betriebliche Steuern und Abgaben
- Bezogene Leistungen und andere betriebliche Aufwendungen
- + Subventionen

Bruttobetriebsüberschuss

- = Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
- Löhne und Gehälter
- Sozialabgaben

Die Berechnungsweise ergibt sich dabei aus der oben genannten EU-Verordnung betreffend die Definitionen von Merkmalen der strukturellen Unternehmensstatistik.

Um diese betriebs- und volkswirtschaftlichen Größen berechnen zu können, ist es notwendig, alle einzelnen zugrunde liegenden Merkmale zu erheben, insbesondere die Bestände am Anfang und Ende des Geschäftsjahres; dadurch wird die Liste der von den Unternehmen effektiv zu meldenden Werte deutlich länger als die Liste der in der StrukturVO angegebenen Merkmale.

Neben den jährlich zu erhebenden Merkmalen sieht die StrukturVO auch Merkmale vor, für die nur in fünfjährigem Abstand Ergebnisse geliefert werden müssen (Anhang 3, Abschnitt 4, Teil 4). Das Berichtsjahr 1999 war von diesen Regelungen jedoch noch nicht betroffen.

Außerdem sind einige Merkmale jährlich regional aufzugliedern (Anhang 3, Abschnitt 4, Teil 5): Löhne und Gehälter sowie die Zahl der Beschäftigten. Die regionale Gliederung hat nach der Ebene II der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) zu erfolgen. Das sind für Deutschland die Regierungsbezirke. Die regionale Aufteilung wurde nicht im Rahmen der Jahreserhebung im Handel bei den Unternehmen erfragt. Sie wird vielmehr anhand von Angaben der Bundesanstalt für Arbeit über die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geschätzt.

Für das Berichtsjahr 1999 – für das Berichtsjahr 2000 wird es ebenfalls so sein – war neben der StrukturVO das Handelsstatistikgesetz⁶⁾ von 1979 weiterhin gültig. Die meisten Merkmale der StrukturVO und des HdStatG sind deckungsgleich, jedoch gibt es einige Merkmale, die das HdStatG vorsieht, die StrukturVO dagegen nicht. Das sind:

- Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten (ist teilweise auch durch die StrukturVO abgedeckt),
- Umsatz nach Absatzformen,
- Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren sowie
- Umsatz nach Warengruppen.

Ein besonderes Problem ergab sich daraus, dass diese Merkmale nur für den Bereich zu erheben sind, auf den sich das HdStatG bisher schon bezog, aber nicht für die oben genannten durch die StrukturVO neu hinzugekommenen Wirtschaftsbereiche. Das hatte zur Folge, dass nicht von allen Unternehmen Angaben zu den vorgenannten Merkmalen zu machen waren.

6) Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

Großer Umstellungsaufwand in der Praxis der Erhebung

Die Anwendung der StrukturVO erforderte eine völlige Umgestaltung der Jahreserhebung im Handel. Es galt, neue Erhebungsvordrucke, eine komplett neue Spezifikation der Plausibilitätskontrolle und ein neues Tabellenprogramm zu konzipieren, zu programmieren, zu testen und umzusetzen. Für die Aufbereitung wurde – erstmals – ein Dialogverfahren angewendet. Für die neu hinzugekommenen Bereiche Handelsvermittlung und Reparatur musste eine Stichprobe aus dem Unternehmensregister gezogen und der Berichtsfirmenkreis erst aufgebaut werden. Die Veröffentlichung war neu zu gestalten: Es gibt jetzt nur noch *eine* Veröffentlichung, in der der gesamte Handel dargestellt wird; die herkömmliche Trennung nach Großhandel und Einzelhandel ist entfallen. Die Übermittlung der Daten an Eurostat war neu zu regeln, das Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes zu überarbeiten. Von den meisten Neuerungen waren natürlich auch die Statistischen Ämter der Länder betroffen, da sie – es handelt sich zu einem wesentlichen Teil um eine dezentrale Erhebung – für die Durchführung der Erhebung in den Abteilungen 50 (Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen) und 52 (Einzelhandel ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen; Reparatur von Gebrauchsgütern) zuständig sind. Nicht alle Neuerungen konnten reibungslos umgesetzt werden. Insbesondere der Aufbau des Berichtsfirmenkreises für die Bereiche Handelsvermittlung und Reparatur erwies sich als sehr mühsam. Es kam zu Verzögerungen, so dass die Ergebnisse der Jahreserhebung für das Berichtsjahr 1999 erst später als erwartet erscheinen konnten.

Veröffentlichungstabellen

Die Veröffentlichungstabellen sind in zwei große Gruppen aufgeteilt: In den Tabellen der Gruppe 1 (Tabellen 1.1 bis 1.8) werden nachgewiesen:

- absolute Zahlen der einzelnen Merkmale (Umsatz, Beschäftigte, Materialbestände, Investitionen usw.),
- daraus errechnete „zusammengesetzte“ Merkmale (Produktionswert, Bruttowertschöpfung usw.),
- aus den absoluten Zahlen errechnete betriebswirtschaftliche Kennzahlen (Umsatz je Beschäftigten, Rohertrag usw.).

In der Gruppe 2 (Tabellen 2.1 und 2.2) wird der Umsatz in der Unterteilung nach Produkten nachgewiesen.

Bei der Tabellengestaltung wurde auf nutzerfreundliche Übersichtlichkeit geachtet und darauf, dass in einer Tabelle zusammengehörige Daten enthalten sind. Da jede Tabelle für sich verständlich sein soll, wiederholen sich gewisse Angaben in mehreren Tabellen (z. B. der Umsatz). Im Einzel-

nen werden den Nutzern der Jahreserhebung im Handel folgende Tabellen angeboten⁷⁾:

- Tabelle 1.1 ist die „Grundtabelle“, in der die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst sind (Umsatz, Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten, Warenbestände und Wareneinsatz usw.), und zwar in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen.
- In Tabelle 1.2 ist der Umsatz nach Tätigkeitsbereichen aufgeschlüsselt; aus ihr lässt sich somit für die einzelnen Wirtschaftszweige entnehmen, aus welchen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Umsatz erzielt wurde.
- In Tabelle 1.3 wird der Umsatz aus Einzelhandel in der Gliederung nach Absatzformen dargestellt.
- In Tabelle 1.4 wird der Umsatz aus Großhandel nach Absatzformen dargestellt; bei dieser Tabelle ist zu beachten, dass sich die einzelnen Großhandels-Absatzformen überschneiden und die Ergebnisse somit nicht additionsfähig sind (die Summe ergibt nicht 100%).
- Tabelle 1.5 enthält die Daten zu den Aufwendungen⁸⁾ und Investitionen in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen.
- In Tabelle 1.6 werden die oben näher beschriebenen betriebs- und volkswirtschaftlichen Kennzahlen ausgewiesen, und zwar jeweils als absoluter Wert und als prozentualer Anteil am Umsatz und in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen.
- Tabelle 1.7 enthält ausgewählte Merkmale in der Gliederung nach Umsatzgrößenklassen.
- Tabelle 1.8 enthält dieselben Merkmale wie Tabelle 1.7, jedoch in der Gliederung nach Beschäftigtengrößenklassen.
- In Tabelle 2.1 wird der Umsatz nach Warenarten und Wirtschaftszweigen nachgewiesen, wobei nach 68 Warenarten differenziert wird.
- Tabelle 2.2 entspricht der Tabelle 2.1, jedoch in umgekehrter Reihenfolge der Gliederungsmerkmale: Umsatz nach Wirtschaftszweigen und Warenarten.

Bezugsquellen für die Ergebnisse

Die Ergebnisse der Jahreserhebung im Handel, Berichtsjahr 1999, werden nicht in gedruckter Form angeboten. Im Internet sind die Ergebnisse *im Überblick* frei verfügbar (www.destatis.de). *Detailergebnisse* der Jahreserhebung im Handel werden vom Statistischen Bundesamt ebenfalls im Internet im Statistik-Shop angeboten; sie kosten jedoch eine Gebühr und der Nutzer muss dazu vorab ein Passwort erhalten haben.

⁷⁾ Der Aufbau der Tabellen im Einzelnen ist dem Anhang zu diesem Beitrag auf S. 53 ff. zu entnehmen.

⁸⁾ Es handelt sich nicht um Aufwendungen im Sinne der Gewinn- und Verlustrechnung. Insbesondere werden im Rahmen der Jahreserhebung im Handel keine Abschreibungen erfasst.

Falls weitere Fragen zur Jahrerhebung im Handel bestehen, können nähere Informationen über das Statistische Bundesamt unter

Telefon: (0611)75 31 28 oder (0611)75 28 62,
Telefax: (0611)75 38 62

eingeholt werden.

Ein kurzer Überblick über die Ergebnisse

Die Ergebnisse der Jahrerhebung im Handel, Berichtsjahr 1999, sind – soweit es sich um Wertgrößen handelt – noch in DM nachgewiesen.

Für den gesamten Handelsbereich (= Abschnitt G der NACE, Rev. 1) wurde im Rahmen der Jahrerhebung 1999 ein Umsatz ohne Mehrwertsteuer in Höhe von knapp 2 Billionen DM bzw. gut 1 Billion Euro (1 995 Mrd. DM, d. h. rund 1 020 Mrd. Euro) ermittelt. Die Zahl der Beschäftigten belief sich auf 4,437 Mill. Personen; daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Umsatz je Beschäftigten von 450 000 DM (rd. 230 000 Euro). Es wurden – hochgerechnet – rund 472 000 Handelsunternehmen mit 579 000 Arbeitsstätten gezählt. Je Unternehmen wurden 1999 durchschnittlich 4,229 Mill. DM (etwa 2,162 Mill. Euro) umgesetzt. Vom Handel wurden im Jahr 1999 insgesamt 27 Mrd. DM (knapp 14 Mrd. Euro) investiert; das entspricht 14 DM je 1 000 DM Umsatz (oder 14 Euro je 1 000 Euro Umsatz). Die Rohertragsquote⁹⁾ betrug im Durchschnitt über alle Handelsbranchen 25,2%. Der Bruttobetriebsüberschuss – der dem betriebswirtschaftlichen „Gewinn“ (jedoch ohne Berücksichtigung von Abschreibungen) relativ nahe kommt – belief sich auf 162 Mrd. DM (rd. 83 Mrd. Euro); bezogen auf den Umsatz ergab das einen Wert von 8,1%. In einzelnen Branchen, Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen ergaben sich erwartungsgemäß stark vom Gesamtergebnis abweichende betriebswirtschaftliche Kennzahlen. Bezüglich der Einzelheiten sei jedoch auf die oben genannte Veröffentlichung verwiesen.

Ausblick auf die kommenden Jahrerhebungen im Handel

Die Jahrerhebung im Handel, Berichtsjahr 2000, wird dieselben Merkmale und dasselbe Tabellenprogramm umfassen wie die Jahrerhebung für das Berichtsjahr 1999; allerdings werden die Wertgrößen dann natürlich in Euro nachgewiesen. Einzige Neuerung wird sein, dass von den Unternehmen der Anteil des E-Commerce am Umsatz erfragt

wird. Damit kommt das Statistische Bundesamt einem vielfach geäußerten Nutzerwunsch nach. Erst ab dem Berichtsjahr 2001 ist wieder mit größeren Änderungen zu rechnen, da dann die novellierte Fassung des Handelsstatistikgesetzes¹⁰⁾ zum Tragen kommt. Es sieht die Erhebung einiger von nationalen Nutzern zusätzlich geforderten Merkmalen vor (z. B. die Unterscheidung der Beschäftigten nach der Stellung im Beruf und nach Geschlecht), die in der StrukturVO nicht vorgesehen sind, und es berücksichtigt insbesondere Länderwünsche nach regionalisierten Daten, die über die regionalisierten Merkmale der StrukturVO hinausgehen. Das novellierte HdStatG beseitigt auch das oben beschriebene Problem, dass bestimmte Merkmale nicht für den gesamten Erhebungsbereich zu erfassen und nachzuweisen sind. [uu](#)

9) Rohertrag = Umsatz

- Bezüge von Handelsware
- Bezüge von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen
- + Bestand an Handelsware am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an Handelsware am Anfang des Geschäftsjahres
- + Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen am Anfang des Geschäftsjahres
- + Bestand an selbst hergestellten oder bearbeiteten Halb- und Fertigerzeugnissen am Ende des Geschäftsjahres
- Bestand an selbst hergestellten oder bearbeiteten Halb- und Fertigerzeugnissen am Anfang des Geschäftsjahres

Die Rohertragsquote ist der Rohertrag, bezogen auf den Umsatz.

10) Gesetz zur Neuordnung der Statistik im Handel und Gastgewerbe vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3438).

Tabelle 1.1: Unternehmen und örtliche Einheiten, Beschäftigte, Umsatz, sonstige betriebliche Erträge, Warenbestände, Wareneinsatz, Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Beschäftigte am 30.09.1999			Umsatz			Sonstige betriebliche Erträge
				insgesamt	darunter:		insgesamt	je		
					Lohn- und Gehaltsempfänger	Teilzeitbeschäftigte		Unternehmen	Beschäftigten	
Anzahl am 31.12.1999		Anzahl			Mill. DM	1 000 DM		Mill. DM		

noch Tabelle 1.1: Unternehmen und örtliche Einheiten, Beschäftigte, Umsatz, sonstige betriebliche Erträge, Warenbestände, Wareneinsatz, Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren nach Wirtschaftszweigen

Subventionen	Bestand an Handelsware		Wareneinsatz			Gesamtwert der gegen Provision vermitt. Waren	Wirtschaftszweig	Nr. der Klassifikation
	am Anfang des Jahres	am Ende des Jahres	insgesamt	davon				
				Handelswaren	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
Mill. DM								

Tabelle 1.2: Umsatz nach Tätigkeitsbereichen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Umsatz					
		insgesamt	davon aus ...				
			Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung	Großhandel	Einzelhandel	Sonstige Dienstleistungen
Mill. DM		%					

Tabelle 1.3: Umsatz aus Einzelhandel nach Absatzformen und Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Umsatz aus Einzelhandel			
		insgesamt	davon aus ...		
			Einzelhandel in Verkaufsräumen	Versandhandel	Einzelhandel an Verkaufsständen u.a. Märkten
Mill. DM		%			

Tabelle 1.4: Umsatz aus Großhandel nach Absatzformen und Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Umsatz aus Großhandel			
		insgesamt	darunter aus ...		
			Streckengeschäft	Verkäufen an Abnehmer in der EU	Verkäufen an Abnehmer nicht in der EU
Mill. DM		%			

Tabelle 1.5: Aufwendungen, Bruttoinvestitionen, Verkäufe von Sachanlagen, Wert der über Finanzleasing erworbenen Sachanlagen nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Aufwendungen						
		insgesamt	davon:					
			Bezüge von Handelswaren	Bezüge von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	Löhne und Gehälter	Sozialabgaben	Mieten und Pachten	Betriebliche Steuern und Abgaben
Mill. DM								

noch Tabelle 1.5: Aufwendungen, Bruttoinvestitionen, Verkäufe von Sachanlagen, Wert der über Finanzleasing erworbenen Sachanlagen nach Wirtschaftszweigen

Bruttoinvestitionen							Verkäufe von Sachanlagen	Wert der über Finanzleasing erw. Sachanlagen	Wirtschaftszweig	Nr. der Klassifikation	
insgesamt	davon:				je Beschäftigten	je 1 000 DM Umsatz					
	in Grundstücke	in bestehende Gebäude	in Errichtung, Umbau von Gebäuden	in Maschinen, Einrichtungen, Fahrz.							
Mill. DM							DM		Mill. DM		

Tabelle 1.6: Betriebs- und volkswirtschaftliche Kennzahlen im Handel nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Rohertrag		Produktionswert		Bruttogewinnspanne bei Handelswaren		Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten		Bruttobetriebsüberschuss	
		insgesamt	Anteil am Umsatz	insgesamt	Anteil am Umsatz	insgesamt	Anteil am Umsatz	insgesamt	Anteil am Umsatz	insgesamt	Anteil am Umsatz
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%

Tabelle 1.7: Unternehmen und örtliche Einheiten, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Aufwendungen, Bruttoinvestitionen, Verkäufe von Sachanlagen, Rohertragsquote, nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Beschäftigte am 30.09.1999		
				insgesamt	darunter:	
					Lohn- und Gehaltsempfänger	Teilzeitbeschäftigte
Anzahl am 31.12.1999				Anzahl		

noch Tabelle 1.7: Unternehmen und örtliche Einheiten, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Aufwendungen, Bruttoinvestitionen, Verkäufe von Sachanlagen, Rohertragsquote, nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen

Umsatz			Wareneinsatz	Aufwendungen	Bruttoinvestitionen	Verkäufe von Sachanlagen	Rohertragsquote	Wirtschaftszweig	Nr. der Klassifikation	
insgesamt	je									
		Unternehmen	Beschäftigten							
Mill. DM	1 000 DM		Mill. DM				%			

Tabelle 1.8: Unternehmen und örtliche Einheiten, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Aufwendungen, Bruttoinvestitionen, Verkäufe von Sachanlagen, Rohertragsquote, nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Nr. der Klassifikation	Wirtschaftszweig	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Beschäftigte am 30.09.1999		
				insgesamt	darunter:	
					Lohn- und Gehaltsempfänger	Teilzeitbeschäftigte
Anzahl am 31.12.1999				Anzahl		

noch Tabelle 1.8: Unternehmen und örtliche Einheiten, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Aufwendungen, Bruttoinvestitionen, Verkäufe von Sachanlagen, Rohertragsquote, nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Umsatz		Wareneinsatz	Aufwendungen	Bruttoinvestitionen	Verkäufe von Sachanlagen	Rohertragsquote	Wirtschaftszweig	Nr. der Klassifikation	
insgesamt	je								
	Unternehmen								Beschäftigten
Mill. DM	1 000 DM		Mill. DM			%			

Tabelle 2.1: Umsatz nach Warenarten und Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation Waren-code	Warenart	Umsatz	
	Wirtschaftszweig	1 000 DM	%

Tabelle 2.2: Umsatz nach Wirtschaftszweigen und Warenarten

Nr. der Klassifikation Waren-code	Wirtschaftszweig	Umsatz	
	Warenart	1 000 DM	%

Dipl.-Ing. Doris Hoepfner

Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Am 1. Januar 2002 ist erneut eine revidierte Fassung des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren¹⁾ (HS 2002) in Kraft getreten. Sie löst die Fassung aus dem Jahr 1996 ab. Das Harmonisierte System der Weltzollorganisation wird als Warenklassifikation seit 1988 weltweit angewendet²⁾ und dient dabei nicht allein zolltariflichen und außenhandelsstatistischen Zwecken, sondern ist gleichzeitig Definitionsnomenklatur für Güterverzeichnisse in den Produktionsstatistiken sowie Beschreibungsnomenklatur von Wirtschaftszweigklassifikationen³⁾. Im Jahr 1992 ist es geringfügig korrigiert und 1996 zum ersten Mal umfassender revidiert worden. Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten sind als Vertragsparteien des internationalen Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren⁴⁾ verpflichtet, bei der Ausfuhr und Einfuhr von Waren alle Positionen und Unterpositionen des Harmonisierten Systems sowie die dazugehörigen Codenummern in ihren zolltariflichen und statistischen Nomenklaturen zu verwenden, ohne etwas hinzuzufügen oder zu ändern. Die Allgemeinen Vorschriften für die Auslegung des Harmonisierten Systems (nicht Gegenstand der Revision) sowie alle Anmerkungen zu den Abschnitten, Kapiteln und Positionen sind ebenso unverändert zu übernehmen wie die Inhalte der Abschnitte,

Kapitel, Positionen oder Unterpositionen des Harmonisierten Systems.

Die Europäischen Gemeinschaften unterteilen das Harmonisierte System für ihre Zwecke in ihrer zolltariflichen und statistischen Nomenklatur (Kombinierte Nomenklatur) in der siebten und achten Stelle. Die Änderungen des Harmonisierten Systems durch die Revision 2002 mussten deshalb in der Kombinierten Nomenklatur (KN)⁵⁾ ab dem 1. Januar 2002 berücksichtigt werden. Die umfangreichen Arbeiten wurden im Sommer 2001 abgeschlossen. Die Ausgabe 2002 der Kombinierten Nomenklatur wurde im Oktober 2001 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Im vorliegenden Beitrag werden die Schwerpunkte der Revision des Harmonisierten Systems und ihre Auswirkungen auf die Kombinierte Nomenklatur und damit auch auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik beschrieben.

Vorbemerkung

Das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) trat 1988 in Kraft. Es ist Gegenstand eines internationalen Übereinkommens, das den internationalen Handel vereinfachen und die Erfassung, den Vergleich und

1) Harmonisiertes System, HS. Diese Warenklassifikation bestimmt die ersten sechs Stellen der Kombinierten Nomenklatur, des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

2) Siehe Lambertz, J.: „Neue Warennomenklaturen für die Außenhandelsstatistik ab 1988“ in WiSta 5/1987, S. 396 ff.

3) Siehe Polte, V.: „Die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ in WiSta 2/1994, S. 89 ff. sowie Stock, G.: „Das neue Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ in WiSta 3/1994, S. 181 ff.

4) Siehe Beschluss des Rates vom 7. April 1987 über den Abschluss des internationalen Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren sowie das dazugehörige Änderungsprotokoll (Amtsbl. der EG Nr. L 198 vom 20. Juli 1987, S. 1 ff.).

5) Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die Zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (Amtsbl. der EG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1 ff.), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2031/2001 der Kommission vom 6. August 2001 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (Amtsbl. der EG Nr. L 279 vom 23. Oktober 2001, S. 1).

die Analyse des Außenhandels erleichtern soll. Änderungen werden vom Ausschuss für das Harmonisierte System beim Weltzollrat vorgeschlagen und den Vertragsparteien der internationalen Übereinkunft zur Anwendung empfohlen. Sofern die Vertragsparteien keine Einwände geltend machen, sind die Warennomenklaturen für die Außenhandelsstatistiken innerhalb einer vorgegebenen Frist von zwei Jahren anzupassen. Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden im Ausschuss für das Harmonisierte System durch die Europäische Kommission mit nur einer Stimme unter den mehr als hundert Vertragsparteien vertreten. Bei der Vorbereitung der Stellungnahme der Europäischen Kommission vertritt das Bundesministerium der Finanzen die deutschen Interessen. Der Einfluss des Statistischen Bundesamtes auf die Entwicklung des Harmonisierten Systems ist entsprechend gering. Umso mehr Bedeutung kommt bei der Anpassung der Kombinierten Nomenklatur an das revidierte Harmonisierte System der Durchsetzung des angemessenen Bedarfs der Außenhandelsstatistik an einer ausreichend tiefen Gliederung des Warenverzeichnisses auf der Ebene der achtstelligen Warennummern zu.

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) dient der Gruppierung von Waren in tiefer Gliederung. Es entspricht in der Bundesrepublik Deutschland vollständig der Kombinierten Nomenklatur, die als zolltarifliche und statistische Nomenklatur von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einheitlich für zolltarifliche und außenhandelsstatistische Zwecke angewendet wird. Anders als im Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) gibt es im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik keine tiefere nationale Gliederung. Die Mitgliedstaaten dürfen zwar detailliertere statistische Daten über den Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten erheben. Für die Unternehmen besteht in diesen Fällen aber keine Auskunftspflicht. In der deutschen Außenhandelsstatistik wird davon kein Gebrauch gemacht. Wenn im Folgenden die Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik beschrieben werden, treffen diese Aussagen also gleichermaßen auch auf die Kombinierte Nomenklatur zu. Die Bezeichnung „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ wurde nach 1993, als mit Einführung der Intra-handelsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland die bis dahin verbindliche neunte Stelle im Warenverzeichnis wegfiel⁶⁾, lediglich beibehalten.

Die Änderungen im HS führen 2002 zu umfangreichen Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik. Nachstehend wird zunächst auf die Änderungen im HS eingegangen. Daran anschließend werden die Auswirkungen auf die Ausgabe 2002 des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik zusammenfassend beschrieben. Ausführliche Informationen über die Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik zum 1. Januar 2002 sind wie in den vergangenen Jahren im Internet⁷⁾ abrufbar. Bei der Anpassung der Kombinierten Nomenkla-

tur an das Harmonisierte System blieb die Tiefengliederung der Kombinierten Nomenklatur weitestgehend erhalten. Die bisherigen Warennummern wurden fast ausnahmslos „eingefächert“, sodass die aus der HS-Revision resultierenden Änderungen im Warenverzeichnis zu keinem Informationsverlust in der Außenhandelsstatistik führen.

Revisionen des Harmonisierten Systems finden in regelmäßigen Abständen von etwa fünf Jahren statt. Die nächste Revision ist für das Jahr 2007 vorgesehen.

1 Die Revision des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren

Das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung von Waren ist in 21 Abschnitte, 97 Kapitel (01 bis 97)⁸⁾, 1 224 Positionen und 5 224 Unterpositionen gegliedert. Wie 1996 bleibt auch bei der Revision 2002 die Struktur der Abschnitte und Kapitel weiterhin unverändert. Zur Anpassung an den technischen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung wurden lediglich bestehende Unterpositionen zusammengefasst, tiefer gegliedert oder neu definiert.⁹⁾ Die Änderungen zum 1. Januar 2002 gehen zum Teil auf Anforderungen bestimmter internationaler Organisationen hinsichtlich der Beobachtung des Welthandels mit sensiblen und gefährlichen Gütern zurück. Sie berücksichtigen insbesondere auch die wachsende grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen und die Entwicklung neuer Technologien. Zu den wichtigsten Änderungen gehören die explizite Darstellung von Tierarten, die vom Abkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten der Fauna und Flora (CITES) erfasst sind, von Fischarten, die von der Internationalen Kommission zum Erhalt des Atlantischen Thunfisches (ICCAT) beobachtet werden, von Drogen und psychotropischen Substanzen, die unter das Drogenabkommen von 1961 fallen, sowie bestimmter Kategorien von Abfällen, die vom Baseler Abkommen kontrolliert werden.

Insgesamt wurden in 50 Kapiteln Änderungen vorgenommen. Die Änderungen umfassen 400 Einzelfälle. Als Ergebnis aller Änderungen wächst die Zahl der HS-Unterpositionen (Sechsteller) um 111 auf 5 224. 172 HS-Unterpositionen behalten ihren Code und zum Teil auch die Warenbezeichnung bei, obwohl sie sich inhaltlich verändert haben. Diese inhaltlichen Änderungen sind in der Regel marginal. 227 HS-Unterpositionen verlieren ihre Gültigkeit. 338 neue HS-Unterpositionen kommen 2002 hinzu. Von diesen Änderungen sind 153 HS-Positionen (Viersteller) betroffen. Sechs HS-Positionen werden gestrichen:

- Natürlicher Kryolith und natürlicher Chiolith (HS-Position 2527) werden im HS nicht mehr gesondert nachgewiesen.

6) Siehe Hoepfner, D.: „Das deutsche Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ in WiSta 5/1994, S. 350 ff.

7) www.destatis.de/allg/d/klassif/wa.htm.

8) Das Kapitel 77 ist unbesetzt.

9) Die zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Änderungen des HS sind in den Dokumenten NC0173E1 (Gegenüberstellung der geänderten Unterpositionen) und NG0017B1 (Änderungen der Nomenklatur) der Weltzollorganisation dokumentiert. Die Dokumente sind in Englisch und Französisch unter der Adresse www.wcoomd.org/HSC/Hsliste.htm im Internet verfügbar.

- Die Waren der bisherigen HS-Positionen 4108 bis 4111 (Sämischleder, Lackleder, Schnitzel und andere Abfälle von Leder..., rekonstituiertes Leder...) werden neu gegliedert.
- Von Hand zu führende Elektrowerkzeuge (HS-Position 8508) werden künftig durch die HS-Position 8467 (andere von Hand zu führende motorgetriebene Werkzeuge) erfasst.

Demgegenüber werden neun HS-Positionen neu geschaffen:

- 3825 (mit 9 HS-Unterpositionen für Siedlungsabfälle, Klärschlamm, klinische Abfälle und dgl.),
- 4112 bis 4115 (Anpassung der Struktur im Lederkapitel an die industrielle Fertigung. Sie ersetzen die Unterpositionen 4108 bis 4111),
- 6003 bis 6006 (Angleichung der Untergliederung der Gewirke und Gestricke an die der Gewebe).

Die Zahl der HS-Positionen steigt damit von 1 241 auf 1 244.

Im Folgenden werden die Änderungen detaillierter beschrieben.

Im Kapitel 01 (Lebende Tiere) werden gefährdete Tiere wie Primaten, Wale, Reptilien in gesonderten HS-Unterpositionen erfasst. Das Fleisch dieser vom Abkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten der Fauna und Flora (CITES) erfassten Tiere wird im Kapitel 02 (Fleisch und genießbare Schlachtnebenzeugnisse) in der HS-Position 0208 ebenfalls weiter unterteilt. Cocablätter und Mohnstroh werden bei der HS-Position 1211 neu hinzugefügt. In diesem Zusammenhang wird eine neue Anmerkung 1f) über Mohnstrohkonzentrate in das Kapitel 13 aufgenommen.¹⁰⁾ Raps- und Rübsenöl wird in der HS-Position 1514 und der HS-Unterposition 2306 40 in an Erucasäure armes und in anderes Raps- und Rübsenöl unterschieden. Bei der HS-Position 2009 wird die Angabe der Dichte durch die Angabe des Brixwertes ersetzt.

Im Bereich metallhaltiger Aschen und Rückstände (HS-Position 2620) werden bestimmte toxische Schwermetalle wie Arsen, Quecksilber, Thallium, Cadmium u.a. gesondert herausgestellt. Die anschließende HS-Position 2621 wird um Verbrennungaschen von Siedlungsabfällen erweitert. Die HS-Position 2710 wird um polyhalogenierte Ölabfälle ergänzt. Im Kapitel 29 (organische chemische Erzeugnisse) werden bei einer Vielzahl von HS-Positionen zusätzliche konkrete INN-Waren¹¹⁾ eingefügt, die u. a. Suchtstoffe und deren Vorerzeugnisse beinhalten. Dadurch soll die Beobachtung und die Kontrolle des Handels mit Drogen und psychotropischen Substanzen erleichtert werden. Außerdem werden die Hormone der HS-Position 2937 umstrukturiert und einige neue Substanzen eingeführt. Der Begriff Hormone und der Ausdruck „überwiegend als Hormone genutzt“ wer-

den in einer neuen Anmerkung zum Kapitel 29 definiert. Im Kapitel 30 wird eine gesonderte HS-Unterposition für pharmazeutische Abfälle geschaffen. Hierunter sind pharmazeutische Erzeugnisse zu verstehen, die für den eigentlichen Verwendungszweck nicht mehr geeignet sind, zum Beispiel weil das Verfallsdatum überschritten ist. Im Zusammenhang mit der Schaffung einer neuen HS-Position (3825) für Siedlungsabfälle, Klärschlamm, klinische Abfälle usw. wird die Abgrenzung der unterschiedlichen Abfallarten ausführlich in mehreren Anmerkungen zu Kapitel 38 geregelt.

In der Struktur der HS-Positionen 4009 bis 4011 (Rohre und Schläuche, Treibriemen, Luftreifen aus Kautschuk) werden neue Technologien berücksichtigt. Auch im Kapitel 41 wird – speziell bei den HS-Positionen 4104 bis 4106 – durch gesonderte Unterteilungen in „Leder in nassem...“ sowie in „... getrocknetem Zustand“ neuen Technologien Rechnung getragen. Im Holzkapitel (44) wird der Inhalt der HS-Position 4408 um „dünne Blätter aus Holz, die durch Messern von Lagenholz gewonnen wurden“ aus der HS-Position 4412 ergänzt. Außerdem wird der Begriff „Tropische Hölzer“ um vier Holzarten erweitert. Das Kapitel 48 (Papier und Pappe) wird in großen Teilen umstrukturiert. Anmerkungen und Unterpositionsanmerkungen werden teilweise neu gefasst. Das führt mitunter zu geänderten Wortlauten der HS-Positionen, der HS-Unterpositionen und der Zwischenüberschriften oder auch einfach nur zu Änderungen des Inhalts der Warennummern, ohne dass dies durch den Wortlaut deutlich wird. Hinweise auf Besonderheiten der Herstellung und Zusammensetzung der Papiere und Pappen in den HS-Positionen und Zwischenüberschriften werden zum Teil geringfügig geändert. Die Änderungen im Kapitel 48 tragen nicht zu einer größeren Klarheit der Struktur des Kapitels und damit auch nicht zu Erleichterungen bei der Einreihung von Waren bei. Diese Ziele werden erst in einer späteren Revision nach Wegfall der derzeit bestehenden komplizierten zolltariflichen Regelungen erreicht werden können. Wie bereits erwähnt, wird die Struktur des Kapitels 60 (Gewirke und Gestricke) an die der Gliederung von Geweben angepasst.

In der HS-Position 7010 (Flaschen, Glasballons, Korbflaschen, Flakons, Krüge, Töpfe, Röhrchen, Ampullen und andere Behältnisse aus Glas, zu Transport- oder Verpackungszwecken; Konservengläser; Stopfen, Deckel und andere Verschlüsse, aus Glas) entfällt im HS die Gliederung nach dem Fassungsvermögen der Behältnisse.¹²⁾ In der HS-Position 7112 (Abfälle und Schrott von Edelmetallen oder Edelmetallplattierungen; andere Abfälle und Schrott, Edelmetalle oder Edelmetallverbindungen enthaltend, von der hauptsächlich zur Wiedergewinnung von Edelmetallen verwendet werden) werden Aschen, die Edelmetalle oder Edelmetallverbindungen enthalten, in einer gesonderten HS-Unterposition erfasst. Im Kapitel 81 (Andere unedle Metalle; Cermets; Waren daraus) werden bis auf wenige Ausnahmen gesonderte Unterpositionen für Abfälle und Schrott geschaffen. Das kommt der gegenwärtigen Gliederung im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik entgegen.

10) Siehe hierzu auch den Hinweis über Suchtstoffe und deren Vorerzeugnisse in der HS-Position 2939.

11) INN = International Non-Proprietary Name.

12) Im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik wird diese Gliederung jedoch in modifizierter Form aufrechterhalten.

Wie bereits erwähnt werden von Hand zu führende Elektrowerkzeuge (HS-Position 8508) jetzt durch die HS-Position 8467 (vorher: andere von Hand geführte motorgetriebene Werkzeuge) erfasst.

2 Anpassung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik an das revidierte Harmonisierte System

Die Anpassung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik ist das Resultat der Anpassung der Kombinierten Nomenklatur an das Harmonisierte System, die von der Europäischen Kommission vorgenommen wird. Die Kommission wurde dabei – wie bei den jährlichen Änderungen der Kombinierten Nomenklatur – vom Ausschuss für den Zollkodex unterstützt, in dem die deutschen zolltariflichen und statistischen Interessen durch das Bundesministerium der Finanzen und das Statistische Bundesamt vertreten werden.

Die gestrichenen HS-Unterpositionen werden ab 2002 in der Regel auf der KN-Ebene (achtstellige Warennummern) in der Struktur des Jahres 2001 weitergeführt. Zusätzlich wurden neue Warennummern für Zwecke der Außenhandelsstatistik geschaffen:

- In der Position 0302 (Fische gefroren...) wird der Pazifische Lachs tiefer gegliedert.
- In der Position 4403 werden Warennummern für Sägerundholz eingeführt. In diesem Zusammenhang ist es auch möglich, aus der Restposition Rückschlüsse auf Faserholz zu ziehen.
- In der Position 4802 werden Warennummern für Papier im DIN A 4-Format eingeführt.
- In der Position 8524 wird eine Warennummer für DVD¹³⁾ mit Aufzeichnungen eingeführt.

Insgesamt nimmt die Zahl der Warennummern im Warenverzeichnis nach vier Jahren zum ersten Mal wieder zu. Sie wächst um 126 auf 10400. Dabei verlieren 654 Warennummern ihre Gültigkeit. Sie werden durch 780 neue Warennummern ersetzt. Bei dieser Transaktion ändern 316 Warengruppierungen zwar ihre Warennummern, nicht aber ihren Inhalt, weil eine Einfächerung 1:1 möglich war. Dagegen ändern aber nahezu 194 Warengruppierungen im Warenverzeichnis ihren Inhalt, ohne mit einer neuen Warennummer versehen zu werden. Die Ursachen hierfür liegen schon in den Entscheidungen während der Revision des Harmonisierten Systems. In der Regel werden bei inhaltlichen Änderungen auch immer die Warennummern geändert, um auf die Unterbrechung in der Kontinuität aufmerksam zu machen. In den vorliegenden Fällen sind die Änderungen aber nie gravierend, sodass sich der HS-Ausschuss hier –

wie schon bei der Revision von 1996 – in 172 Fällen entschlossen hat, die Codes beizubehalten. Das betrifft vor allem alle 57 Warennummern im Kapitel 30, die um pharmazeutische Abfälle reduziert werden, 34 Warennummern des Kapitels 44 wegen der Aufnahme zusätzlicher tropischer Hölzer in die Unterpositionsanmerkung 1 zum Kapitel 44 und der inhaltlichen Änderung einer Unterposition in diesem Kapitel sowie das Kapitel 48 mit 67 Warennummern. Es ist nie der Fall, dass völlig andere Waren unter derselben Warennummer erfasst werden. In das Warenverzeichnis müssen diese Regelungen laut HS-Übereinkommen übernommen werden. Dieser Umstand ist nicht befriedigend, muss aber leider so hingenommen werden. Es gibt lediglich dann Handlungsspielräume, wenn die HS-Unterpositionen weiter unterteilt werden.

3 Chancen und Risiken für die Entwicklung des Warenverzeichnisses

Die Ausgabe 2002 des Warenverzeichnisses zählt 10400 achtstellige Warennummern. Das sind auf der Ebene des Achstellers etwa 800 Warennummern mehr als beim In-Kraft-Treten der Kombinierten Nomenklatur. Das deutsche Warenverzeichnis besaß 1988 auf der Ebene des Neunstellers bereits 10275 Warennummern. Die große Zahl der Warennummern belastet die Auskunftspflichtigen insbesondere bei der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik. Für die Nutzer der Außenhandelsdaten ist die Differenzierung der Waren in bestimmten Marktsegmenten nicht ausreichend. Auch die jährliche Aktualisierung des Warenverzeichnisses ist sowohl für die Melder als auch für die Nutzer immer mit einem gewissen zusätzlichen Aufwand verbunden. In den seltensten Fällen profitieren die Statistikenutzer von neuen „zolltariflichen“ Warennummern. Das war selbst im Gefolge des Informationstechnologieabkommens nicht der Fall. Betrachtet man das Harmonisierte System, genügt es in vielen Fällen durchaus den zolltariflichen und statistischen Ansprüchen der Europäischen Gemeinschaften: Weniger als die Hälfte der HS-Unterpositionen sind im Warenverzeichnis tiefer gegliedert. Demgegenüber sind jedoch fast 60 HS-Unterpositionen in jeweils mehr als zehn Warennummern gegliedert. Dazu gehören vor allem Wein, Käse, Fische, Gemüse- und Obstkonserven, Futtermittel und Erdöl. In diesen Fällen ist die Anmeldung der Waren besonders in der Intrahandelsstatistik für die auskunftspflichtigen Unternehmen sehr aufwändig und wegen fehlender Angaben zur Beschaffenheit der Waren mitunter auch fehlerhaft. In vielen Fällen kann jedoch aus zolltariflichen Gründen und für Zwecke der Marktordnung in der Europäischen Union auf Gliederungen dieser Art noch nicht verzichtet werden. Die tiefe Gliederung bei Motoren und Armaturen deutet eher auf den Bedarf einer weitergehenden Untergliederung in diesen Segmenten hin, während bei integrierten Schaltkreisen und Fernsehempfangsgeräten die Gliederungstiefe im Warenverzeichnis aus statistischer Sicht etwas eingeschränkt werden könnte. Ein besonderes Problem für die Außenhandelsstatistik sind weiterhin die etwa 500 Warennummern¹⁴⁾, die

13) Digital versatile disc.

14) Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, S. XIV.

eigentlich nicht der Klassifikation von Waren dienen, sondern nur dann benutzt werden dürfen, wenn ein bestimmter Verwendungszweck zollamtlich überwacht werden soll (z. B. Waren, die eingeführt werden, um in zivile Luftfahrzeuge eingebaut zu werden). Diese Warennummern geben zum einen kein klares Bild über diese Warenströme, weil wegen eines geringen zolltariflichen Vorteils nicht immer eine zollamtliche Überwachung in Kauf genommen wird, stören aber zum anderen die Klassifikation der Waren und führen außerdem zu Fehlinterpretationen. Im Rahmen der Arbeiten zur Vereinfachung der Kombinierten Nomenklatur wurde diese Frage in der Vergangenheit bereits mehrmals auf die Tagesordnung gesetzt, konnte aber wegen unterschiedlicher Interessenlagen bisher nicht geklärt werden. Mit dem Auslaufen des Mikrofaserverabkommens fallen insbesondere in den Textilkapiteln Zollsatzunterschiede weg, sodass in diesem Bereich eine Straffung der Gliederung durchaus denkbar und nützlich ist. Auch hier stehen den Auskunftspflichtigen mitunter die erforderlichen Angaben zur genauen Beschreibung der Beschaffenheit der Waren nicht immer in ausreichendem Maß zur Verfügung. Ein entsprechender Vorschlag der Kommission liegt bereits vor. Mit dem Auslaufen der EGKS¹⁵⁾-Verträge kann auch eine Überarbeitung des Stahlkapitels in Angriff genommen werden. Die Kommission verhandelt hier auch mit den europäischen Dachverbänden der Industrie.

Im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik ändern sich infolge der HS-Revision zum 1. Januar 2002 fast 7% der Warennummern. Insbesondere für die Erfassung der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen verbessert sich die Situation. Auch andere sensible Warengruppen können detaillierter beobachtet werden. Zu beachten ist für die Ausgabe 2002 des Warenverzeichnisses, dass wegen der Vorgaben im Harmonisierten System bei einer Reihe von Warennummern die inhaltliche Änderung nicht an einer Codeänderung erkennbar ist. In diesen Fällen sind die Änderungen aber eher marginal. Außerdem erhält eine Reihe von Warengruppierungen neue Codes, ohne ihren Inhalt zu verändern, weil sie an anderer Stelle einzufächern sind. Infolge des erheblichen Umfangs des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik wird auch in den kommenden Jahren mit der Neuaufnahme von Warennummern für statistische Zwecke sehr restriktiv umgegangen werden. Der Schwerpunkt wird weiterhin in der Reduzierung der Zahl der Warennummern liegen. Um den Auskunftspflichtigen die Zuordnung ihrer Waren zu den Warennummern und den Datennutzern die Interpretation derselben zu erleichtern, gibt das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH das Warenverzeichnis, ausgestattet mit einer Suchfunktion, einem umfangreichen Stichwortverzeichnis und den Erläuterungen zu den HS-Positionen, auf einer CD-ROM¹⁶⁾ heraus. [URL](#)

15) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

16) Weitere Informationen hierzu im Internet: www.destatis.de/allg/d/klassif/wa.htm.

Dipl.-Volkswirt Stefan Dittrich

Letztmalig Ergebnisse der amtlichen Statistik zu meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000

Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit besteht in Deutschland für infektiöse Krankheiten eine gesetzliche Pflicht zur Meldung an die Gesundheitsämter. Bis zum Berichtsjahr 2000 wurden die gemeldeten Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfälle durch meldepflichtige Krankheiten nach dem Bundes-Seuchengesetz und dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Rahmen der amtlichen Statistik ausgewertet und veröffentlicht. Durch das am 1. Januar 2001 in Kraft getretene Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurde das deutsche Seuchenrecht umfassend novelliert. Dabei ging die Aufgabe der statistischen Aufbereitung der Daten auf das Robert Koch-Institut (RKI) über.

Neben der geänderten rechtlichen Grundlage werden im folgenden Beitrag auch Ergebnisse aus den Statistiken der meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000 sowie die zahlenmäßige Entwicklung ausgewählter meldepflichtiger Krankheiten in den letzten Jahrzehnten dargestellt. Dabei wird deutlich, dass einige Infektionskrankheiten, wie beispielsweise Cholera oder Diphtherie, im Laufe des letzten Jahrhunderts nahezu bedeutungslos geworden sind. Nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Reiseaufkommens und antibiotischer Resistenzen bestimmter Erreger sind dagegen andere Krankheiten – wie zum Beispiel Malaria – auch in Deutschland in den letzten Jahrzehnten verstärkt aufgetreten.

Vorbemerkung

Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts wurden bedeutende Fortschritte bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten erzielt. In Deutschland wie auch in den anderen Industriestaaten sind infektiöse Erkrankungen wie zum Bei-

spiel Cholera, Diphtherie oder Pocken nahezu bedeutungslos geworden. Gründe für diese Entwicklung liegen in der Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards, verbesserten hygienischen Verhältnissen, dem gezielten Einsatz von Schutzimpfungen sowie neu entwickelten antibakteriellen Wirkstoffen. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren die Infektionskrankheiten daher im öffentlichen Interesse nur noch von untergeordneter Bedeutung.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind Infektionskrankheiten, nicht zuletzt durch das Auftreten der Immunschwächekrankheit AIDS, als gesundheitliche Bedrohung wieder von größerem Interesse. Die Resistenz vieler Krankheitserreger gegen Antibiotika, das globale Bevölkerungswachstum sowie die erhöhte Mobilität großer Bevölkerungsgruppen sind einige Gründe für das wieder zunehmende Auftreten und die beschleunigte Verbreitung infektiöser Krankheitserreger.

Um beim Auftreten von Infektionskrankheiten rechtzeitige Vorkehrungen gegen eine weitere Ausbreitung treffen zu können, besteht eine gesetzliche Pflicht zur Meldung an die Gesundheitsämter. Meldepflichtig sind Ärztinnen und Ärzte außerhalb und innerhalb von Einrichtungen sowie andere mit der Behandlung oder Pflege betraute Personen. Bei einigen als besonders gefährlich anzusehenden Krankheiten wie Cholera, Milzbrand oder Pest, ist bereits der Verdachtsfall meldepflichtig. Bei anderen Krankheiten, wie beispielsweise Diphtherie oder Tuberkulose, ist die Erkrankung zu melden, bei wiederum anderen Krankheiten, wie zum Beispiel Masern, Influenza oder Salmonellen, der Todesfall. Zu beachten ist, dass in den Statistiken der meldepflichtigen Krankheiten nur die Zugänge (Inzidenzen), nicht jedoch die Bestände (Prävalenzen) erfasst werden.

Die bei den Gesundheitsämtern vorliegenden Meldungen der Ärztinnen und Ärzte wurden bis zum Berichtsjahr 2000 über die Obersten Gesundheitsbehörden der Länder in bereits aggregierter Form an die Statistischen Ämter der Länder weitergeleitet. Das Statistische Bundesamt erhielt von den Statistischen Landesämtern vierteljährliche und jährliche Länderergebnisse, aus denen das Bundesergebnis zusammengestellt wurde.

Im Folgenden wird ein Überblick über die neue gesetzliche Grundlage zur Bekämpfung meldepflichtiger Infektionskrankheiten gegeben. Anschließend werden ausgewählte Ergebnisse der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000 dargestellt. Dabei wird auch auf die Entwicklung der meldepflichtigen Krankheiten in den letzten Jahren eingegangen.

Der Aussagewert der Ergebnisse aus den Statistiken der meldepflichtigen Krankheiten wird insbesondere bei den Geschlechtskrankheiten dadurch beeinträchtigt, dass vermutlich nicht alle Erkrankungsfälle gemeldet werden. Gründe für eine fehlende Meldung liegen beispielsweise in einer nicht erkannten Bedeutung der Meldepflicht aufgrund bestehender Therapiemöglichkeiten oder wegen einer ungesicherten Diagnose. Die Größenordnung der Dunkelziffer ist nicht bekannt. Die Entwicklung der Erkrankungen lässt sich dennoch anhand der vorhandenen Angaben beschreiben.

Geänderte rechtliche Grundlage

Am 1. Januar 2001 ist das Gesetz zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften (Seuchenrechtsneuordnungsgesetz – SeuchRNeuG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in Kraft getreten. Kernstück ist das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG), durch das die Prävention und Überwachung übertragbarer Krankheiten und Krankheitserreger zum Schutz der Bevölkerung neu geregelt wird. Erklärte Ziele sind die Verbesserung der Infektionsepidemiologie und eine Erhöhung der Effizienz des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Durch das neue Gesetz entfiel gleichzeitig die Grundlage für die Bundesstatistik über Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und sonstige meldepflichtige Krankheiten.¹⁾ Für das Berichtsjahr 2000 wurden letztmalig Ergebnisse über meldepflichtige Krankheiten von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufbereitet und veröffentlicht. Mit dem Seuchenrechtsneuordnungsgesetz ging die Verantwortung der Sammlung, Auswertung und Veröffentlichung der von den örtlich zuständigen Gesundheitsämtern übermittelten Angaben auf das Robert Koch-Institut (RKI) als Infektionsepidemiologisches Zentrum über.

Neben der Datenbearbeitung soll das Robert Koch-Institut die Länder beraten und länderübergreifende Maßnahmen

zur Bekämpfung akuter Infektionen koordinieren. Damit wird die bisher regional begrenzte Abstimmung der zu ergreifenden Maßnahmen um eine nationale Ebene erweitert; auf Ebene der Bundesländer werden die notwendigen Maßnahmen wie bisher durch die Landesgesundheitsbehörden getroffen, auf lokaler Ebene durch die zuständigen Gesundheitsämter. Durch diesen geänderten Arbeitsschnitt soll eine engere Verbindung zwischen der Erkennung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten geschaffen werden. Auch die Aufgaben der Gesundheitsämter hinsichtlich Aufklärung der Bevölkerung, hygienischer Überwachung von Einrichtungen und der Behandlung der Erkrankten sowie die Arten der zu meldenden Erreger wurden mit dem neuen Gesetz geändert.²⁾ Ergebnisse zu den meldepflichtigen Krankheiten für die Zeit ab dem 1. Januar 2001 können dem „Epidemiologischen Bulletin“ des Robert Koch-Instituts entnommen werden.

Entwicklung der häufigsten meldepflichtigen Krankheiten

Für das Jahr 2000 wurden den Gesundheitsämtern insgesamt 226 404 Krankheitsfälle mitgeteilt, die nach dem Bundes-Seuchengesetz meldepflichtig waren. In der Statistik der Geschlechtskrankheiten wurden insgesamt 3 717 Erkrankungsfälle registriert. Die nach dem Bundes-Seuchengesetz gemeldeten Erkrankungen konzentrierten sich zu 99% auf fünf Krankheiten: Enteritis infectiosa (infektiöse Darmentzündung), Tuberkulose, Virushepatitis, Meningitis/Encephalitis (übertragbare Hirnhaut- und Gehirnentzündung) und Shigellenruhr.

Die am häufigsten gemeldete Infektionskrankheit war auch im Berichtsjahr 2000 mit 196 066 Fällen die Enteritis infectiosa, auf die fast 87% aller gemeldeten Erkrankungen entfielen. In 40% der Fälle wurde die Enteritis durch Salmonellen hervorgerufen. Bei der Enteritis infectiosa handelt es sich um eine Infektion des Darms, häufig des Dünndarms, die eine Magenschleimhautentzündung hervorruft und mit Fieber, Erbrechen und Durchfällen einhergeht. Die eine Salmonellose hervorruhenden Salmonellen werden meist durch Nahrungsmittel übertragen. Die Zahl der Enteritiserkrankungen hat seit den 1960er Jahren stark zugenommen und die Enteritis ist seit 1978 durchgehend die am häufigsten gemeldete Infektionskrankheit.³⁾ Den Höchststand erreichten die Erkrankungen an Enteritis infectiosa mit 246 569 gemeldeten Fällen im Jahr 1992. Bei einem regionalen Vergleich fallen insbesondere die überdurchschnittlichen Erkrankungsziffern in den neuen Bundesländern auf. Im Bundesdurchschnitt entfielen im Jahr 2000 auf 100 000 Einwohner 239 Erkrankungsfälle. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern lagen die Häufigkeiten zwischen 368 und 462; in Sachsen wurden sogar 557 Erkrankungen je 100 000 Einwohner gemeldet. Die niedrigsten Erkrankungs-

1) Bisher geregelt im Bundes-Seuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262; 1980 I S. 151), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594), und im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1351), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

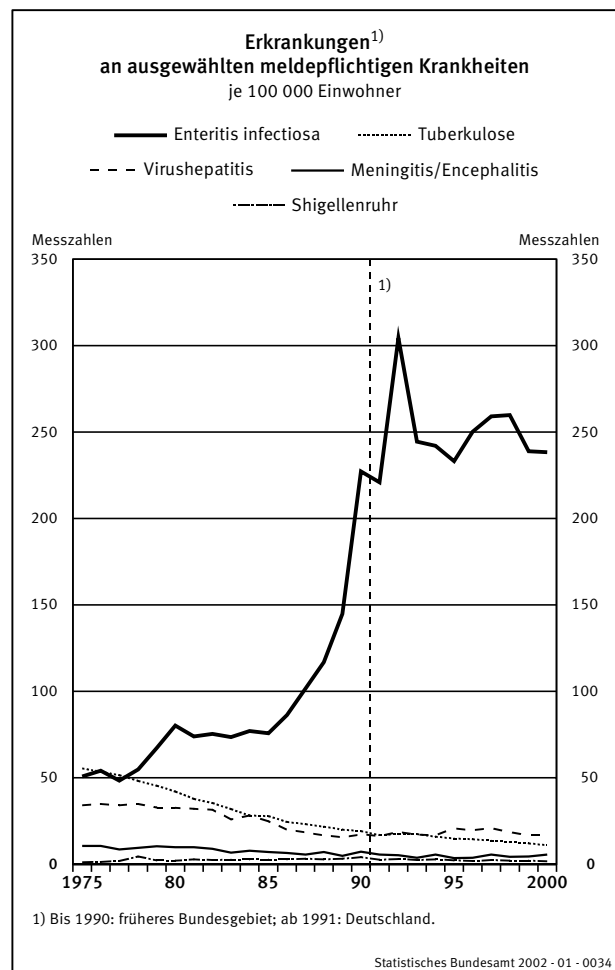
2) Nähere Informationen zum Infektionsschutzgesetz (IfSG) enthalten die Internet-Seiten des Robert Koch-Instituts: www.rki.de/INFEKT/IFSG/IFSG.HTM.

3) Die Angaben aus der amtlichen Statistik für die Jahre vor 1991 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet. Bei Vergleichen über einen längeren Zeitraum wird im vorliegenden Aufsatz zumeist auf die Erkrankungsziffer (Inzidenzrate), d.h. die Anzahl der Erkrankungen je 100 000 Einwohner, abgestellt.

ziffern hatten mit jeweils 167 Fällen je 100000 Einwohner Baden-Württemberg und Hessen.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist zu beachten, dass in der Vergangenheit vermutlich nicht alle meldepflichtigen Salmonelloseerkrankungen der Statistik angezeigt wurden und Untererfassungen nicht ausgeschlossen werden können. Schwankungen in den Ergebnissen können daher zum Teil auch auf eine unterschiedlich starke Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zurückzuführen sein. Der Gesetzgeber hat sich daher, auch um die Meldesysteme bei der großen Anzahl infektiöser Darmentzündungen nicht zu überlasten, entschieden, die umfassende Meldepflicht für alle Formen der Enteritis infectiosa nicht in das neue Infektionsschutzgesetz zu übernehmen.

13 756 Meldungen betrafen im Jahr 2000 Erkrankungen an Virushepatitis, einer durch Viren verursachten Leberentzündung. Wichtigstes Symptom dieser sporadisch oder epidemisch auftretenden Erkrankung sind Beschwerden des Magen- und Darmtraktes sowie grippale und rheumatoide Beschwerden. In der amtlichen Statistik werden die Erregertypen Hepatitis A und B sowie die „nicht bestimmaren und übrigen Formen“ der Virushepatitis unterschieden. Während die Hepatitis A durch orale Aufnahme des Erregers übertragen wird, erfolgt die Infektion bei der Hepatitis B über das Blut, zum Beispiel durch Transfusion, Injektion oder Hautverletzungen. Im Jahr 2000 erkrankten 2 788 Personen an Hepatitis A und 4 542 Personen an Hepatitis B. Weitere 6 426 Erkrankungsfälle entfielen auf die nicht näher bestimmaren und übrigen Formen der Virushepatitis. Die meisten gemeldeten Virushepatitiserkrankungen wurden im Jahr 1973 verzeichnet (25 900 Fälle), was einer Inzidenzrate von 42 entspricht. Seitdem sank die Ziffer bis auf 17 im Jahr 2000; der niedrigste Wert wurde 1989 mit 16 Erkrankungen je 100 000 Einwohner verzeichnet. Die Virushepatitis befällt vor allem Menschen in jüngeren und mittleren Lebensjahren. Bei der Hepatitis A lag die höchste Erkrankungsrate – mit 6 Erkrankungen je 100 000 Einwohner – in der Altersgruppe der 5- bis unter 15-Jährigen, bei der Hepatitis B und den nicht



bestimmaren und übrigen Formen in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen (20 Fälle je 100 000 Einwohner).

An aktiver Tuberkulose (TBC) erkrankten im Jahr 2000 insgesamt 9 064 Personen. Dies war die niedrigste Zahl an Erst- und Wiedererkrankungen seit Beginn der statistischen

Tabelle 1: Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten¹⁾

Krankheiten	1970	1975	1980	1985	1991	1995	1999	2000
Gemeldete Erkrankungen insgesamt	121 829	134 896	104 570	85 717	212 198	226 635	227 274	226 404
darunter:								
Enteritis infectiosa	12 847	31 262	49 400	46 256	177 386	190 833	196 392	196 066
Tuberkulose	48 262	34 070	25 924	16 973	13 474	12 198	9 974	9 064
Virushepatitis	21 770	20 942	20 011	15 153	13 038	17 022	13 711	13 756
Meningitis/Encephalitis	6 787	6 498	6 120	4 254	4 394	2 867	3 651	4 569
Shigellenruhr	542	697	1 272	1 599	2 074	1 878	1 610	1 333
Malaria	64	180	572	527	900	941	931	836
Typhus abdominalis	477	252	352	227	224	162	111	72
Paratyphus A, B und C	540	248	212	167	122	105	88	66
	je 100 000 Einwohner							
Gemeldete Erkrankungen insgesamt	200,9	218,2	169,9	140,5	265,3	277,0	276,9	275,5
darunter:								
Enteritis infectiosa	21,2	50,6	80,2	75,8	221,8	233,2	239,2	238,6
Tuberkulose	79,6	55,1	42,1	27,8	16,8	15,0	12,1	11,0
Virushepatitis	35,9	33,9	32,5	24,8	16,3	20,8	16,7	16,7
Meningitis/Encephalitis	11,2	10,5	9,9	7,0	5,5	3,5	4,4	5,6
Shigellenruhr	0,9	1,1	2,1	2,6	2,6	2,3	2,0	1,6
Malaria	0,1	0,3	0,9	0,9	1,1	1,2	1,1	1,0
Typhus abdominalis	0,8	0,4	0,6	0,4	0,3	0,2	0,1	0,1
Paratyphus A, B und C	0,9	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1

1) Die Angaben für die Jahre 1970 bis 1990 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet, ab 1991 auf Deutschland.

Erfassung dieser Krankheit im Jahr 1949. Im Jahr 1957 – in diesem Jahr standen erstmals Angaben für das gesamte damalige Bundesgebiet zur Verfügung – wurden noch 163 Erkrankungsfälle je 100 000 Einwohner gemeldet. Im Jahr 2000 lag die Inzidenzrate bei 11. Als Grund für die rückläufige Zahl an Tuberkuloseerkrankungen sind vor allem die verbesserten Lebensbedingungen zu nennen. Die meisten Erkrankungen an Tuberkulose lagen wie schon in den vorangegangenen Jahren im Bereich der Atmungsorgane (7 535 Fälle im Jahr 2000), in 1 529 Fällen waren andere Organe betroffen. Von den an Tuberkulose der Atmungsorgane erkrankten Personen hatten 5 271 oder 70% eine ansteckende (offene), durch Nachweis von Bakterien gekennzeichnete Tuberkulose. Männer (62%) erkrankten nahezu doppelt so häufig an Tuberkulose wie Frauen (38%). Die Inzidenzrate lag bei den Männern bei 14, bei den Frauen hingegen bei 8. Unter den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist die Verbreitung von Tuberkulose wegen einer höheren Erkrankungsrate in den Herkunftsländern deutlich höher als bei der deutschen Bevölkerung. Die Erkrankungsziffer war unter den Ausländern mit 42 etwa fünfmal so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung mit 8 Erkrankungen je 100 000 Einwohner. In einer regionalen Untersuchung zeigt sich eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt deutlich erhöhte Häufigkeit an Tuberkulose in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in Hessen und im Saarland (14 bis 17 Erkrankte je 100 000 Einwohner). Die niedrigsten Raten wurden für die Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen mit jeweils 8 Erkrankungen je 100 000 Einwohner gemeldet.

4 569 Meldungen entfielen auf Erkrankungen an Meningitis/Enzephalitis. Diese infektiösen Erkrankungen der Hirnhaut und des Gehirns, die häufig kombiniert auftreten, werden sowohl durch Viren als auch durch Bakterien hervorgerufen. In der Statistik wird zwischen Erkrankungen an Meningokokken-Meningitis, anderen bakteriellen Meningitiden, Virus-Meningoenzephalitis (Hirnhaut- und Gehirnentzündung) sowie an übrigen Formen der Meningoenzephalitis unterschieden. Während bei der eitrigen Meningokokken-Meningitis die Erreger durch Tröpfcheninfektion übertragen werden, erfolgt die Infektion bei der Virus-Meningoenzephalitis vor allem durch Zeckenbisse. Diese Krankheit wird wegen der Häufung in den Sommermonaten auch als Frühsommermeningoenzephalitis bezeichnet. Im Jahr 2000 entfielen auf Meningokokken-Meningitis 765 und auf andere bakterielle Meningitiden 1 220 Meldungen. Erkrankungen an Virus-Meningoenzephalitis wurden in 1 670 und an übrigen Formen der Meningoenzephalitis in 914 Fällen gemeldet. Die höchste Inzidenzrate an allen Formen der Meningitis und Enzephalitis wurde 1967 mit 15 Erkrankungen je 100 000 Einwohner gemeldet, im Jahr 2000 lag die Ziffer bei 6 Erkrankungsfällen.

Im Jahr 2000 erkrankten an Shigellenruhr, auch bakterielle Ruhr genannt, 1 333 Personen. Die Erkrankungsziffer lag seit 1965 meist zwischen 1 und 3 Erkrankungen je 100 000 Einwohner. Die höchste Erkrankungsziffer in diesem Zeitraum wurde im Jahr 1978 mit 5 Erkrankungen gemeldet.

Auf die übrigen statistisch erfassten meldepflichtigen Krankheiten entfielen im Jahr 2000 zusammen 1 616 Fälle. Unter ihnen sind in erster Linie Malariaerkrankungen mit 836 Fällen (Ersterkrankungen und Rückfälle) zu nennen. Malaria ist am stärksten in Ländern mit feuchtheißem Klima verbreitet und wird durch Bakterien verursacht, die durch den Stich von Anophelesmücken übertragen werden. Symptome sind meist regelmäßige, aber auch sporadisch auftretende Fieberanfälle. Vor allem durch den Ferntourismus haben die Malariafälle seit Anfang der 1970er Jahre stark zugenommen.⁴⁾ In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der jährlich gemeldeten Erkrankungsfälle zwischen 700 und 1 000 stabilisiert.

Erstmals wurden den Gesundheitsämtern im Jahr 2000 keine Fälle von Diphtherie gemeldet. Bei dieser Erkrankung ist eine fast kontinuierliche Abnahme seit den 1950er Jahren zu beobachten. 1950 war Diphtherie mit 86 Erkrankungen je 100 000 Einwohnern noch die am häufigsten gemeldete Krankheit. Gefährlich sind Diphtheriebakterien insbesondere durch ihre unterschiedlich stark entwickelte Fähigkeit zur Bildung von Toxin. Das Gift Toxin kann zu einer tödlichen Herzmuskelentzündung führen.

Ebenfalls eine deutliche Abnahme konnte in den letzten Jahrzehnten bei Typhus abdominalis (Bauchtyphus) und Paratyphus – Formen A, B und C – beobachtet werden. An Typhus abdominalis erkrankten 72 Personen. Die Inzidenzrate lag damit bei 0,1 je 100 000 Einwohner, während sie 1950 noch bei 12 gelegen hatte. Typhus abdominalis ist mit Fieber und Durchfall verbunden und wird durch verunreinigte Nahrung und Trinkwasser übertragen. Ähnliche Symptome, jedoch meist mit einem leichteren Verlauf, weist der Paratyphus auf, an dem im Jahr 2000 insgesamt 66 Personen erkrankten. Auch hier lässt sich ein deutlicher Rückgang der Erkrankungsziffer seit 1950 von 11 auf unter 0,1 beobachten.

Außerdem wurden den Gesundheitsämtern im Jahr 2000 noch weitere, seltener auftretende übertragbare Krankheiten gemeldet. An Q-Fieber erkrankten beispielsweise 198 Personen und an Ornithose 88 Personen. Für Cholera wurden 2 Fälle gemeldet. An Milzbrand, Pest und Pocken ist wie in den Vorjahren niemand erkrankt.

Die Zahl der Bazillenausscheider ist seit Jahrzehnten rückläufig. Im Jahr 2000 gab es in Deutschland 1 066 als Ausscheider registrierte Personen. 636 davon waren Ausscheider von *Salmonella typhi* und 430 von *Salmonella paratyphi*. Im Jahr 1970 waren demgegenüber allein im früheren Bundesgebiet 7 900 Bazillenausscheider registriert. Bei einem Teil der Bazillenausscheider kann es sich um Personen handeln, die bereits zu einer Zeit als erkrankt gemeldet wurden, in der die Erkrankungszahlen noch wesentlich höher lagen als heute. Die Zahl der gemeldeten Bazillenausscheider lässt sich daher nicht zu der Zahl der gemeldeten Erkrankungsfälle in Beziehung setzen.

⁴⁾ Nähere Informationen zu den so genannten „reiseassoziierten Infektionskrankheiten“ können dem Epidemiologischen Bulletin des Robert Koch-Instituts, Ausgabe 49/2001, entnommen werden.

Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten

In der Statistik der Geschlechtskrankheiten⁵⁾ werden folgende Krankheiten nachgewiesen: Syphilis (Lues), Tripper (Gonorrhoe), Weicher Schanker (Ulcus molle) und Venereische Lymphknotenentzündung (Lymphogranulomatose).

Für das Jahr 2000 wurden den Gesundheitsämtern 3 717 Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten gemeldet, das waren 9 792 oder 73% weniger als 1991 (13 509 Fälle). Bezogen auf 100 000 Einwohner sank die Zahl der Erkrankungsfälle von 125 im Jahr 1975 über 17 im Jahr 1991 auf 5 im Berichtsjahr 2000.

2 557 Meldungen (69%) betrafen Erkrankungen an Tripper, einer Schleimhautinfektion der Harn- und Geschlechtsorgane. Zweithäufigste Geschlechtskrankheit war mit 1 135 Erkrankungsfällen (31%) wie in den Vorjahren die Syphilis. Auf die übrigen Geschlechtskrankheiten entfielen 25 Meldungen, davon betrafen je 6 Weichen Schanker und Venereische Lymphknoteninfektionen. In 13 Fällen wurden Mehrfachinfektionen registriert.

Auffallend bei den meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten ist die Verteilung nach Geschlecht und Alter. 2 761 Meldungen (74%) entfielen auf Männer, lediglich 956 (26%) auf Frauen. Insgesamt 83% (3 076 Fälle) aller Meldungen betrafen die Altersgruppe der 20- bis unter 50-Jährigen, 10% waren älter als 50 Jahre und 7% jünger als 20 Jahre. Bei den Trippererkrankungen wiesen Personen im Alter zwischen 20

und 25 Jahren mit 10,5 und bei der Syphilis die 25- bis unter 30-Jährigen mit 4,2 Erkrankungen je 100 000 Einwohner die höchsten Inzidenzraten auf. Bei beiden Erkrankungen lag die Häufigkeit damit dreimal höher als beim Durchschnitt aller Altersgruppen (3,1 bzw. 1,4).

Geschlechtskrankheiten werden in Großstädten stets besonders zahlreich registriert. Dies zeigt sich auch bei den Ergebnissen der Statistik für das Jahr 2000: In Hamburg war die Erkrankungsziffer (30) der Geschlechtskrankheiten insgesamt etwa siebenmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (4,5). Auch der Wert für Berlin lag mit 14,5 deutlich über dem Durchschnitt. Die niedrigsten Werte wurden für die Bundesländer Saarland, Niedersachsen und Baden-Württemberg (1 bis 2 Erkrankungen je 100 000 Einwohner) gemeldet.

Sterbefälle an meldepflichtigen Krankheiten

Angaben über die jährlichen Sterbefälle an meldepflichtigen Krankheiten stehen aus der Todesursachenstatistik zur Verfügung. Bei einem Vergleich der jährlichen Sterbefälle mit den Erkrankungsmeldungen der einzelnen Infektionskrankheiten ist zu berücksichtigen, dass sich die Sterbefälle nicht unbedingt auf die Erkrankungsfälle des gleichen Jahres beziehen müssen, da bei den tödlich endenden Krankheiten die Infektion bereits in früheren Jahren erfolgt sein konnte. Es ist ferner anzunehmen, dass der Meldung eines Sterbefalls nicht immer eine entsprechende Erkrankungsmeldung vorangegangen war.

Tabelle 2: Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten

Jahr ¹⁾	Insgesamt			Darunter:					
	insgesamt	männlich	weiblich	Tripper			Syphilis		
				zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
1975	77 511	56 573	20 938	70 964	51 855	19 109	6 206	4 477	1 729
1980	57 786	41 813	15 973	50 118	36 352	13 766	7 325	5 181	2 144
1981	54 896	39 921	14 975	49 014	35 558	13 456	5 502	4 054	1 448
1982	52 481	37 871	14 610	47 160	33 871	13 289	5 022	3 756	1 266
1983	49 813	35 455	14 358	44 539	31 504	13 035	4 938	3 678	1 260
1984	46 645	32 835	13 810	42 045	29 374	12 671	4 250	3 185	1 065
1985	40 986	27 937	13 031	36 710	24 873	11 837	3 991	2 869	1 122
1990	7 545	5 279	2 266	6 614	4 655	1 959	868	572	296
1991	13 509	9 202	4 307	12 162	8 309	3 853	1 268	832	436
1995	5 251	3 402	1 849	4 061	2 629	1 432	1 138	742	396
2000	3 717	2 761	956	2 557	1 952	605	1 135	789	346
	je 100 000 Einwohner								
1975	125,4	191,8	64,8	114,8	175,8	59,1	10,0	15,2	5,3
1980	93,9	142,1	49,7	81,4	123,6	42,8	11,9	17,6	6,7
1981	89,0	135,3	46,5	79,5	120,5	41,8	8,9	13,7	4,5
1982	85,1	128,5	45,4	76,5	114,9	41,3	8,1	12,7	3,9
1983	81,1	120,7	44,8	72,5	107,3	40,7	8,0	12,5	3,9
1984	76,2	112,3	43,2	68,7	100,5	39,7	6,9	10,9	3,3
1985	67,1	95,7	40,9	60,2	85,2	37,2	6,5	9,8	3,5
1990	12,6	17,6	7,9	10,7	15,6	6,1	1,7	1,9	0,9
1991	16,9	23,9	10,4	15,2	21,6	9,3	1,6	2,2	1,1
1995	6,4	8,6	4,4	5,0	6,6	3,4	1,4	1,8	0,9
2000	4,5	6,9	2,3	3,1	4,9	1,4	1,4	2,0	0,8

1) Die Angaben für die Jahre 1975 bis 1990 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet, ab 1991 auf Deutschland.

5) Als „Geschlechtskrankheiten“ werden meist Infektionskrankheiten bezeichnet, die hauptsächlich, aber nicht ausschließlich durch sexuelle Kontakte übertragen werden.

1999⁶⁾ starben an infektiösen und parasitären Krankheiten insgesamt 9 486 Personen.⁷⁾ In dieser Zahl sind jedoch auch Sterbefälle an Krankheiten enthalten, deren Erkrankungsfälle – wie bei der Virusgrippe – nicht meldepflichtig waren.⁸⁾ Von den Sterbefällen entfielen allein 630 auf Tuberkulose (einschl. Spätfolgen). Die seit mehreren Jahrzehnten rückläufige Entwicklung der Tuberkulosesterblichkeit hat sich damit im Jahr 1999 fortgesetzt. An einer Virushepatitis verstarben 313, an einer Meningokokken-Infektion 80 und an Malaria 18 Personen. Geschlechtskrankheiten endeten bei 51 Personen mit dem Tode. An der Immunschwächekrankheit AIDS sind im Jahr 1999 insgesamt 587 Personen gestorben. [\[1\]](#)

6) Die Ergebnisse der Todesursachenstatistik für das Jahr 2000 lagen zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor.

7) Positionen A00 bis B99 und J10 bis J11 der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision (ICD-10).

8) Mit dem neuen Infektionsschutzgesetz ist seit dem 1. Januar 2001 erstmals auch der direkte Nachweis von Influenzaviren meldepflichtig.

Dipl.-Ökonom Jürgen Chlumsky, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Preisentwicklung im Jahr 2001

Die Preisentwicklung im Jahr 2001 war geprägt durch beachtliche Preiserhöhungen in der ersten Jahreshälfte, die trotz einer Beruhigung des Preisklimas im zweiten Halbjahr zu einem im Jahresdurchschnitt doch vergleichsweise hohen Anstieg des Preisniveaus führten. Verantwortlich für den kräftigen Preisauftrieb in den ersten Monaten des Jahres waren hauptsächlich folgende Faktoren: Nach der drastischen Verteuerung im Jahr 2000 stiegen die Importpreise für rohes Erdöl und Mineralölerzeugnisse weiter an, und die Erhöhungen des Vorjahres wirkten sich in allen nachgelagerten Wirtschaftsstufen aus. Bemerkenswert war der Anstieg der Nahrungsmittelpreise, ein Effekt insbesondere von BSE-Krise und Maul- und Klauenseuche. Der Höhepunkt der Teuerungswelle war bereits im Frühsommer erreicht: Die sich eintrübende Konjunktur wirkte preisdämpfend, seit den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten reduzierte sich die Ölrechnung massiv.

Der Index der Einfuhrpreise, der im Jahr 2000 mit + 11,2% den höchsten Anstieg seit 1981 zu verzeichnen hatte, erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 2001 nur um 0,6%. Im Dezember 2001 war die deutsche Importrechnung sogar um 4,7% niedriger als ein Jahr zuvor. Auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lagen im Dezember 2001 nur unwesentlich höher als im Vorjahr (+ 0,1%), stiegen aber wegen einer gegenläufigen Tendenz im ersten Halbjahr im Jahresdurchschnitt um 3,0%. Der Index der Großhandelsverkaufspreise, der im Jahresdurchschnitt um 1,7% zulegte, gab von Dezember 2000 bis Dezember 2001 sogar um 1,5% nach.

Vor dem Hintergrund eines Rückgangs der realen Bauinvestitionen 2001 gegenüber 2000 um 5,7% konnte die Bauwirtschaft ihre Preise insgesamt nicht erhöhen. Der Preisindex für Wohngebäude in konventioneller Bauart lag im

Jahresdurchschnitt 2001 um 0,2% unter dem Stand des Vorjahres.

Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000 um 2,5% gestiegen, nach 1,9% im Jahr 2000 und 0,6% im Jahr 1999. Dies ist die höchste Jahressteigerungsrate seit 1994 (+ 2,7%), was umso bemerkenswerter ist, als sich – anders als ein Jahr zuvor – die Preise für Heizöl und Kraftstoffe (– 0,4%) sogar leicht dämpfend auf den Gesamtindex auswirkten. Ohne Heizöl und Kraftstoffe wären die Verbraucherpreise im Jahr 2001 um 2,6% gestiegen. Insgesamt haben sich aber die Energiepreise auch 2001 stark verteuert (+ 10,0%), wofür insbesondere die Teuerungsraten für Gas (+ 21,4%) und Fernwärme (+ 23,4%) ausschlaggebend waren.

Überdurchschnittlich stark gestiegen sind im Jahr 2001 die Nahrungsmittelpreise (+ 5,3%). So lag die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt bei Fleisch und Fleischwaren bei + 7,9%; Fisch und Fischwaren wurden um 5,1%, Molkereiprodukte und Eier um 5,3% teurer. Kräftig zugelegt haben auch die Preise für Obst (+ 8,3%) und Gemüse (+ 5,3%). Zurückzuführen ist der Preisanstieg wohl weitgehend auf die BSE-Krise und die Maul- und Klauenseuche bzw. auf die Witterungsverhältnisse des Jahres 2001. Der Höhepunkt des Preisanstiegs scheint aber inzwischen überwunden zu sein. Für die Beurteilung der aktuellen Preisentwicklung von Nahrungsmitteln ist bedeutsam, dass die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise mit 6,8% Teuerung seit 1995 in den letzten Jahren deutlich hinter der allgemeinen Preisentwicklung (Gesamtindex: + 9,6%) zurückblieb.

Anders als in den Vorjahren fiel die Teuerung für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost spürbar höher aus (+ 2,9%) als für die westdeutschen Haushalte (+ 2,3%).

Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die ostdeutschen Haushalte wegen des höheren Gewichts der Nahrungsmittel im Warenkorb von der Teuerung in diesem Bereich stärker betroffen waren als die westdeutschen Haushalte. Gleichzeitig waren sie wegen des geringeren Gewichts des Heizöls in ihrem Warenkorb von den Preisrückgängen in diesem Bereich weniger stark begünstigt. Insofern hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr umgekehrt – damals waren die Haushalte im Osten von den extremen Verteuerungen des leichten Heizöls weniger stark betroffen als die westdeutschen Haushalte, hatten aber von den rückläufigen Nahrungsmittelpreisen (2000: – 0,4%) profitiert.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Der bereits im Jahr 2000 zu beobachtende Preisauftrieb hatte sich in den ersten Monaten des Jahres 2001 zunächst weiterverstärkt, ist aber seit Mitte des Jahres wieder rückläufig. Ein Abebben der Teuerungswelle war nicht erst seit den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten vom 11. September und den in Folge stark sinkenden Preisen für Mineralölzeugnisse zu beobachten. Die Jahresteuerrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erreichte bereits im Mai mit 3,5% ihren Höhepunkt und ist seither kontinuierlich gesunken. Der für die privaten Verbraucher mit einer Jahresrate von 1,7% im Dezember 2001 moderate Preisanstieg war allerdings ohne Berücksichtigung von Mineralölprodukten spürbar höher (+ 2,3%). Im Jahresdurchschnitt 2001 lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 2,5% über dem Stand des Vorjahres und überstieg damit die Marke, die die Europäische Zentralbank mittelfristig als gerade noch mit Preisniveaustabilität vereinbar betrachtet. Dies war zugleich der höchste jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise seit 1994 (gegenüber 1993: + 2,7%). Anders als in den beiden Vorjahren fiel die Teuerung für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost spürbar höher aus (+ 2,9%) als für die westdeutschen Haushalte (+ 2,3%).

Die beachtlichen Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte 2001 sind hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen: Die Energiepreise stiegen kräftig an, die markanten Ölpreiserhöhungen des Vorjahres wirkten sich in allen Wirtschaftsstufen aus. Besonders stark kletterten die Nahrungsmittelpreise (im Jahresdurchschnitt: + 5,3%), u. a. als Folge von BSE und Maul- und Klauenseuche.

Die sich in der zweiten Jahreshälfte eintrübende Konjunkturentwicklung – nach vorläufigen Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt von 2000 auf 2001 nur um 0,6% (2000 gegenüber 1999: + 3,0%) – wirkte preisdämpfend und ließ dem Handel wenig Spielraum für Preiserhöhungen. Nach den Terroranschlägen fiel der Ölpreis auf knapp 19 Dollar pro Fass – Ende 2000 hatte der Preis etwa für Rohöl der Sorte Brent auf dem Spotmarkt in Rotterdam noch über

28 US-Dollar betragen. Befürchtungen vor einer weltweiten Rezession reduzierten die globale Ölnachfrage ganz erheblich.

Auch wenn die Auswirkungen der Euro-Bargeldeinführung auf das Preisniveau wissenschaftlich nicht exakt bestimmbar sind, weil Preisänderungen, die ohnehin stattgefunden hätten, von Preisänderungen, die durch die Umstellung der Preisauszeichnungen von DM- auf Euro-Preise motiviert sind, nicht eindeutig zu trennen sind, so ist ein nennenswerter Effekt auf das Preisniveau des Jahres 2001 auszuschießen.¹⁾

Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen kam es in den letzten Monaten des Jahres 2001 zu einer ausgeprägten Umkehr des Preistrends. Während der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) im Dezember mit + 0,1% nur noch unwesentlich über dem Vorjahresniveau lag, nahm der Index der Großhandelsverkaufspreise von Dezember 2000 bis Dezember 2001 sogar um 1,5% ab. Wegen der gegenläufigen Tendenz im ersten Halbjahr war die Teuerung von 2000 auf 2001 im Jahresdurchschnitt aber höher. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) stiegen um 3,0%, die Großhandelsverkaufspreise um 1,7%.

Wie bereits in den Jahren 1999 und 2000 konnte die Bauwirtschaft auch 2001 wegen schwächelnder Auftragslage – die realen Bauinvestitionen gingen 2001 gegenüber 2000 um 5,7% zurück – ihre Preise insgesamt nicht erhöhen. Der Preisindex für Wohngebäude in konventioneller Bauart lag im Jahresdurchschnitt 2001 um 0,2% unter dem Stand des Vorjahres.

Die Wechselkursentwicklung des Euro spielte für die Preisentwicklung im Jahr 2001 insgesamt eine geringere Rolle als ein Jahr zuvor. Verlor der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahr 2000 im Vorjahresvergleich noch 13,3% seines damaligen Wertes, kletterte der Kurs nach einem Tiefpunkt im Juni 2001 spürbar nach oben und wirkte in der zweiten Jahreshälfte 2001 leicht preisdämpfend.

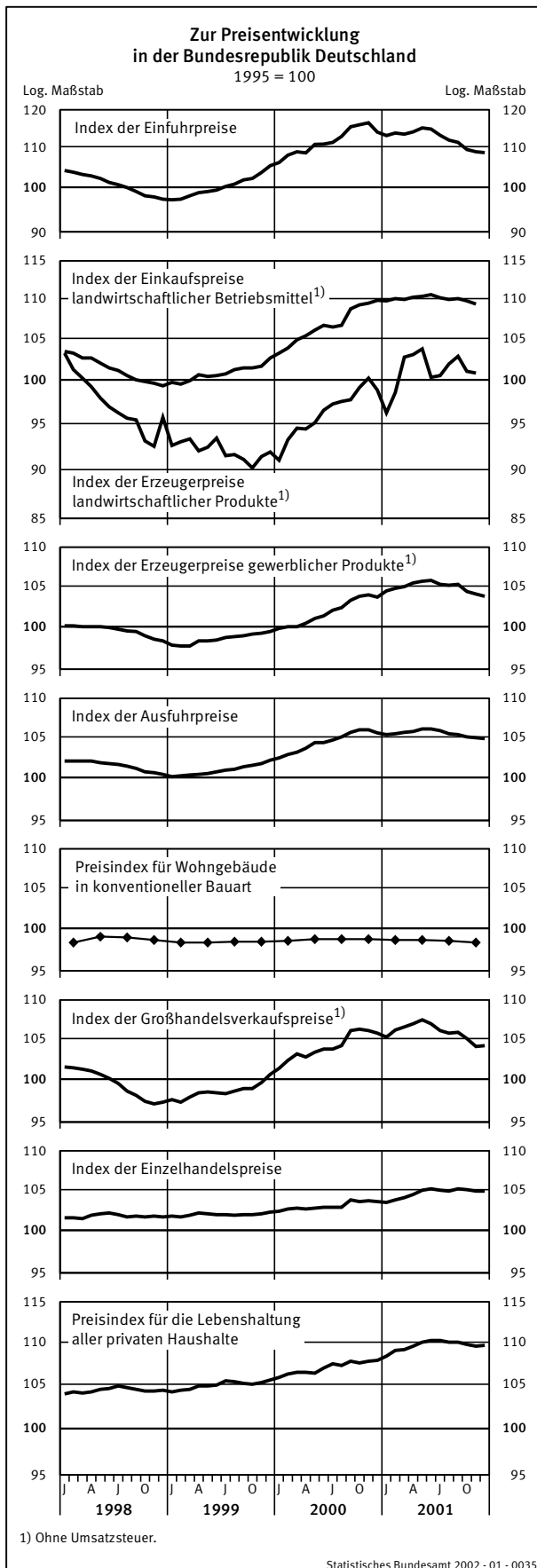
Preisindizes auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen

	Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000 in %
Einfuhrpreise	+ 0,6
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	+ 3,4
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾ .	+ 5,9
Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte ²⁾ .	– 5,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	+ 3,0
Ausfuhrpreise	+ 1,0
Wohngebäude in konventioneller Bauart	– 0,2
Großhandelsverkaufspreise	+ 1,7
Einzelhandelspreise	+ 1,6
Lebenshaltungspreise	+ 2,5
Lebenshaltungspreise ³⁾	+ 2,3
Lebenshaltungspreise ⁴⁾	+ 2,9

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Forstwirtschaftsjahr. – 3) Früheres Bundesgebiet. – 4) Neue Länder und Berlin-Ost.

1) Siehe hierzu eine ausführliche Darstellung von Preisanalysen aus Anlass der Euro-Bargeldeinführung, die unter dem Titel „Zur Preisdynamik beim Übergang von DM- auf Euro-Preise“ im Internet zu finden ist unter: www.destatis.de/basis/d/preis/vp1st10.htm.

Schaubild 1



Die Entwicklung des Index der Einfuhrpreise im Jahresverlauf verdeutlicht die beruhigende Wirkung der Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisklima. Während im Januar der Preisanstieg für Importwaren gegenüber dem Vorjahr noch +6,5% betrug, sanken die Einfuhrpreise ab Mitte des Jahres und waren im Dezember um 4,7% niedriger als ein Jahr zuvor. Dies machte sich in allen nachgelagerten Wirtschaftsstufen bemerkbar.

Weltmarktpreise

Der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv berechnete HWWA-Rohstoffpreisindex misst die preislichen Veränderungen in der Rohstoffimportrechnung der Industrieländer und ist ein Indikator für die Kostenentwicklung importierter Rohstoffe. Auf der Basis von Preisen in US-Dollar lag der HWWA-Index im Jahresdurchschnitt 2001 um 11% unter dem Vorjahresniveau. Ab Mitte 2001 verringerten sich die Rohstoffpreise, im Dezember 2001 betrug der Abstand zum Dezember 2000 sogar -22%.

Für die deutsche Wirtschaft verbilligten sich die Rohstoffe im Jahresdurchschnitt etwas weniger; auf DM-Basis war der HWWA-Index im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber dem Vorjahr um gut 8% rückläufig. Während sich in der ersten Jahreshälfte die Rohstoffpreise auf DM-Basis noch verteuerten, gingen sie in den nachfolgenden Monaten im Vorjah-

Schaubild 2

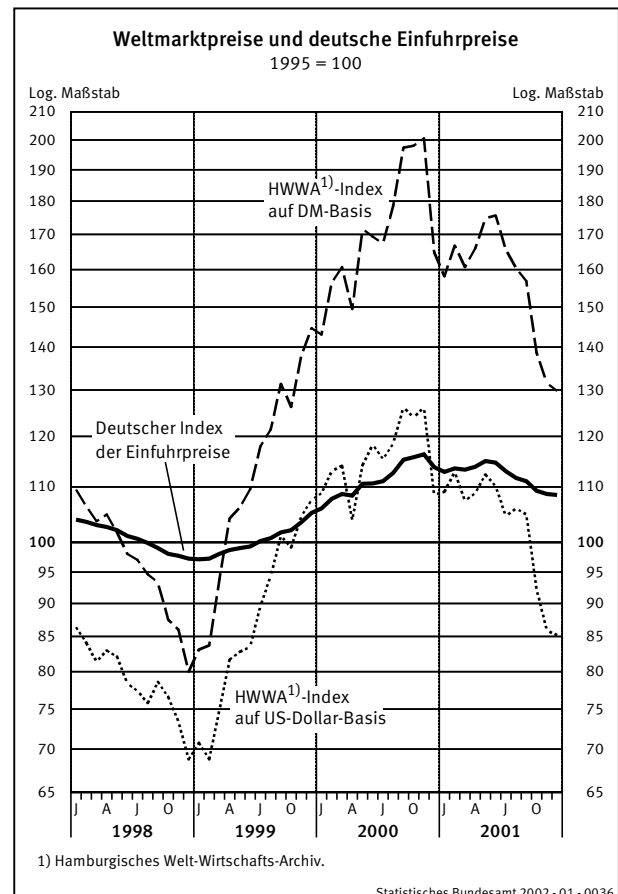
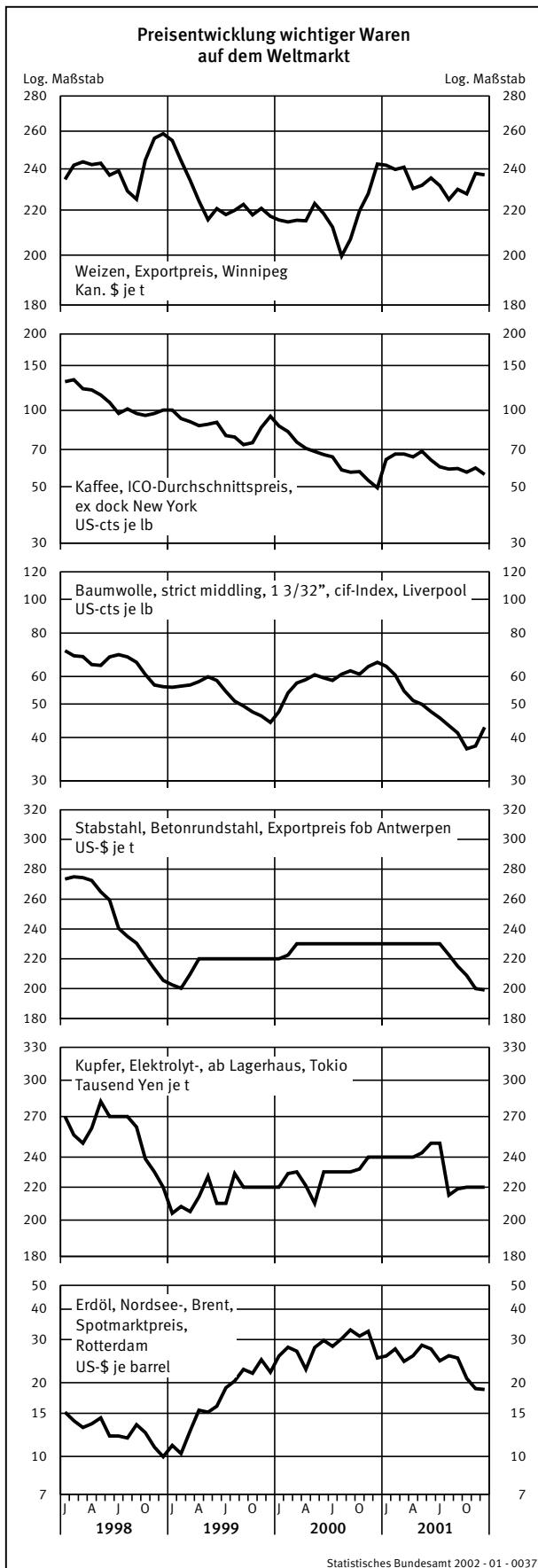


Schaubild 3



resvergleich immer weiter zurück und waren im Dezember 2001 um 21% niedriger als im Dezember 2000. Der Rückgang der Rohstoffpreise in der zweiten Jahreshälfte betraf insbesondere Energierohstoffe und Industrierohstoffe, während bei Nahrungs- und Genussmitteln gleichmäßigere Preisreduzierungen über das ganze Jahr hinweg zu verzeichnen waren. Im Jahresdurchschnitt verbilligten sich die Energierohstoffe, die mit einem Gewicht von 60% in die Indexberechnung eingehen, um gut 9% (Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: - 25%) und die Industrierohstoffe um 6% (Dezember 2001: - 18%). Die jahresdurchschnittliche Verbilligung der Nahrungs- und Genussmittel fiel mit 5,5% für die deutsche Wirtschaft geringer aus, und für Dezember 2001 ergab sich für diese Güter ein durchschnittlicher Preisrückgang gegenüber Dezember 2000 um 2,2% (alle Veränderungsraten des HWWA-Index beziehen sich auf in D-Mark umgerechnete Preise).

Frachtraten in der Seeschifffahrt

Die Abschwächung der Weltkonjunktur hatte im abgelaufenen Jahr erhebliche Auswirkungen auf die Frachtratenentwicklung in der Linienfahrt. Der Index der Seefrachtraten in der Linienfahrt lag im Jahresdurchschnitt 2001 um 2,8% unter dem Niveau des Vorjahres. Die Frachtraten gaben im Jahresverlauf teilweise drastisch nach und waren im Dezember 2001 um durchschnittlich 18,8% niedriger als 12 Monate zuvor. Für die einzelnen Fahrtgebiete fiel die Ratenentwicklung unterschiedlich aus. In der Asien-/Australienfahrt (- 42,4%) sowie in der Afrikafahrt (- 7,2%) schwächte sich das Ratenniveau sehr stark ab. In der Amerika- und Europafahrt dagegen veränderten sich die Frachtraten im Vorjahresvergleich nur leicht (+ 0,5 bzw. - 1,0%).

	Linienfahrt	Trampfahrt	
		Trockenfahrt - Zeitcharter -	Tankerfahrt - Reisecharter -
		Worldscale = 100	
		1995 = 100	
2000 D	117,2	107,7	. ¹⁾
2001 D	113,9	89,6	. ¹⁾
2000 Dezember	125,4	107,5	226,9
2001 Januar	119,1	105,0	191,2
Februar	120,6	103,2	162,8
März	121,4	108,0	167,0
April	122,2	108,5	173,9
Mai	121,0	109,0	135,3
Juni	119,1	105,7	110,0
Juli	117,2	92,9	114,8
August	111,8	71,8	110,9
September	105,0	68,3	115,2
Oktober	103,3	67,4	112,5
November	104,1	67,1	92,4
Dezember	101,8	67,7	85,6

1) Auf die Berechnung von Jahresdurchschnittswerten muss verzichtet werden, da die Änderungen der Worldscale-Grundfrachten unberücksichtigt bleiben.

Der Konjunkturabschwung in den Vereinigten Staaten, die Abkühlung in den in starkem Maße von der US-amerikanischen Entwicklung betroffenen ostasiatischen Schwellenländern sowie die nachlassende Dynamik der Volkswirtschaften in Lateinamerika verringerten die Nachfrage nach

Schiffsladeraum, was ab Mitte 2001 auch zu einer deutlichen Absenkung der Charterraten in der internationalen Tramp-Trockenfahrt (Zeitcharter) führte. So lag der Index der Charterraten in der Tramp-Trockenfahrt (auf DM-Basis) im Jahresdurchschnitt 2001 um rund 17% niedriger als im Vorjahr. Im Vorjahresvergleich wurde im Dezember 2001 ein deutlicher Ratenrückgang (-37%) gegenüber Dezember 2000 ermittelt.

Die Verschlechterung der Konjunkturlage in den Industrieländern traf auch die Vermieter von Tankschiffen. So haben sich die Charterraten für Tanker (Reisecharter) von Januar 2001 bis Dezember 2001 mehr als halbiert (-55,2%), wobei die Raten bei den Großtankern (160 000 tdw und mehr) am stärksten abgesenkt wurden (-61,3%).

Ein- und Ausfuhrpreise

Während der Index der Einfuhrpreise im Jahr 2000 mit +11,2% den höchsten jahresdurchschnittlichen Anstieg seit 1981 zu verzeichnen hatte, legten die Einfuhrpreise vor dem Hintergrund der Energiepreisentwicklung zwar in der ersten Jahreshälfte 2001 noch zu, sanken dann aber vergleichsweise stark, sodass sie sich im Jahresdurchschnitt 2001 nur um 0,6% erhöhten. Im Dezember 2001 waren Importe nach Deutschland um 4,7% billiger als ein Jahr zuvor.

Preisdämpfend wirkten auf der Einfuhrseite am Jahresende 2001 die Preise für Rohstoffe sowie für Halbwaren aus gewerblicher Produktion, die sich von Dezember 2000 auf Dezember 2001 um durchschnittlich 21,7 bzw. 18,2% verbilligten. Hervorzuheben ist auch der Preisverlauf bei rohem Erdöl und Mineralölerzeugnissen. Nach der drastischen Verteuerung im Jahr 2000 und einer weiteren Steigerung im ersten Halbjahr 2001 führte die markante Reduzierung der Preise in der zweiten Jahreshälfte zu einer im Jahresdurchschnitt um 8,1% geringeren Ölrechnung. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse wäre daher die jahresdurchschnittliche Teuerung auf der Einfuhrseite deutlich höher ausgefallen (+1,8%). Auch bei Erdgas, dessen Preise mit zeitlicher Verzögerung den Mineralölpreisen folgen, nahm die Teuerung im Laufe des Jahres ab. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug im Januar 2001 +88,4%, im Dezember 2001 -6,1%. Preisdämpfende Einflüsse kamen auch von Holz- und Zellstoff (Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: -32,8% nach Januar 2001 gegenüber Januar 2000: +23,1%) sowie von Eisen- und NE-Metallerzen (Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: -3,7%, nach Januar 2001 gegenüber Januar 2000: +10,3%).

	Dez. 2001 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 2000 Dez. 1999	Dez. 2001 Dez. 2000
Einfuhrgüter insgesamt	108,5	+ 8,2	- 4,7
Güter der Ernährungswirtschaft	110,1	+ 4,1	+ 1,2
Güter der gewerblichen Wirtschaft	108,3	+ 8,7	- 5,4
Rohstoffe	141,4	+ 17,3	- 21,7
Halbwaren	127,4	+ 32,8	- 18,2
Fertigwaren	103,3	+ 3,9	- 0,8

Für Nahrungsmittelimporte mussten 2001 im Jahresdurchschnitt 4,8% mehr bezahlt werden als im Vorjahr. Es waren jedoch gegenläufige Preisentwicklungen zu beobachten. Während Schweinefleisch im Jahresdurchschnitt um 23,2% und Geflügel um 19,6% teurer wurde, war Rindfleisch um 10,5% günstiger zu haben als ein Jahr zuvor. BSE und Maul- und Klauenseuche hatten einen wesentlichen Einfluss auf Markt- und Preisentwicklung. Beachtlich war der Rückgang der Kaffeepreise, die im Berichtsjahr um 23,4% gesunken sind. Bei den importierten Fertigwaren – sie gehen mit einem Gewicht von rund 73% in die Berechnung des Einfuhrpreisindex ein – sorgten die negativen konjunkturellen Einflüsse für einen im Jahresdurchschnitt moderaten Preisanstieg (+1%). Seit September sinken die Preise im Vorjahresvergleich (Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: -0,8%).

Die deutschen Exporteure konnten auf den Auslandsmärkten nur in der ersten Hälfte des Jahres 2001 bescheidene Preiserhöhungen realisieren. Das sich verschlechternde Konjunkturklima sowie die leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zwangen in der zweiten Jahreshälfte zu Preisreduzierungen. Im Dezember 2001 war der Index der Ausfuhrpreise 0,7% niedriger als ein Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Exportpreise moderat um 1,0%.

	Dez. 2001 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 2000 Dez. 1999	Dez. 2001 Dez. 2000
Ausfuhrgüter insgesamt	104,8	+ 3,3	- 0,7
Güter der Ernährungswirtschaft	106,4	+ 5,2	+ 0,3
Güter der gewerblichen Wirtschaft	104,7	+ 3,3	- 0,8
Rohstoffe	97,8	+ 10,1	- 4,2
Halbwaren	107,2	+ 17,6	- 10,8
Fertigwaren	104,6	+ 2,3	-

Wie auf der Einfuhrseite gingen auch auf der Ausfuhrseite die Preise für industrielle Rohstoffe (Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: -4,2%) und Halbwaren (-10,8%) zurück. Insbesondere für Mineralölerzeugnisse (-26,3%) sowie Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse (-8,4%) konnten nur niedrigere Preise erzielt werden. Fertigwaren, die einen Großteil des deutschen Warenexports (im Basisjahr 1995: 87,9%) ausmachen, waren nur zu unveränderten Preisen abzusetzen (+0,0%). Wichtige Exportbranchen wie die Pharmazie und der Maschinenbau (+1,6 bzw. +1,2%) konnten geringfügige Aufschläge durchsetzen, die Exporteure von elektronischen Bauelementen (-4,5%) sowie von Datenverarbeitungsgeräten (-3,0%) mussten sogar Abschläge hinnehmen. Sowohl die Hersteller von Pkw der Mittel- und Oberklasse (+1,5%) als auch die Lkw-Hersteller (+2,2%) konnten ihre Produkte im Ausland zu deutlich höheren Preisen verkaufen.

Da Ausfuhr- und Einfuhrpreise im Jahresdurchschnitt in etwa mit gleicher Rate gestiegen sind, veränderten sich die Terms of Trade, errechnet als Relation aus dem Ausfuhrpreisindex dividiert durch den Einfuhrpreisindex (x 100), nur unwesentlich (+0,3%). Seit September kehrte sich das reale Aus-

	Index der		Terms of Trade ¹⁾
	Ausfuhrpreise	Einfuhrpreise	
	1995 = 100		
2000 September	105,6	115,3	91,6
Oktober	105,9	115,8	91,5
November	105,9	116,4	91,0
Dezember	105,5	113,8	92,7
2001 Januar	105,3	112,9	93,3
Februar	105,4	113,6	92,8
März	105,6	113,3	93,2
April	105,7	113,9	92,8
Mai	106,0	115,0	92,2
Juni	106,0	114,7	92,4
Juli	105,8	113,0	93,6
August	105,4	111,7	94,4
September	105,3	111,1	94,8
Oktober	105,0	109,3	96,1
November	104,9	108,7	96,5
Dezember	104,8	108,5	96,6

1) Wegen der Unterschiede zwischen den Außenhandelspreisindizes und den Außenhandels-Durchschnittswertindizes differieren auch die jeweils berechneten Terms of Trade.

tauschverhältnis zwischen exportierten und importierten Waren jedoch ins Positive und lag im Dezember 2001 um 4,2% über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Agrarpreise

Trotz BSE und Maul- und Klauenseuche haben sich die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte aus Sicht der Bauern im Jahr 2001 insgesamt erfreulich entwickelt. So stiegen die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf der ersten Vermarktungsstufe von 2000 auf 2001 nach vorläufigen Berechnungen im Durchschnitt um 5,9% (2000 gegenüber 1999: + 6,1%). Damit erhöhten sich die Einnahmen der Bauern im zweiten Jahr hintereinander, nachdem sie vorher zwei Jahre lang deutlich rückläufig gewesen waren (1999: -6,0%; 1998: -4,9%). Aufgrund uneinheitlicher Entwicklungen im Verlauf des Jahres waren die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im November 2001 aber nur um 0,6% höher als zwölf Monate zuvor, wobei pflanzliche Produkte um 4,0% teurer, tierische Produkte um 0,9% billiger waren als im November 2000.

	Veränderung in %	
	Nov. 2000	Nov. 2001
	gegenüber	
	Nov. 1999	Nov. 2000
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt ..	+ 9,6	+ 0,6p
Pflanzliche Produkte	+ 1,6	+ 4,0p
Getreide	+ 0,7	- 6,6
Speisekartoffeln	-33,0	+115,2
Zuckerrüben	+ 9,3	+ 7,6
Obst	- 5,1	+ 17,7
Gemüse	- 1,5	- 4,4
Weinmost	+ 2,4	-p
Schnittblumen und Topfpflanzen	+14,4	- 5,0
Tierische Produkte	+14,0	- 0,9p
Schlachtvieh	+18,3	- 9,9
darunter:		
Kühe	- 5,6	- 19,9
Kälber	+ 2,1	- 17,9
Schweine	+38,9	- 6,9
Schlachtgeflügel, lebend	+ 9,1	+ 4,3
Milch	+ 9,8	+ 7,0p
Eier	+16,2	+ 7,1

Bei den pflanzlichen Produkten verteuerten sich besonders Speisekartoffeln. Deren Preis war im November 2001 mehr als doppelt so hoch wie im November 2000 (+ 115,2%). Ein knapperes Angebot aufgrund verringerter Anbauflächen, schlechte Erntebedingungen sowie insbesondere die im Verhältnis sehr geringen Erzeugerpreise des Vorjahres (der Index auf Basis 1995 = 100 stand im November 2000 bei 30,9, im November 2001 bei 66,5) waren hierfür ausschlaggebend. Überdurchschnittlich stiegen weiterhin die Preise bei Obst (+ 17,7%), Raps (+ 15,8%) sowie bei Zuckerrüben (+ 7,6%). Deutliche Preisrückgänge verzeichneten Getreide (- 6,6 %), Schnittblumen (- 11,1%) und Gemüse (- 4,4%).

Schlachtvieh konnte im vergangenen Jahr nur mit erheblichen Preisabschlägen vermarktet werden. Die Preise für Schlachtrinder und -kälber brachen nach dem ersten BSE-Fall in Deutschland, Ende November 2000, ein und erholten sich im Verlauf des Jahres 2001 nur zum Teil. Schweinemäster konnten hiervon nur kurzzeitig profitieren, da die Verbraucher bereits in der zweiten Jahreshälfte wieder mehr Rindfleisch nachfragten und nach Vermarktungsverboten in Frankreich und den Niederlanden infolge der Maul- und Klauenseuche ab Mai 2001 ein größeres Angebot an Schweinen auf den Markt kam. Im November 2001 lagen die Preise für Kühe um 19,9%, für Kälber um 17,9% und für Schweine um 6,9% unter denen des Vorjahres. Höhere Preise für Tiere bzw. tierische Produkte waren nur mit Geflügel (+ 4,3%), Milch (+ 7,0%) und Eiern (+ 7,1%) zu erzielen.

Auf der Einkaufsseite haben sich für die Landwirte die Preise von November 2000 auf November 2001 insgesamt kaum verändert (- 0,1%). Nennenswerte Preiserhöhungen für Saat- und Pflanzgut (+ 4,6 %), Dünge- (+ 3,4%) und Futtermittel (+ 2,1%) wurden durch die Preisreduzierungen bei Brenn- und Treibstoffen (- 9,4%) kompensiert.

	Veränderung in %	
	Nov. 2000	Nov. 2001
	gegenüber	
	Nov. 1999	Nov. 2000
Landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt	+ 7,7	- 0,1p
Düngemittel	+19,6	+ 3,4
Futtermittel	+11,6	+ 2,1
Saat- und Pflanzgut	- 1,1	+ 4,6
Pflanzenschutzmittel	+ 2,3	+ 1,8
Brenn- und Treibstoffe	+25,9	- 9,4
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	+ 1,8	+ 0,5
Unterhaltung der Gebäude	+ 0,9	+ 0,5p
Unterhaltung der Maschinen und Geräte ...	+ 2,5	+ 2,4
Neubauten	+ 0,8	+ 0,1p
Neue Maschinen	+ 1,2	+ 1,4

Da im Berichtsjahr die Preise auf der Absatzseite etwas stärker gestiegen sind als auf der Einkaufsseite, haben sich die sektoralen Terms of Trade der Landwirtschaft, errechnet als Quotient aus dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und dem Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (x 100), von November 2000 auf November 2001 zugunsten der Bauern leicht erhöht (+ 1,0%).

„Terms of Trade“ der Landwirtschaft mit pauschaler Umsatzsteuer

	1995 = 100	Veränderung in % gegenüber Dezember des Vorjahres
1997 Dezember	98,6	+ 4,3
1998 Dezember	96,6	- 2,0
1999 Dezember	89,0	- 7,9
2000 Dezember	89,1	+ 0,1
2001 November	91,6p	+ 1,0p ¹⁾

1) Veränderung gegenüber November des Vorjahres.

Der Preisindex für Rohholz (aus Staatsforsten) war im Jahr 2000 in Folge der schweren Schäden, die der Orkan „Lothar“ am 26. Dezember 1999 in Südwestdeutschland anrichtete, und dem daraus resultierenden Überangebot an Rohholz, drastisch eingebrochen (-15,0%) und erholte sich hiervon auch im Berichtsjahr (bis November 2001) nicht. Der Index stieg von November 2000 auf November 2001 nur geringfügig (+0,2%), wobei sich die Preise für Stammholz um 0,5% erhöhten, Industrieholz sich dagegen um 1,1% verbilligte.

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Die Preisentwicklung von im Inland produzierten und abgesetzten gewerblichen Erzeugnissen war im Jahr 2001 geprägt von stark gegenläufigen Tendenzen im Jahresverlauf. Bis zur Jahresmitte stiegen die Preise kontinuierlich an; im April 2001 wurde mit +5,0% die höchste Jahresteuerrate seit fast 19 Jahren erreicht. Ab Juli setzte dann ein sich beschleunigender Preisrückgang ein, im Dezember 2001 lagen die Preise nur noch unwesentlich über dem Vorjahresniveau (+0,1%). Im Jahresdurchschnitt betrug die Teuerung 3,0%.

Die Indexentwicklung war wesentlich beeinflusst von den Preisschwankungen für Energie: Im April 2001 waren die Energiepreise durchschnittlich um 16,6% höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000, im Dezember 2001 hingegen lagen die Preise um 1,1% unter dem Vorjahresstand. Besonders hervorzuheben sind die Preise für Mineralölzeugnisse. Durch die Erhöhung der Weltmarktpreise für Erdöl verteuerten sich Mineralölzeugnisse bis zum Mai 2001, seit Juni sind die Preise stark rückläufig und lagen im Dezember 2001 erheblich unter dem Stand von Dezember 2000 (-12,0%). Die jeweiligen Höchst- und Tiefststände der Jahresteuerraten für einzelne Mineralölzeugnisse verdeutlichen die Trendwende: Benzin +13,7% (Mai) und -8,5% (November), Diesel +13,0% (April) und -11,6% (November), Heizöl +15,6% (April) und -35,3% (November), Flüssiggas +16,5% (Mai) und -41,4% (Dezember). Ähnliche Entwicklungen weisen auch die Preise für andere Energieträger aus. So war beispielsweise Erdgas im März noch 50,0% teurer als im März 2000, bis zum Dezember sank die Jahresteuerrate auf +2,9%.

Die meisten Produzenten von Vorleistungsgütern, die mit einem hohen Rohstoffeinsatz arbeiten, gaben die im Jahresverlauf zu beobachtenden Preisreduzierungen auf den

Weltrohstoffmärkten an ihre Kunden weiter. Im Durchschnitt waren Vorleistungsgüter im Dezember 2001 um 1,3% billiger als im Dezember 2000. Besonders stark war dabei der Preisrückgang bei Roheisen und Stahl (-10,1%), NE-Metallen und -Halbzeug (-6,9%) sowie bei chemischen Grundstoffen (-7,3%). Die deutschen Investitionsgüterproduzenten konnten – wie schon in den Vorjahren – nur geringe Preissteigerungen durchsetzen. Im Dezember 2001 lagen die Preise für Investitionsgüter um durchschnittlich 1,2% höher als im Dezember 2000. Kraftwagen und Kraftwagenmotoren verteuerten sich in diesem Zeitraum um 2,1% und Maschinen um 1,3%. Gleichzeitig gingen die Preise für Datenverarbeitungsgeräte um 2,6% zurück.

	Dez. 2001 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999	Dez. 2000
Gewerbliche Erzeugnisse			
insgesamt	103,7	+ 4,2	+ 0,1
Energie	107,2	+ 12,3	- 1,1
Erzeugnisse der			
Vorleistungsgüterproduzenten	99,7	+ 3,7	- 1,3
Investitionsgüterproduzenten	104,2	+ 0,5	+ 1,2
Konsumgüterproduzenten ...	105,5	+ 2,0	+ 1,8
Bergbau und Gewinnung von			
Steinen und Erden	91,8	+ 17,7	+ 4,0
Erzeugnisse des Verarbeitenden			
Gewerbes	104,1	+ 3,0	- 0,4
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	103,4	+ 10,4	+ 2,4

Die Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten waren im Dezember 2001 um durchschnittlich 1,8% teurer als im Vorjahr. Bemerkenswerte Entwicklungen gab es vor allem bei den Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes, deren Preisniveau in diesem Zeitraum um 2,0% stieg. Hier schlugen sich besonders bei den Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs die Auswirkungen der Tierseuchen in der ersten Jahreshälfte nieder. So lagen beispielsweise die Preise für Schweinefleisch im März 2001 um 43,7% über dem Vorjahresniveau. Sie sind seitdem rückläufig und befanden sich im Dezember 2001 mit -0,1% fast auf dem Stand des Vorjahres. Relativ geringe Jahresteuerraten bzw. Preisrückgänge waren dagegen bei den meisten anderen Konsumgütern zu beobachten. Bekleidung war beispielsweise im Dezember 2001 nur um 0,4% teurer als im Dezember 2000, die Preise für Haushaltsgeräte stiegen im selben Zeitraum um 0,5%, während sich Rundfunk-, Fernseh-, Phono- und Videogeräte um 0,1% verbilligten.

Baupreise

Vor dem Hintergrund einer noch stärkeren Abnahme der Bauinvestitionen als im Vorjahr – nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gingen die realen Bauinvestitionen im Jahr 2001 um 5,7% (darunter Wohnungsbau: -7,0%) zurück – blieben den Bauunternehmen im Berichtsjahr keine Preiserhöhungsspielräume. Der Preisindex für Wohngebäude (einschl. Umsatzsteuer) lag im November 2001 um 0,4% unter dem Stand von November 2000; dabei standen der durchschnittlichen

Preisreduzierung bei den Rohbauarbeiten um 1,3% durchschnittliche Preisanhebungen bei den Ausbauarbeiten um 0,4% gegenüber.

	1998	1999	2000	2001
Februar	- 0,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,1
Mai	+ 0,7	-	+ 0,2	-
August	- 0,1	+ 0,1	-	- 0,1
November	- 0,3	-	-	- 0,2

1) In konventioneller Bauart, einschl. Umsatzsteuer.

Die Anbieter von Fertighäusern waren von der anhaltenden Flaute im Wohnungsbau nicht im gleichen Maße betroffen wie die konventionellen Bauunternehmen. Die Preise für Fertighäuser (ohne Unterkellerung) lagen im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,1% höher als im Jahr 2000, nach + 0,5% im Vergleich 2000 zu 1999. Demgegenüber mussten die konventionellen Bauunternehmen 2001 gegenüber 2000 bei Einfamilienhäusern wieder leicht rückläufige Preise hinnehmen (- 0,1%), nachdem sie ein Jahr zuvor die Preise noch erhöhen konnten (+ 0,3%).

Preisindizes für Einfamiliengebäude

Jahr	In vorgefertigter Bauart ¹⁾		In konventioneller Bauart	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1998	103,1	+ 1,8	98,8	- 0,3
1999	103,2	+ 0,1	98,4	- 0,4
2000	103,7	+ 0,5	98,7	+ 0,3
2001	104,8	+ 1,1	98,6	- 0,1

1) Ohne Unterkellerung.

Da sich sowohl die Unternehmen als auch der Staat mit Bauinvestitionen zurückhielten – die öffentlichen Bauinvestitionen waren im Jahr 2000 um 5,0% und die nicht-öffentlichen Bauinvestitionen um 5,8% niedriger als im Jahr 1999 – konnten die Bauunternehmen weder bei den gewerblichen Bauten noch im Tiefbau höhere Preise durchsetzen. Der Preisindex für gewerbliche Betriebsgebäude (ohne Umsatzsteuer) blieb von November 2000 bis November 2001 unverändert, im Straßenbau (einschließlich Umsatzsteuer) gingen die Preise im gleichen Zeitraum um 0,3% zurück.

Preisindizes für Nichtwohngebäude

	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsmonat in %	
	Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	Straßenbau ²⁾
2001 Februar	+ 0,1	-
Mai	-	- 0,1
August	-	- 0,1
November	- 0,1	- 0,1

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Großhandelsverkaufspreise

Die Preisentwicklung auf der Großhandelsstufe erklärt sich in erheblichem Maße aus außenwirtschaftlichen Einflüssen. Allerdings sind im Berichtsjahr die starken Preisausschläge bei den Warenimporten (Januar 2001 gegenüber Januar 2000: + 6,5%, Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: - 4,7%) von den Großhandelsunternehmen nur abgeschwächt an die Kunden weitergegeben worden (Januar 2001 gegenüber Januar 2000: + 3,8%, Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: - 1,5%). Im Jahresdurchschnitt 2001 stieg der Index der Großhandelsverkaufspreise gegenüber dem Vorjahr um 1,7%. Ein Jahr zuvor hatte die jahresdurchschnittliche Teuerung noch 5,5% betragen.

Ausschlaggebend für den starken Rückgang der Jahresteuerrate gegenüber dem Vorjahr war die Trendwende bei den Mineralölpreisen im Laufe des Berichtsjahres; im Jahr 2000 war von Mineralölzeugnissen ein markanter Preisimpuls ausgegangen. Ohne Berücksichtigung der Mineralölzeugnisse hätten sich die Verkaufspreise des Großhandels im Jahresdurchschnitt 2001 statt um 1,7 um 2,0% verteuert (2000: 2,5 statt 5,5%). Der Anstieg der Teuerung bei den Mineralölzeugnissen hatte seinen Höhepunkt bereits im September 2000 mit einer Veränderung von + 40,8% gegenüber dem Vorjahresmonat erreicht, im Dezember 2001 waren die Preise 10,4% niedriger als ein Jahr zuvor.

Teurer wurden auf der Großhandelsstufe im Jahresdurchschnitt unter anderem Bananen (+ 13,8%), Äpfel (+ 13,3%) und Zitrusfrüchte (+ 23,7%), billiger dagegen Rohkaffee (- 19,8%). Während Eisen, Stahl und NE-Metalle im Vorjahr noch preistreibend gewirkt hatten (+ 12,5%), trugen sie im Jahr 2001 zur Beruhigung des Preisklimas bei (- 1,2%). Bei Datenverarbeitungsgeräten waren spürbare Preissenkungen von 4,7% im Jahresdurchschnitt zu beobachten. Die durch die Tierseuchen verursachte Krise im Fleischhandel entspannte sich im Verlauf des Jahres. Lebende Rinder wurden im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 27,3% billiger und Schlachtschweine um 27,0% teurer. Während für Schlachtschweine aber im Januar 2001 ein um 58,9% höherer Preis als ein Jahr zuvor erzielt werden konnte, ist dieser zum Jahresende im Vorjahresvergleich gesunken (Dezember 2001 zu Dezember 2000: - 16,6%). Ähnlich war die Entwicklung beim Handel mit Rind- und Schweinefleisch: Die Rindfleischpreise waren 2001 gegen-

	Dez. 2001 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999	Dez. 2000
Großhandelsverkaufspreise insgesamt	104,1	+ 5,1	- 1,5
Großhandel mit:			
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren ..	97,3	+ 8,0	- 4,7
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	105,8	+ 3,4	+ 1,1
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	101,9	+ 1,8	+ 0,6
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen ..	109,7	+ 9,1	- 4,4
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	88,3	+ 0,7	- 1,2
Sonstiger Großhandel	105,9	+ 3,8	+ 0,4

über dem Vorjahr rückläufig (-7,4%), die Preise für Schweinefleisch zogen im Jahresdurchschnitt um 21,8% an, gaben aber am Jahresende wieder deutlich nach (Januar 2001 gegenüber Januar 2000: +45,4%, Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: -7,2%). Geflügelfleisch wurde im Jahresdurchschnitt um 32,2% teurer, Milchprodukte um 7,1%.

Verbraucherpreise

Die privaten Konsumausgaben sind nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im vergangenen Jahr preisbereinigt um 1,4% gestiegen. Die positiven Einkommenseffekte der Steuerreform haben dazu beigetragen, dass der Konsum der privaten Haushalte stärker zunahm als das Bruttoinlandsprodukt und für den Einzelhandel zumindest ein wenig Spielraum für Preiserhöhungen bestand. Der jahresdurchschnittliche Anstieg des Index der Einzelhandelspreise für das Jahr 2001 fiel mit +1,6% deutlich höher aus als in den Vorjahren (2000: +1,1%, 1999: +0,2%, 1998: +0,4%). Die kräftigsten Preisanhebungen gab es beim „Einzelhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild“ (+8,0%), beim „Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln“ (+6,9%) und beim „Einzelhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen“ (+6,6%). Diese Verteuerungen waren auch ausschlaggebend für den relativ starken Anstieg der Preise beim „Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren“ (+3,4%), der in den vergangenen Jahren rückläufige Preise zu verkraften hatte (2000: -0,4%, 1999: -1,0%). Mineralölprodukte, die im Jahr 2000 noch maßgeblich zu den Preiserhöhungen im Einzelhandel beigetragen hatten, wirkten aufgrund der starken Preisrückgänge im zweiten Halbjahr 2001 preisdämpfend. Die Preise im „Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)“ – hierzu zählt auch der Verkauf von leichtem Heizöl – sanken im Jahresdurchschnitt um 0,5% (2000: +10,1%), die Preise an Tankstellen nah-

men unterdurchschnittlich zu (2001: +1,1%, 2000: +6,6%). Niedrigere Preise als im Vorjahr verlangte der „Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten“ (-1,2%).

Die Preise für die privaten Endverbraucher haben sich im Jahr 2001 wieder etwas stärker erhöht als in den vorangehenden Jahren. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Preise um 2,5% nach 1,9% (2000), 0,6% (1999) und 1,0% (1998). Dies ist umso bemerkenswerter, als sich im Jahr 2001 – anders als ein Jahr zuvor – die Preise für Heizöl und Kraftstoffe sogar dämpfend auf den Gesamtindex auswirkten. Sie gaben aufgrund des starken Rückgangs seit September 2001 im Jahresdurchschnitt leicht nach (-0,4%). Ohne Heizöl und Kraftstoffe wären die Verbraucherpreise im Jahr 2001 um 2,6% gestiegen.

Die Energiepreise insgesamt haben sich allerdings auch 2001 stark verteuert (+10,0%). So sind die Teuerungsrate für Gas und Fernwärme im Jahresdurchschnitt 2001 mit 21,4 und 23,4% nochmals höher als im Vorjahr ausgefallen (+16,3 bzw. +20,7%), wobei auch diese Energiepreise seit Mitte 2001 rückläufig sind (Gas im Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000: +7,8%, nach Januar 2001 gegenüber Januar 2000: +32,4%, Fernwärme +8,6 nach +32,6%). Der Strompreis ist im Jahr 2001 um 4,0% angestiegen, nachdem er im Jahr 2000 wegen der Liberalisierung des Strommarktes um 4,8% gesunken war. Ohne Energie (Strom, Gas, leichtes Heizöl, feste Brennstoffe, Zentralheizung, Fernwärme u. a. sowie Kraftstoffe) hätte sich der Verbraucherpreisindex im Jahr 2001 um 2,1 % erhöht.

Besonders deutlich haben sich im Jahr 2001 die Nahrungsmittel verteuert (+5,3%). Das betraf insbesondere die Bereiche Fleisch und Fleischwaren (+7,9%), Fisch und Fischwaren (+5,1%), Molkereiprodukte und Eier (+5,3%), Obst (+8,3%) sowie Gemüse (+5,3%). Während bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln (Obst und Gemüse) die Ursache dafür in den Witterungsverhältnissen des Jahres liegen dürfte, wirkten sich bei Fleisch, Fisch und Molkereiprodukten die BSE-Krise und die Maul- und Klauenseuche aus. Ohne Berücksichtigung von Nahrungsmitteln lag der Verbraucherpreisindex im vergangenen Jahr nur um 2,2% höher als im Jahr 2000. Bei der Beurteilung der aktuellen Preisentwicklung von Nahrungsmitteln ist bedeutsam, dass sie

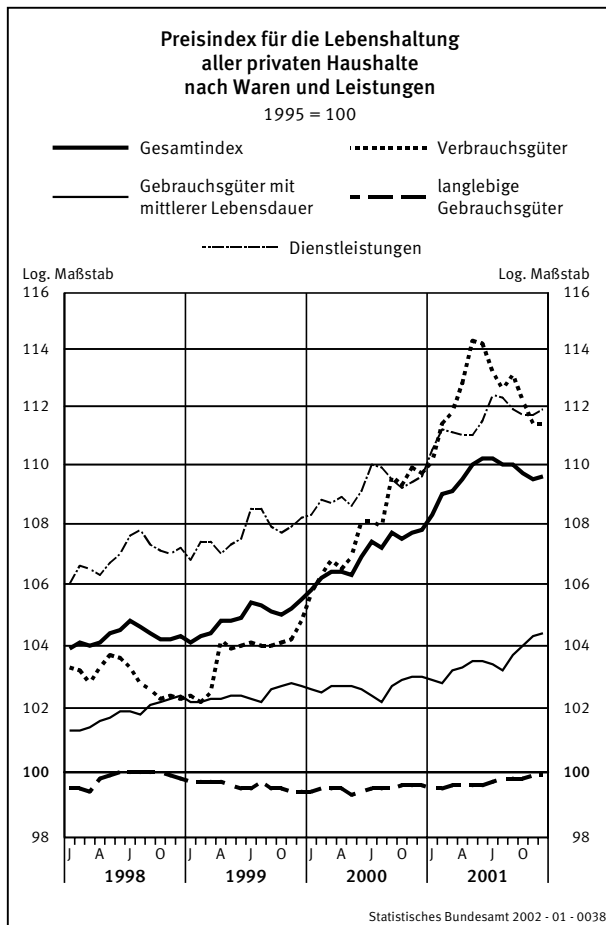
Veränderung in %
Dezember 2000 Dezember 2001
gegenüber
Dezember 1999 Dezember 2000

Einzelhandelspreise	+1,3	+1,3
Preise für die Lebenshaltung insgesamt	+2,2	+1,7

Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren und Dienstleistungen

Jahr Monat	Gesamt- lebenshaltung	Waren					Dienstleistungen
		zusammen	Verbrauchsgüter	dar.: Energie	Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	langlebige Gebrauchsgüter	
1995 = 100							
1998 D	104,3	102,1	103,0	99,5	101,8	99,8	106,9
1999 D	104,9	102,6	103,7	101,9	102,4	99,6	107,7
2000 D	106,9	105,1	107,9	113,8	102,7	99,5	109,2
2001 D	109,6	108,0	112,4	125,2	103,5	99,7	111,5
2001 Dezember	109,6	107,6	111,4	122,2	104,4	99,9	111,9
Veränderung Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres in %							
1998	+0,4	-0,4	-1,2	- 4,2	+1,0	+0,3	+1,1
1999	+1,2	+1,5	+2,4	+ 7,2	+0,3	-0,4	+0,9
2000	+2,2	+2,9	+4,7	+16,7	+0,3	+0,2	+1,3
2001	+1,7	+1,2	+1,5	+ 0,2	+1,4	+0,3	+2,1

Schaubild 4



seit vielen Jahren deutlich hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückblieb. In den zehn Jahren seit Berechnung eines gesamtdeutschen Verbraucherpreisindex (von 1991 bis 2000) haben sich die Lebensmittel im Durchschnitt nur um 0,7% pro Jahr verteuert, die Lebenshaltung insgesamt aber um 2,3%.

Für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost fiel der jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2001 spürbar höher aus (+2,9%) als für die westdeutschen Haushalte (+2,3%). Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die ostdeutschen Haushalte wegen

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
2001 Januar	+2,4	+2,4	+2,5
Februar	+2,6	+2,6	+2,7
März	+2,5	+2,5	+2,8
April	+2,9	+2,8	+3,2
Mai	+3,5	+3,4	+3,8
Juni	+3,1	+3,0	+3,4
Juli	+2,6	+2,5	+3,2
August	+2,6	+2,4	+3,0
September	+2,1	+2,0	+2,8
Oktober	+2,0	+2,0	+2,7
November	+1,7	+1,5	+2,0
Dezember	+1,7	+1,6	+2,2

des höheren Gewichts der Nahrungsmittel im Warenkorb von der Teuerung in diesem Bereich stärker betroffen waren als die westdeutschen Haushalte. Gleichzeitig waren sie wegen des geringeren Gewichts des Heizöls in ihrem Warenkorb von den Preisrückgängen in diesem Bereich weniger stark begünstigt. Insofern hat sich im Jahr 2001 die Lage im Vergleich zum Vorjahr umgekehrt – damals waren die Haushalte im Osten von den extremen Verteuerungen des leichten Heizöls weniger stark betroffen als die westdeutschen Haushalte, hatten aber von den rückläufigen Nahrungsmittelpreisen (2000: -0,4%) profitiert.

Hinter dem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise im Berichtsjahr von 2,5% verbergen sich gegenläufige Preisbewegungen für einzelne Konsumgüter. Kaum Veränderungen gab es bei langlebigen Gebrauchsgütern (+0,2%), wobei Möbel und Einrichtungsgegenstände immerhin um 1,4% teurer wurden, während Haushaltsgeräte um 0,7% billiger zu haben waren. Die Nettomieten legten im Jahr 2001 durchschnittlich um 1,1% zu. Die Preise rund um das Auto haben sich im vergangenen Jahr deutlich erhöht: Für Kauf und Unterhaltung ihrer Fahrzeuge mussten Kraftfahrer 3,4% mehr ausgeben, wobei Neuwagen nur um 1,5% teurer geworden sind. Stark angestiegen sind die Ausgaben für Kraftfahrzeugversicherung (+7,5%) und Kraftfahrzeugsteuer (+29,2%). Spürbar gesunken sind im Jahresdurchschnitt 2001 die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen (-5,8%). Das Mobiltelefonieren war um 9,0%, das Telefonieren im Festnetz um 0,6% billiger. Für die Internetnutzung betrug der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr sogar 30,5%.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

	Dez. 2001 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999	Dez. 2000
Gesamtlebenshaltung	109,6	+2,2	+1,7
Nahrungsmittel und alkohol-			
freie Getränke	106,2	+1,2	+4,7
Alkoholische Getränke,			
Tabakwaren	109,6	+0,7	+1,3
Bekleidung und Schuhe	103,6	+0,3	+1,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas			
und andere Brennstoffe	114,0	+4,2	+1,0
Einrichtungsgegenstände u. Ä.			
für den Haushalt sowie deren			
Instandhaltung	103,6	+0,1	+1,4
Gesundheitspflege	112,7	+0,5	+1,2
Verkehr	115,6	+3,4	+1,2
Nachrichtenübermittlung	82,0	-4,0	-2,1
Freizeit, Unterhaltung			
und Kultur	106,4	+0,9	+1,3
Bildungswesen	121,6	+1,4	+1,2
Beherbergungs- und Gaststätten-			
dienstleistungen	108,0	+1,1	+2,1
Andere Waren und Dienst-			
leistungen	110,5	+2,2	+2,6

Unterschiedlich hohe Preissteigerungsraten bei den verschiedenen Komponenten der privaten Lebenshaltung haben dazu geführt, dass im Jahr 2001 die Teuerungsraten für die 2-Personen-Rentner-Haushalte mit geringem Einkommen sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher ausgefallen sind als für die beiden anderen eng abgegrenzten Haushaltstypen,

für die getrennte Preisindizes berechnet werden. Ausschlaggebend waren hierfür wegen des höheren Ausgabenanteils insbesondere die Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln sowie die Gaspreise bzw. die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.

Preisindex für die Lebenshaltung

Veränderung Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000 in %

Alle privaten Haushalte	4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen	4-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen	2-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen
Früheres Bundesgebiet			
+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0
Neue Länder und Berlin-Ost			
+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,4

Auch in den anderen EU-Ländern war im Jahr 2001, und hierbei insbesondere zur Jahresmitte, eine Beschleunigung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe festzustellen. Den stärksten Anstieg der Jahresteuersatzrate – gemessen an den harmonisierten Verbraucherpreisindizes – wiesen die Niederlande (+ 5,1%), Portugal (+ 4,4%) und Irland (+ 4,0%) auf, am niedrigsten war er im Vereinigten Königreich (+ 1,2%) sowie in Frankreich (+ 1,8%). Damit haben sich im Berichtsjahr die Unterschiede in den Inflationsraten für die einzel-

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisindizes¹⁾

	Veränderung in % ²⁾	
	Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999	Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000
Deutschland	+ 2,3 (6)	+ 1,5 (6)
Belgien	+ 3,0 (11)	+ 2,0 (9)
Dänemark	+ 2,3 (6)	+ 2,1 (10)
Finnland	+ 2,9 (9)	+ 2,3 (11)
Frankreich	+ 1,7 (4)	+ 1,4 (5)
Griechenland	+ 3,7 (14)	+ 3,5 (15)
Irland	+ 4,6 (18)	+ 4,4 (17)
Italien	+ 2,8 (8)	+ 2,3 (11)
Luxemburg	+ 4,2 (17)	+ 0,9 (3)
Niederlande	+ 2,9 (9)	+ 5,1 (18)
Österreich	+ 1,8 (5)	+ 1,8 (8)
Portugal	+ 3,8 (15)	+ 3,9 (16)
Schweden	+ 1,3 (3)	+ 3,2 (14)
Spanien	+ 4,0 (16)	+ 2,9 (13)
Vereinigtes Königreich	+ 0,9 (2)	+ 1,0 (4)
Japan ³⁾	- 0,5 (1)	- 1,0 (1)
Kanada	+ 3,2 (12)	+ 0,7 (2)
Vereinigte Staaten	+ 3,4 (13)	+ 1,6 (7)

1) Für die Mitgliedstaaten der EU werden nur die Veränderungsdaten der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes nachgewiesen. – 2) Zahlen in Klammern = Rangfolge. – 3) Jeweils Vergleich der Novemberergebnisse.

nen Mitgliedstaaten leicht vergrößert. Für die Eurozone liegt die Jahresteuersatzrate bei 2,6%, für die EU insgesamt bei 2,4%. Den stärksten Anstieg der Verbraucherpreise in den letzten 12 Monaten wiesen innerhalb der EU im Dezember 2001 die Niederlande (+ 5,1 %) auf, den niedrigsten Luxemburg (+ 0,9%). [uu](#)



Neuerscheinungen vom 22. Dezember 2001 bis 25. Januar 2002

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Dezember 2001	10,85	
Verkehr aktuell, Dezember 2001	7,70	
Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland	13,60	
● Fachserien		
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit		
Reihe 4.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, November 2001 ..	2,60	
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten		
Reihe 5 Gewerbeanzeigen, September 2001	2,60	
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Reihe 3.2.3 Weinbestände 2001	5,50	
Reihe 4.2.1 Schlachtungen und Fleischerzeugung, 3. Vierteljahr 2001	5,50	
Reihe 4.5 Hochsee- und Küstenfischerei 1999	4,35	
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		
Reihe 2.1 Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, Oktober 2001	5,50	
Reihe 2.1 November 2001	5,50	
Reihe 2.2 Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes – Oktober 2001	13,65	
Reihe 2.2 November 2001	13,65	
Reihe 4.1.1 Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Oktober 2001	13,65	
Reihe 8.1 Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, 3. Vierteljahr 2001	12,15	
Reihe 8.1 November 2001	5,50	
Reihe 8.1 Dezember 2001 (Vorbericht)	1,70	
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Reihe 1.1 Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), September 2001	5,50	
Fachserie 7: Außenhandel		
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, September 2001	6,75	
Reihe 2 Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezial- handel), September 2001	25,05	
Reihe 7.9.1 Außenhandel nach Ländern und Güterabteilungen der Produktionsstatistiken (Spezialhandel) 2000 (End- gültige Ergebnisse)	10,50	
Fachserie 8: Verkehr		
Reihe 6 Luftverkehr, Oktober 2001	9,10	
Fachserie 10: Rechtspflege		
Reihe 3 Strafverfolgung 2000	21,-	
Fachserie 13: Sozialleistungen		
Reihe 2 Sozialhilfe 2000	12,15	
Reihe 3 Kriegsopferfürsorge 2000	6,75	

Fachserie 14: Finanzen und Steuern		EUR [D]
Reihe 9.2.1 Absatz von Bier, November 2001	1,70	
Fachserie 16: Löhne und Gehälter		
Reihe 2 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Juli 2001 (Vorbericht)	2,15	
Reihe 3 Arbeiterverdienste im Handwerk, Mai 2001	5,62	
Fachserie 17: Preise		
Reihe 1 Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft Oktober 2001	4,35	
Reihe 1 November 2001	4,35	
Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), November 2001	5,50	
Reihe 4 Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, November 2001 (Eilbericht)	2,15	
Reihe 5 Kaufwerte für Bauland, 2. Vierteljahr 2001	5,50	
Reihe 7 Preisindizes für die Lebenshaltung, Dezember 2001 (Eilbericht)	2,15	
Reihe 7 Dezember 2001	10,50	
Reihe 10 Internationaler Vergleich der Preise für die Lebens- haltung, November 2001	4,35	
Reihe 11 Preise und Preisindizes im Ausland, November 2001 .	5,50	
Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Reihe 1.1 Konten und Standardtabellen: Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 2001	6,75	
● Bund/Länder-Veröffentlichungen		
Kreiszahlen: Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2001	13,-	

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon (070 71) 93 53 50, Telefax (070 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.